



Regierungsprogramm

der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt
für die Wahl zum 9. Landtag von Sachsen-Anhalt

- ENTWURF -

Magdeburg, den 23. Januar 2026

Der vorliegende Entwurf eines Wahlprogrammes für die Wahl zum 9. Landtag von Sachsen-Anhalt soll auf dem Landesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 11. und 12. April 2026 in Magdeburg beraten werden.

Inhaltsverzeichnis

Präambel	14
I. Familie und Kinder	18
1. Willkommenskultur für Kinder!	18
2. Kinderwillkommengeld einführen!	19
3. Ungeborenes Leben schützen!	19
4. Schwangerschaftsabbruch muss im Strafrecht bleiben!	20
5. Familie mit Kindern als Vorbild der Lebensgestaltung!	20
6. Kinderwunscherfüllung fördern!	20
7. Eigenheimkredit mit Nachwuchsprämie!	21
8. Erziehungsleistung wertschätzen!	21
9. Elternrechte in die Landesverfassung!	21
10. Mehr Familie, weniger Staat!	22
11. Die Familie als Keimzelle der Gesellschaft würdigen!	22
12. Pervers-linke Agitation beenden!	23
13. Für kostenfreie Kitaplätze und kostenfreies Schulesen!	24
14. Freier Eintritt für Kinder in Kultureinrichtungen!	24
15. Sport frei!	24
16. Vorlesen!	24
17. Frühkindliche Bildung umsetzen!	25
18. Schluss mit Frühsexualisierung!	26
19. Keine Pubertätsblocker und geschlechtsangleichenden Hormontherapien für Kinder und Jugendliche!	26
II. Einwanderung und Remigration	27
1. Illegale Zuwanderer an deutschen Außengrenzen zurückweisen!	27
2. Aufnahmeverweigerung bei illegaler Einreise aus sicherem Drittland und ungeklärter Identität!	27
3. Keine Beteiligung des Landes an freiwilligen Aufnahmeprogrammen!	28
4. Kirchenasyl in Sachsen-Anhalt unterbinden – Kirchen finanziell zur Rechenschaft ziehen!	28
5. Grundrecht auf Asyl abschaffen!	29
6. Flüchtlingshilfe vor Ort statt Aufnahme in Sachsen-Anhalt!	29

7. Überforderten Kommunen helfen, Zuwanderungsnotstand ausrufen, Zuzugsstopp beschließen!	29
8. Aufnahmestopp des Landes als Ultima Ratio!	30
9. Aufnahmestopp für Nicht-EU-Ausländer sofort!	30
10. Passprüfgeräte flächendeckend anschaffen!	31
11. Alter von Unbegleiteten Minderjährigen Ausländern feststellen!	31
12. Asylanten und Flüchtlinge zentral unterbringen!	31
13. Asylanten und Flüchtlinge an Versorgungskosten beteiligen – Vermögensüberprüfungen durchführen!	32
14. Asylanten und Flüchtlinge zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten!	32
15. Sachleistungen statt Geldleistungen, Auslandszahlungen unterbinden!	32
16. Schutzrechtliche Anerkennungen regelmäßig prüfen und gegebenenfalls widerrufen!	33
17. Schutzstatus nach Reisen in Herkunftsländer aberkennen!	33
18. Schutzstatus von Straftätern und Gefährdern aberkennen!	33
19. Subsidiären Schutzstatus abschaffen!	33
20. Asyl- und Integrationsindustrie den Geldhahn zudrehen!	34
21. Schluss mit der Willkommenspropaganda!	34
22. EU-Armutseinwanderung stoppen!	34
23. Einbürgerung braucht hohe Hürden – Kein deutscher Pass für kriminelle Ausländer!	35
24. Turbo-Einbürgerung stoppen, Geburtsortprinzip streichen!	35
25. Schwerkriminellen die doppelte Staatsbürgerschaft aberkennen!	35
26. Illegale Zuwanderer sind Fachkräftemangelverursacher!	36
27. Folgeprobleme vermeiden, auf kulturfremde Fachkräfte verzichten!	36
28. Technisierung, Digitalisierung und KI statt kulturfremder Fachkräfte!	37
29. Remigrationsprogramm für ausgewanderte deutsche Fachkräfte!	37
30. Ausreisepflichtige konsequent abschieben – Abschiebeoffensive einleiten!	38
31. Verhinderung von Abschiebungen – Fördergelder entziehen, Täter bestrafen!	39
32. Neue Abschiebehaftplätze schaffen, Instrument der Abschiebehaft nutzen!	39
33. Abschiebeflüge auf Landesebene organisieren!	40
34. Ausreisepflicht auch auf kommunaler Ebene durchsetzen!	40
35. Task Force für Abschiebungen einrichten!	40
36. Remigrationslotsen statt Integrationslotsen!	41

37.	Entwicklungshilfe an Rücknahmebereitschaft koppeln!	41
38.	Rückkehranreiz schaffen, Leistungseinschränkungen vornehmen!	41
39.	Rückkehranreiz setzen, Bürgergeld für Ukrainer streichen!	42
40.	Remigrationsoffensive in die Ukraine vorbereiten!	42
41.	Ukrainer nicht mehr als Kriegsflüchtlinge anerkennen!.....	43
42.	Rückkehrprogramme statt Integrationsfolklore!	43
43.	Gesellschaftliche Wertschätzung für Rückkehrbedienstete schaffen!	44
III.	Kultur und Integration	45
1.	Deutsch denken!	46
2.	Kein Geld mehr für sogenannte Provenienzforschung!	46
3.	Geschichte erinnern, Soldatisches Opfer ehren!	47
4.	Altbaubestand retten!	47
5.	Schöner bauen!.....	48
6.	Patriotismus fördern - Kein Staatsgeld für antideutsche Kunst und Kultur!	48
7.	Landeszentrale für politische Bildung gründlich reformieren!	49
8.	Brauchtum im ländlichen Raum erhalten!	49
9.	Feuerwerk ist Kultur!	49
10.	Vernünftiges Deutsch durchsetzen!	50
11.	Girls und Boys Day durch Zukunftstag ersetzen!	50
12.	Einbürgerungsaufsätze statt Einbürgerungstests!	51
13.	Bekenntnis zu Deutschland einfordern!.....	51
14.	Verpflichtende Integrations-Kurse für Ausländer!.....	52
15.	Engagement von Ausländern anerkennen!.....	52
16.	Nein zu Muezzin und Minarett!	52
17.	Staatsleistungen sofort einstellen!	53
18.	Kein Geld mehr für die Evangelischen Akademie!.....	53
19.	Christentum fördern – Kleine Kirchen fördern!	54
20.	Leistungsträger im Sport ehren!	54
IV.	Schulbildung	55
1.	Optimale Förderung und bestmögliche Bildung für alle!	56
2.	Verbindliche Schullaufbahneempfehlung wieder einführen!	56
3.	Keine Experimente an unseren Kindern!	57
4.	Schluss mit der Noteninflation!.....	57

5.	Leistung muss sich wieder lohnen!	57
6.	Heimatkunde - Schulbildung nah am echten Leben!	58
7.	Mehr 1813 und 1871 – Geschichtslehrpläne überarbeiten!	58
8.	Bildung statt politischer Indoktrination!	58
9.	Lehrer müssen politisch neutral sein!	59
10.	Regenbogenflaggen an Schulen verbieten!	59
11.	Flagge zeigen!	59
12.	Keine Frühdigitalisierung an Schulen!	60
13.	Schulfach Informatik als Pflichtfach!	60
14.	Russisch-Unterricht erhalten!	60
15.	Schüleraustausch mit Russland wiederbeleben!	61
16.	Mehr Sportunterricht!	61
17.	Jedes Kind muss Schwimmen lernen!	61
18.	Bundesjugendspiele konsequent als Wettkampf durchführen!	62
19.	Flexibilisierung der Klassengrößen!	62
20.	Pensionierte Lehrer einstellen!	62
21.	Lehrerberuf attraktiver machen – Lehrer gezielt anwerben!	63
22.	Eine pädagogische Hochschule gründen!	63
23.	Schulen erhalten!	63
24.	Bildungspflicht statt Schulzwang!	64
25.	Keine Pseudodemokratie an Schulen!	64
26.	Landeseinheitliche Lehrmaterialien!	65
27.	Kostenlose Bücher für jedes Kind!	65
28.	Sonderklassen für Flüchtlingskinder!	65
29.	Keinen bekenntnisgebundenen Islamunterricht an Schulen!	66
30.	Wachdienst an Schulen!	66
31.	Gewalttäter empfindlich bestrafen!	67
V.	Wissenschaft	68
1.	Gleichberechtigung statt Gleichstellung!	69
2.	Bologna-Prozess rückabwickeln!	69
3.	Eliten bilden - Landesstipendium auflegen!	69
4.	Aufnahmeprüfungen statt Numerus clausus!	70
5.	Prekäre Arbeitsverhältnisse an der Universität beenden!	70

6.	Die Universität ist keine Räterepublik!	70
7.	Gender-Studien abschaffen!.....	71
8.	Postkolonialismus ist keine Wissenschaft!	71
9.	Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft einrichten!	72
10.	Institut für kritische Islamforschung aufbauen!.....	72
11.	Schluss mit dem Drittmittelzirkus!	72
12.	Differenzierung in Hochschulen und Universitäten beibehalten!	73
VI.	Innere Sicherheit	74
1.	Mehr Polizisten!.....	74
2.	Für eine schnellere Polizei!	75
3.	Polizeivollzug von Verwaltungstätigkeiten entlasten!.....	75
4.	Kein Generalverdacht mehr bei Schusswaffengebrauch!	75
5.	Taser einführen!	75
6.	Leistungsgerechtigkeit durchsetzen!	76
7.	Qualifikation statt Quote – auch bei der Polizei!	76
8.	Polizeidienst attraktiver gestalten!.....	76
9.	Dienstunfähigkeitsversicherung für alle Polizisten!	77
10.	Keine Vorverurteilung bei Disziplinarverfahren!.....	77
11.	Funktion des Polizeibeauftragten abschaffen!	77
12.	Warnschussarrest einführen!.....	77
13.	Kriminelle Ausländer ausweisen!	78
14.	Gefährder konsequent verfolgen und ausweisen!	78
15.	Abschiebehaftplätze verzehnfachen!	78
16.	Adressen von verurteilten Pädophilen veröffentlichen!.....	79
17.	Vermisste Kinder retten!	79
18.	„Antifa“ in die Schranken weisen!	79
19.	„Antifa“ zur Terrorvereinigung erklären!	80
20.	Freiwillige Bürgerwacht einführen!	80
21.	Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz zusammenfassen!	80
22.	Ehrenamtskarte einführen!	80
23.	Mehr Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer zweckgebunden einsetzen!	81
24.	Sonderbudget für Autobahnabschnitte!	81
25.	Feuerwehrführerscheine fördern!.....	81

VII. Justizwesen	82
1. Kurzer Prozess!.....	83
2. Gewaltverbrechen hart bestrafen!.....	83
3. Justiz braucht Vollzug!	83
4. Richterstellen allein nach Qualifikation besetzen!	84
5. Justizvollzugsanstalt Volkstedt erhalten!	84
6. Bilaterale Rückführungsverträge zur konsequenten Durchsetzung der Ausreisepflicht abschließen!	84
7. Sogenannte „Hassverbrechen“ hinterfragen – Meinungsfreiheit verteidigen!.....	85
8. Schwarzmarkt in JVA's trocken legen!	85
9. Strafmündigkeit absenken!	85
10. Wegfall der „Heranwachsenden“ im Jugendstrafrecht!	86
11. Justizwachtmeister aufwerten – einfachen Dienst abschaffen!.....	86
12. Verstöße und Widerstand gegen Corona-Maßnahmen amnestieren!	86
13. Schutz für das Deutschtum im Strafrecht verankern!	87
14. Zentralisierung der Einbürgerungen!.....	87
VIII. Demokratie und Bürgerrechte	88
1. Für einen Verfassungsschutz, der die Verfassung schützt!.....	89
2. Digitale Bürgerrechte schützen – Transparenz des Staates ausbauen!	89
3. Digitalisierung für mehr Beteiligung!.....	89
4. Meinungs- und Versammlungsfreiheit stärken!	90
5. Gegendemonstrationen ja – Verhinderung angemeldeter Demonstrationen nein! ..	90
6. Stärkung des Freien Mandats!	91
7. Vereinsförderung nur mit Demokratie- und Patriotismuserklärung!.....	91
8. Die Demokratie braucht die Urnenwahl!	91
9. Mehr direkte Demokratie wagen!.....	92
10. Politiker müssen Rechenschaft ablegen!	92
11. Keine weitere Verschärfung des Waffenrechts!	92
12. Zuverlässigkeit prüfen, nicht Gesinnung!	93
13. Liberalisierung mit Augenmaß!.....	93
IX. Wirtschaft und Tourismus	94
1. Förderung des Mittelstands statt Subventionierung globalistischer Großkonzerne!	94
2. Wirtschaftsschädliche Sanktionen beenden!	95

3.	Bürokratisierung beenden, Bürokratieabbau einleiten!.....	95
4.	Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen in Sachsen-Anhalt prüfen!	96
5.	Heimische Fachkräfte im Land halten!	96
6.	Akademisierungswahn beenden, Freiwilliges Handwerksjahr einführen!	96
7.	Führerschein-Zuschuss für Sachsen-Anhalts Auszubildende!.....	97
8.	Junge Nachwuchskräfte im Land halten, Ausbildungsprämie einführen!.....	97
9.	Kostenfreie Meisterausbildung gewährleisten, Meisterprämie einführen!.....	98
10.	Betriebsaufgaben verhindern, Unternehmensnachfolge sichern!	98
11.	Technisierung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz als Wirtschaftsfaktor nutzen!	99
12.	Gütesiegel „Produziert in Sachsen-Anhalt“ einführen!	99
13.	Stagnation beenden, heimischen Tourismus stärken!	99
X.	Energiepolitik	101
1.	Subventionen für erneuerbare Energien streichen, Einspeisevorrang beenden!....	102
2.	Stromsteuer auf Mindestwert absenken, Privathaushalte entlasten!	102
3.	Landesenergieagentur abschaffen!.....	102
4.	Akzeptanzgesetz abschaffen!	103
5.	Wärmeplanungs- und Gebäudeenergiegesetz abschaffen, Förderung von Wärmepumpen beenden!.....	103
6.	Windkraftausbau stoppen, Windkraftmoratorium beschließen!	104
7.	Keine Solarparks in deutschen Kulturlandschaften und auf heimischem Ackerland!	104
8.	Rückbaufinanzierung für stillgelegte Windkraft- und Solaranlagen sicherstellen! .	105
9.	Grüne Wasserstoffstrategie beenden, Steuergeldvergeudung stoppen!	105
10.	Vorsicht Energiewende – Blackout-Vorsorge für Sachsen-Anhalt treffen!.....	105
11.	Energiepreisexplosion beenden, Deindustrialisierung stoppen, Reindustrialisierung einleiten!	106
12.	Energiepolitische Russlandsanktionen beenden, Nord-Stream- Pipelines in Betrieb nehmen!	106
13.	Heimat, Umwelt und Bevölkerung schützen – Kein Fracking in Sachsen-Anhalt!...	107
14.	Energiepreise senken, Netzstabilität schaffen, neue Gaskraftwerke errichten!....	107
15.	Kohleausstieg stoppen – Kohlestandort Sachsen-Anhalt erhalten!	107
16.	Neustart vornehmen – Wiedereinstieg in die Kernenergie einleiten!	108
17.	Steuergeldvergeudung beenden – E-Auto-Subventionen streichen!	108

18.	Energie- und Verkehrswendeirrsinn beenden – Verbrenner-Verbot stoppen!.....	109
19.	Autofahrer entlasten – Kraftstoffpreise senken!	109
20.	Heimatschutz und Klimaanpassung statt „Klimarettung“!.....	109
21.	Mikroklima schützen – Energiewende stoppen!.....	110
22.	Kritische Klimaforschung in Sachsen-Anhalt ermöglichen!	110
23.	Klimarettungsindustrie den Geldhahn zudrehen!	110
24.	Pariser Klimaabkommen und Green Deal aufkündigen – Bundesklimaschutzgesetz abschaffen!	111
25.	Emissionshandel beenden – Heimische Unternehmen retten!	112
26.	Verbraucher entlasten – CO ₂ -Steuer abschaffen!.....	112
27.	Klimareligiöse Verbotskultur beenden!	112
28.	Klimaextremismus mit den Mitteln des Rechtsstaats entschlossen bekämpfen!..	113
29.	Ökologischen Fußabdruck berücksichtigen, Umwelt schützen, Aufnahme illegaler „Klimaflüchtlinge“ stoppen!	113
XI.	Landwirtschaft und Heimatpflege.....	115
1.	Jede Form der Landwirtschaft fördern!	115
2.	Genforschung zu Versuchszwecken erlauben!.....	116
3.	Agrarpolitik renationalisieren!	116
4.	Ackerland in Bauernhand – Agrarstruktur stärken!	116
5.	Düngung nach Fachwissen – Gülle regional nutzen!.....	117
6.	Keine Besteuerung von Bewässerungswasser!.....	117
7.	Schäfer entlasten!	117
8.	Nutztiere: Regeln auf den Prüfstand!	117
9.	Private Nutztierhaltung erleichtern!.....	118
10.	Gezielte Bestandsregulation statt weltfremder Wolfsromantik!	118
11.	Wald erhalten und aufforsten!	118
12.	Saatgutgewinnung sichern - Landesdarre stärken!.....	119
13.	Asylbewerber bei der Aufforstung einsetzen!	119
14.	Keine Windräder in den Wäldern Sachsen-Anhalts!	119
15.	Jäger unterstützen!	120
16.	Vor Ort produziert - Vor Ort konsumiert!	120
17.	Schächten verbieten!	120
18.	Tierheime besser finanzieren!	120

19. Kastrationspflicht für freigehende Katzen!	121
XII. Ländlicher Raum und Kommunales	122
1. Kommunen fair finanzieren!	122
2. Mehr kommunale Selbstverwaltung!	123
3. Infrastruktur verbessern!	123
4. Keine Migranten mehr aufs Land!	123
5. Schluss mit der Bevorzugung der Städte!	124
6. Gleichstellungsbeauftragte abschaffen!	124
7. Förderpolitik ohne Regenbogen!	124
8. Bürokratie abbauen!	125
9. Dörfliche Strukturen erhalten!	125
XIII. Verkehr und Infrastruktur	126
1. In die Infrastruktur investieren!	126
2. Planungshoheit der Gemeinden stärken!	127
3. Tempo im Straßenbau, Ausbau des Straßennetzes!	127
4. Baumaßnahmen autofahrerfreundlich gestalten!	128
5. Verbandsklagerecht abschaffen!	128
6. Fährverbindungen erhalten!	128
7. Bus und Bahn stärken!	129
8. Deutschlandticket für alle Schüler!	129
9. Schluss mit dem LKW-Chaos an Autobahnen!	129
10. Behindertenparkplätze nach Bedarf!	130
11. Wir brauchen keine Lastenräder!	130
12. Motorradkultur erhalten, Fahrverbote verhindern, SIMSON-Kultur erhalten!	131
13. Räder müssen rollen!	131
14. Wasserstraßen-Tourismus entdecken – Wasserstraßen ausbauen!	132
15. Hochwasserschutz praktisch machen!	132
16. In die Zukunft investieren - Digitale Infrastruktur ausbauen!	132
17. Zukunftstechnologien fördern – Rechenzentren ansiedeln!	133
XIV. Öffentlicher Dienst und Verwaltungsreform	134
1. Ausgaben in Ministerien und Verwaltung kürzen!	134
2. Ministerien reduzieren!	135
3. Staatsquote senken!	135

4.	Schluss mit Haushaltstrickereien!.....	135
5.	Unnötige Landesgesellschaften auflösen!	135
6.	Landesverwaltungsamt abschaffen!	136
7.	Kein Steuergeld mehr für parteinahe Stiftungen!.....	136
8.	Überflüssige Gesetze streichen!	136
9.	Verwaltung bürgernah digitalisieren!	136
10.	Für eine effiziente Personalpolitik!	137
11.	Genehmigung bei überlangen Verfahren fingieren!.....	137
12.	Fördermittel besser einsetzen!.....	137
13.	Beauftragten-Unwesen abschaffen!.....	137
14.	Die Verwaltung ist für die Bürger da!.....	138
XV.	Medien	139
1.	Meinungsfreiheit verteidigen!.....	139
2.	Radio Corax den Geldhahn zudrehen!	140
3.	Sofortmaßnahme: Rundfunkstaatsverträge kündigen!	140
4.	Genug GEZahlt - Steuerfinanzierten Grundfunk nach dem Vorbild Finnlands einführen!	141
5.	Mehr Eigenverantwortung für den Mitteldeutschen Rundfunk!.....	141
6.	Aufsicht politisch neutral und professionell gestalten!	141
7.	Netzwerkdurchsetzungsgesetz rückabwickeln!	142
8.	Zensur im Internet verhindern!.....	142
9.	Medienanstalt reformieren, verschlanken, kontrollieren!	142
XVI.	Finanzen und Steuern	144
1.	Grunderwerbssteuer senken!	144
2.	Bagatellsteuern streichen!.....	144
3.	Keine neuen Abgaben und Steuererhöhungen!	144
4.	Systematische Aufgabenkritik!.....	145
5.	Staatlichen Kirchensteuereinzug einstellen!	145
6.	Landesrechnungshof stärken!	145
7.	Produktorientierte Haushaltsplanung einführen!	146
8.	Schluss mit sogenannten Sondervermögen!.....	146
9.	Haushaltsklarheit per Gesetz – Ehrliche und transparente Budgets!	146
10.	Finanzausgleichsgesetz grundlegend reformieren!	147

XVII. Gesundheit und Pflege	148
1. Investitionsoffensive für ein modernes Gesundheitswesen!	148
2. Keine Privatisierung von Krankenhäusern mehr!	149
3. Umstrukturierungen nur im Sinne des Patienten!	149
4. Leistungsgruppen sinnvoll gestalten!	149
5. Gesundheitszentren für eine flächendeckende Versorgung!	150
6. Den Rettungsdienst wieder zur schnellen medizinischen Hilfe machen!	150
7. Notaufnahmen erhalten!	150
8. Abrechnungssystem patientenfreundlich reformieren!	151
9. Besser vorsorgen!	151
10. Medizinstudenten statt Importärzte!	152
11. Mehr Ärzte aufs Land!	153
12. Pflegeberufe aufwerten – Pflegenotstand beheben!	153
13. Zurück zu einer differenzierten Ausbildung in der Pflege!	153
14. Pflegekammer nur mit Zustimmung der Betroffenen!	154
15. Pflege zuhause fördern – Familienzusammenhalt stärken!	154
16. Ein Lebensende in Würde!	154
17. Gesundheitswesen gerecht finanzieren!	155
18. Corona-Zeit aufarbeiten!	155

Präambel

2021 konnten die Altparteien die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt einmal noch gewinnen, weil sie Panik geschürt und den Bürgern Angst vor einem AfD-Wahlsieg gemacht haben. Was folgte, waren weitere fünf Jahre Altparteienherrschaft. Ergebnis: Die Preise für Strom, Sprit und Lebensmittel sind weiter gestiegen. Ebenso die Steuern und Abgaben. Wir können uns von unseren Löhnen immer weniger leisten. Die Rente reicht nicht mehr zum Leben.

Unsere Straßen und Plätzen sind nicht mehr sicher. Einen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt von Magdeburg hätten wir nicht für möglich gehalten. Der Täter von Magdeburg hätte schon längst abgeschoben werden können. Er war wie so viele andere aber noch hier, weil unsere Behörden Ausländer lax und nachsichtig behandeln, während sie gegen die eigenen Bürger mit falscher Meinung gnadenlos vorgehen. Die laufende Masseneinwanderung schadet uns, doch abgesehen von kraftlosen Ankündigungen ändert sich nichts.

Die Kinder werden an den Schulen nicht mehr gebildet, dafür erwachsene Bürger bevormundet. Krankenhäuser und Schulen schließen. Infrastruktur wird abgebaut, dafür Bürokratie aufgebaut. Sachsen-Anhalt und Deutschland stehen heute wieder etwas schlechter da als noch 2021. Die Altparteien hätten besser Angst vor sich selbst machen sollen. Sie verantworten alle Missstände, nicht die AfD. Und doch klammern sie sich verzweifelt an die Macht. Sie wollen mit allen Mitteln verhindern, dass die AfD die Wahl am 6. September demokratisch gewinnt.

Wenn wir uns dagegen wehren, wenn wir den Mund aufmachen und die Politik der Altparteien kritisieren, ändern sie nicht etwa ihren Kurs. Nein, das tun sie nicht. Sie bieten uns nur an, ihre schlechte Politik besser zu erklären. Wir dürfen uns überzeugen lassen. Und wenn wir uns nicht überzeugen lassen, machen sie uns Vorwürfe! Wenn wir nicht einverstanden damit sind, dass unsere Steuern für die Umsorgung von Wohlstandsflüchtlingen verpulvert oder an die Ukraine verschenkt werden, während die Schlaglöcher in unseren Straßen immer größer werden, nennen sie uns „egoistisch“. Wenn wir uns nicht widerspruchslos von Einwanderern aus aller Herren Länder anpöbeln und angreifen lassen, sind wir „ausländerfeindlich“. Wenn wir uns nicht mit der Verschandelung der Landschaft und der Zerstörung der Umwelt durch Windräder und Solaranlagen abfinden und nicht den höchsten Strompreis der Welt bezahlen wollen, nennen sie uns „wissenschaftsfeindlich“ und „Klimaleugner“. Wenn wir es nicht in Ordnung finden, dass mancher Einwanderer für schwere Körperverletzung leichter bestraft wird als so mancher Deutsche für die falsche Meinung, sind wir gar „rechtsextrem“. Wenn wir nicht zufrieden damit sind, dass Drag-Queens unseren Kindern Geschlechtsumwandlungen schmackhaft machen, schimpfen sie uns „homophob“. Wenn wir uns nicht finanziell ruinieren wollen, um unsere Häuser energetisch zu sanieren, werfen sie uns vor, wir würden nicht an die

43 kommenden Generationen denken. Wenn wir sagen, dass wir keinen Krieg mit Russland
44 und Frieden in Europa wollen, nennen sie uns „Putinverstehler“. Und wenn wir die Regie-
45 rung für ihren Geschmack zu heftig kritisieren, erklären sie uns mit erhobenem Zeigefin-
46 ger, wir würden uns der „verfassungsfeindlichen Delegitimierung des Staates“ schuldig
47 machen.

48
49 Wir sind schon sehr unerzogene Bürger, undankbar, anspruchsvoll und unbequem. Wie
50 hat es nicht Berthold Brecht anlässlich der Niederschlagung des Volksaufstandes in der
51 DDR am 17. Juni 1953 so schön formuliert? Die Altparteien haben es schlecht mit uns
52 erwischt. Wir haben ihr Vertrauen verscherzt. Es wäre besser, die Altparteien würden uns
53 auflösen und sich ein anderes Volk wählen.

54
55 Keine Sorge! Die Diktatur der Altparteien ist im Moment noch nicht Realität. Am 6. Sep-
56 tember wählen noch nicht die Altparteien ein neues Volk, wenn sie es auch gerne wollten,
57 sondern das Volk, also wir, entscheiden, welche Parteien unsere Interessen vertreten sol-
58 len. Noch können wir das. Und wir sollten es tun, solange wir es noch können. Es ist viel-
59 leicht unsere letzte Chance.

60
61 Denn wir sind nicht mehr weit entfernt von dem Alptraum, dass sich die Altparteien ihr
62 Volk wählen. Immer mehr Altparteienpolitiker bis hin zur CDU fordern ein AfD-Verbot. Die
63 Begründung ist lächerlich: Wir, die AfD, seien gegen die Demokratie. Das sagen Politiker,
64 die sich von ihrem Volk nichts sagen lassen. Das sagen Politiker, die ihr Volk von morgens
65 früh bis abends spät belehren und einschüchtern. In Koblenz haben die Altparteien im
66 Namen „unserer Demokratie“ den Bürgermeisterkandidat der AfD von der Wahl ausge-
67 schlossen, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis das in Sachsen-Anhalt geschieht. Wenn
68 die Altparteien von „unserer Demokratie“ sprechen, meinen sie ihre Herrschaft. Sie wer-
69 fen der AfD vor, die AfD würde mit ihren alternativen Politikangeboten „einschüchtern“,
70 und sind doch in Wahrheit selbst diejenigen, die nur noch mit Einschüchterung regieren
71 können.

72
73 Wahre Demokratie ist einfach erklärt. Demokratie heißt, dass die politische Macht einzig
74 und allein durch den Volkswillen legitimiert wird, also durch Abstimmung, nicht durch Ab-
75 stammung von einem Adelsgeschlecht und auch nicht durch spezielle Wertvorstellun-
76 gen. Demokratie heißt, dass die Mehrheit entscheidet und dass deshalb am Ende eine
77 Politik herauskommt, die im Interesse der Mehrheit liegt. Weil jede Regierung abgewählt
78 und jede Mehrheitsmeinung irgendwann auch zur Minderheitsmeinung werden können
79 muss, genießt aber auch die Minderheit gewisse Grundrechte, etwa die Rechte der parla-
80 mentarischen Opposition.

81
82 Wir, die AfD, sind keine Gefahr für die Demokratie, im Gegenteil. Dass es uns überhaupt
83 gibt, zeigt, dass die Demokratie noch funktioniert. Wir beweisen durch unsere bloße Exis-
84 tenz, dass andere Meinungen noch möglich sind, dass also das demokratische System
85 noch funktioniert. Dass man es uns schwerer macht als den anderen und uns

beispielsweise seit fünf Jahren den der Opposition zustehenden Vizepräsidenten im Landtag verweigert, ist ein Zeichen für eine Störung im demokratischen Prozess. Wenn es uns nicht mehr gibt, ist die Demokratie tot. Dann haben wir die Diktatur der Altparteien. Sorgen wir am 6. September alle gemeinsam dafür, dass es nicht so weit kommt.

Wir wollen, dass die Bürger sich selbst ein Bild machen und in freier Entscheidung das wählen, was ihrer Meinung entspricht. Jede Partei in Deutschland muss ein Programm vorlegen. In dem Programm sagt die Partei, was sie will. Das Programm ist die Willenserklärung der Partei und zugleich das Angebot an die Wähler.

Im Folgenden findet Ihr unser Regierungsprogramm. Dieses Programm ist in einem demokratischen Prozess in unseren Landesfachausschüssen entworfen, dann auf einem Landesparteitag diskutiert, abgeändert und schließlich mit großer Mehrheit beschlossen worden. Wir sagen darin im Detail, wie wir Sachsen-Anhalt zum Besseren verändern wollen.

Das Entscheidende aber: Wir wollen nicht gegen die Interessen der Bürger regieren, sondern im Interesse der Bürger. Nicht das, was die Brüsseler EU, was die Ukraine, der UN-Migrationspakt, die Pariser Klimakonferenz wollen und vorschreiben, ist unser Maßstab, sondern einzig und allein das Wohl der Bürger in Sachsen-Anhalt. Der Horror-Vision einer Altparteiendiktatur setzen wir unsere Vision 2026 entgegen!

Wir wollen eine Familienpolitik, die dafür sorgt, dass hier wieder mehr Kinder geboren werden, denn Kinder sind unsere Zukunft, nicht Einwanderer. Echte Asylanten, die in ihrer Heimat politisch verfolgt werden, und echte Kriegsflüchtlinge können bei uns Schutz auf Zeit erhalten. Wer aber kriminell wird, der verwirkt sein Gastrecht und muss unser Land sofort wieder verlassen.

Einwanderer sind auch kein Ersatz für fehlende Fachkräfte. Echte Fachkräfte wollen wir nach unseren Bedürfnissen einwandern lassen, besser aber wäre es, die Fachkräfte würden von hier kommen, nicht aus Ländern, wo sie selbst dringend gebraucht werden. Deshalb wollen wir das Bildungssystem so reformieren, dass es wieder seine Kernaufgabe erfüllt, nämlich Kulturtechniken und Wissen vermitteln.

Generell gilt: Unsere Gesellschaft braucht wieder klare Normen und Vorbilder. Ein Bekenntnis zum eigenen Land und eine Identifikation mit unserer Kultur dürfen nicht mehr als verdächtig, sondern müssen wieder als völlig normal und selbstverständlich gelten. Die Ehe aus Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen, muss durch die Politik als normative Normalität anerkannt und besonders gefördert werden.

Da die Kirchensteuerkirchen das nicht mehr vermitteln und sich auch ansonsten von ihrer Kernaufgabe, der Pflege des christlichen Glaubens, entfernt haben, wollen wir all ihre Privilegien abschaffen. Die einseitige politische Indoktrination nicht nur an Schulen,

sondern auch durch millionenschwere staatliche Programme und durch einen zwangsgebührenfinanzierten Rundfunk muss gestoppt werden.

Die Polizei im Land muss sich wieder auf die Bekämpfung echter Verbrechen konzentrieren, statt viel Zeit mit der Verfolgung fragwürdiger Meinungsstraftaten zu vergeuden. Der Verfassungsschutz als eine weisungsgebundene Regierungsbehörde muss aufhören, die Opposition zu verfolgen. Wir brauchen nicht nur wieder mehr Demokratie, sondern auch wieder mehr Freiheit in Sachsen-Anhalt. Das gilt auch für die Verwaltung und die Kommunen. Die Gängelung der Bürger durch überbordende Bürokratie und die Gängelung der Verwaltung untereinander muss aufhören. Und schließlich muss die Finanzausstattung der Kommunen verbessert werden. Geld ist genug da, es wird nur an falscher Stelle ausgegeben!

Das ist unser Programm in Kurzfassung. Wenn Ihr Euch für die Details interessiert und dafür interessiert, wie genau wir unsere Ziele erreichen wollen, empfehlen wir Euch die folgenden 138 Seiten zur Lektüre. Die Altparteien behaupten immer das, was wir wollten, wäre unmöglich. Wir treten mit unserem Regierungsprogramm den Gegenbeweis an: Alles ist möglich!

Die Altparteien behaupten, wir wären die größte Gefahr für unser Land. An der herrschenden Misere können wir jedoch nicht schuld sein, denn wir waren noch an keiner Regierung beteiligt. Wir sind angetreten, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Und wir meinen, dass nur wir das können. Denn man kann ein Land nicht mit den Parteien retten, die es zugrunde gerichtet haben.

Hier ist unser Programm! Urteilt selbst, ob die AfD verboten gehört oder vielleicht doch besser gewählt.

I. Familie und Kinder

Deutschland leidet unter einem massiven Bevölkerungsrückgang. Was in der politischen Debatte als „demographischer Wandel“ bezeichnet wird, ist nichts anderes als die Überalterung und das Aussterben des Deutschen Volkes. Dabei handelt es sich um einen bereits seit Jahrzehnten laufenden Prozess, dessen Folgen mit jedem Jahr drastischer zu spüren sind. Vom Fachkräftemangel bis zur schleichenden Entvölkerung ganzer Regionen können wir die Auswirkungen tagtäglich in unserer Heimat sehen und erleben.

Die Geburtenrate in Deutschland liegt seit Mitte der 1970er Jahre weit unterhalb des Niveaus zur Bestandserhaltung. Bei einer Geburtenrate von statistisch 1,5 Kindern je Frau ist jede Generation um ca. 25 Prozent kleiner als die ihrer Eltern. In Sachsen-Anhalt lag die Geburtenrate im Jahr 2024 bei 1,31 Kindern je Frau und markierte damit einen neuerlichen Tiefstand.

Den herrschenden Parteien war und ist dieses Problem samt seiner Ursachen schon lange bekannt. Allen Altparteien aber fehlt der politische Wille oder der Mut, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig wären, um den Trend umzukehren. Beispiele aus der DDR, aber auch anderen Europäischen Ländern zeigen jedoch, dass eine derartige Entwicklung durch eine kluge Politik grundsätzlich umkehrbar ist.

Einwanderung, wie von der etablierten Politik beschworen, hingegen ist nicht nur ein untaugliches Mittel gegen das Aussterben der einheimischen Bevölkerung, sie bringt auch viele weitere Probleme mit sich.

Wir, die AfD, haben als einzige ernstzunehmende politische Kraft den Willen, den familienpolitischen Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte mit klaren politischen Maßnahmen zu begegnen. Wir werden die Familie, bestehend aus Vater, Mutter und möglichst vielen Kindern, wieder in den Mittelpunkt des politischen und gesellschaftlichen Denkens und Handelns stellen. Mit uns bekommen Eltern die bestmöglichen Rahmenbedingungen zur Gründung und Führung einer Familie und unsere Kinder die bestmöglichen Chancen auf eine gute und gesunde Entwicklung.

1. Willkommenskultur für Kinder!

Politisches Handeln in Sachsen-Anhalt muss stets dem Anspruch der Familienfreundlichkeit gerecht werden. Gesellschaftspolitische Steuerungsinstrumente, die nicht nur kostspielig sind, sondern auch verschiedene Teile unserer Gesellschaft gegeneinander auszuspielen versuchen, werden wir abschaffen. So werden wir etwa den „Gleichstellungsbeauftragten“ durch einen „Familienbeauftragten“

ersetzen. Zu seinen Aufgaben gehört die Bewertung der Auswirkungen allen staatlichen Handelns auf die Geburtenrate und die Weiterentwicklung familien- und kinderfreundlicher Maßnahmen. Neue Regelungen und Verordnungen, aber auch bestehende Gesetze, müssen auf ihre Familien- und Kinderfreundlichkeit hin geprüft werden. Sachsen-Anhalt kann nur dann zum Familienland werden, wenn jegliche Anstrengung unternommen wird, Familien zu entlasten, zu unterstützen und bestehende Belastungen abzubauen.

2. Kinderwillkommengeld einführen!

Als Zeichen der Unterstützung für angehende Eltern werden wir ein Baby-Begrüßungsgeld in Höhe von 2.000 Euro für die ersten beiden Kinder und von 4.000 Euro für jedes weitere Kind einführen. Damit möchten wir diejenigen honorieren, die den Mut zu Kindern haben und Verantwortung als Eltern beweisen. Gleichzeitig können damit finanzielle Hürden gerade in den ersten Lebensmonaten ausgeglichen werden. Zugangsvoraussetzung ist die deutsche Staatsbürgerschaft mindestens eines Elternteils und ein fester Erstwohnsitz beider Eltern in Sachsen-Anhalt seit mindestens einem Jahr. Die erste Hälfte des genannten Geldbetrages wird nach der angezeigten Geburt und die andere Hälfte zum vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes ausbezahlt. Voraussetzung für die Auszahlung der zweiten Hälfte ist im Sinne des Kindeswohles die Teilnahme an den empfohlenen medizinischen Vorsorgeuntersuchungen (U1 bis U7a) allerdings ohne Bewertung des Impfstatus.

3. Ungeborenes Leben schützen!

In Deutschland werden jährlich circa 100.000 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen. In Sachsen-Anhalt wurden seit 2020 jedes Jahr über 3.000 Kinder abgetrieben. Ein medizinischer oder kriminologischer Grund lag dabei in gerade einmal vier Prozent der Fälle vor. Neben persönlich-familiären Gründen stellt ein mögliches wirtschaftliches Risiko eine der Hauptursachen für die Entscheidung zum Abbruch der Schwangerschaft dar.

Wir werden deshalb mit unserem familienpolitischen Maßnahmenkatalog sicherstellen, dass Kinder in Sachsen-Anhalt nicht zu einem finanziellen Risiko werden. Daneben werden wir eine breit aufgestellte Unterstützungsstruktur für ungewollt Schwangere schaffen. Bereits in der Schwangerenkonfliktberatung ist den Frauen ein gesondertes schriftliches Verzeichnis der in ihrem konkreten Fall möglichen organisatorischen und finanziellen Unterstützungsleistungen einschließlich der jeweiligen Anlaufstelle zu übergeben.

Soweit keine medizinischen oder kriminologischen Gründe für die Beratung ursächlich sind, fordern wir, im Rahmen der Beratung auch eine Ultraschalluntersuchung des ungeborenen Kindes durchzuführen.

4. Schwangerschaftsabbruch muss im Strafrecht bleiben!

Wir halten an dem gesellschaftlichen Kompromiss fest, wonach die Menschenrechte, insbesondere das Recht auf körperliche Unversehrtheit, auch für ungeborenes Leben gelten. Eine Regelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafgesetzbuchs mit allen dazugehörigen politischen Implikationen lehnen wir ab. Gesetzesinitiativen auf Bundesebene werden wir im Rahmen unserer Einflussmöglichkeiten, beispielsweise im Bundesrat, entgegentreten.

5. Familie mit Kindern als Vorbild der Lebensgestaltung!

Steigende Abtreibungs- und sinkende Geburtenraten hängen auch damit zusammen, dass sexuelle Abweichungen und nicht-reproduktive Lebensweisen mittlerweile mehr Akzeptanz genießen und offensiver beworben werden als die normale Familie aus Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen.

Wir werden dagegen wieder die Themen Kinder und Familie in den Mittelpunkt der Werbe- und Aufklärungskampagnen der Landesregierung stellen, aber auch in der schulischen und darüberhinausgehenden Bildung verankern und priorisieren. Projekte und Organisationen, welche die Aufwertung oder Unterstützung von Familien zum Ziel haben, werden im Rahmen der öffentlichen Förderung besonders berücksichtigt.

6. Kinderwunscherfüllung fördern!

Viele Paare in Deutschland bleiben trotz Kinderwunschs ohne eigenen Nachwuchs. Statistisch betrachtet waren noch nie so viele Partner ungewollt kinderlos wie heute. Die Krankenkassen bezahlen auch bei nicht medizinischer oder kriminologischer Indikation Schwangerschaftsabbrüche, sobald die Frauen gewisse Einkommensgrenzen unterschreiten. Für reproduktionsmedizinische Maßnahmen wie etwa eine künstliche Befruchtung müssen Paare aber die Hälfte der Kosten selbst tragen. Das kann nicht sein! Wir werden auf Bundesebene darauf hinarbeiten, dass die Krankenkassen sinnvolle und aussichtsreiche reproduktionsmedizinische Maßnahmen als Regelleistungen übernehmen und diese Lücke mit landeseigenen Unterstützungsangeboten übergangsweise schließen. Weiterhin werden wir kinderlosen Paaren die Adoption erleichtern, solche Paare bei der Zuteilung von

Adoptivkindern priorisieren und bei ungewollt Schwangeren für die Möglichkeit der Adoption als Alternative zur Abtreibung werben.

7. Eigenheimkredit mit Nachwuchsprämie!

In einem Kennzahlenvergleich der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) landet Deutschland bei der Wohneigentumsquote gerade einmal auf dem vorletzten Platz. Doch selbst dieses schlechte Ergebnis wird von Sachsen-Anhalt unterboten. Dabei ist selbstgenutztes Wohneigentum nicht nur ein wichtiger Baustein zur Vorbeugung von Altersarmut und Vermögensungleichheit. Wohneigentum gibt auch Stabilität und schafft Identität durch Bindung an den Wohnort. Wir wollen deshalb durch eine gezielte Förderung die Wohneigentumsquote von deutschen Familien in Sachsen-Anhalt deutlich steigern. Wir werden dazu Förderinstrumente auflegen, um eine Steigerung der Wohneigentumsquote einzuleiten.

Hierbei wird Ehepaaren mit mindestens einem Kind, die das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ein zinsvergünstigter Kredit bis zu einer Höhe von 300.000 Euro zum Bau oder Kauf von selbstgenutztem Wohnraum zur Verfügung gestellt. Für das erste nach Ausschüttung des Kredites geborene Kind werden dem Ehepaar 10.000 Euro des Kredites erlassen, für jedes weitere 20.000 Euro.

8. Erziehungsleistung wertschätzen!

Zur weiteren Entlastung der Familien werden wir ein landeseigenes Kindergeld einführen. Dieses „Familiengeld“ soll insbesondere Mehrkindfamilien finanziell stärken. Ab Geburt erhalten Eltern für ihr erstgeborenes Kind monatlich 50 Euro, für ihr zweitgeborenes Kind monatlich 150 Euro und für jedes weitere Kind 250 Euro. Dabei entsprechen die Bezugsvoraussetzungen den Voraussetzungen des Baby-Begrüßungsgeldes.

9. Elternrechte in die Landesverfassung!

Hinter der wohlklingenden Forderung, sogenannte „Kinderrechte“ in der Verfassung zu verankern, verbirgt sich nichts anderes als der Versuch, staatliche Eingriffe in das Familienleben zu erleichtern und den Eltern die Erziehungshoheit streitig zu machen - bis hin zur Kindesentziehung. Als Vehikel sollen ohnehin grundgesetzlich geschützte Menschen- und Persönlichkeitsrechte herhalten. Um die Rechte der Kinder, aber auch der Eltern gegen einen übergriffigen Staat zu verteidigen, werden wir deshalb die Elternrechte in die Landesverfassung schreiben. Damit wird dem Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder die nötige Würdigung zuteil. Der

Landesverfassung soll ein neuer Absatz 1a im Artikel 11 hinzugefügt werden. Dieser soll lauten: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuerst ihnen obliegende Pflicht.“

10. Mehr Familie, weniger Staat!

In den letzten Jahrzehnten wurden resultierend aus dem Verfall der Familienstrukturen mehr und mehr Aufgaben, die zuvor in den Familien bewältigt wurden, vom Staat übernommen. Da der Staat sich damit systematisch überfordert hat, wollen wir die Familien wieder als Institution sozialer Hilfe stärken. Funktionierende Familien machen Schulsozialarbeiter überflüssig, wirken einer Überlastung der Altenheime entgegen und bringen tüchtige junge Menschen hervor, die ihren Lebensunterhalt selbst verdienen.

Wir werden deshalb unterstützen, dass die Bürger sich in der Familie selbst helfen, indem wir den Familien niedrigschwellig konkrete Hilfsangebote machen. Wir werden es Angehörigen erleichtern, Aufgaben für Verwandte zu übernehmen, und dafür etwa bürokratische Hürden abbauen, sei es bei der Erledigung von Behördengängen oder bei der Organisation einer Pflegeheimstelle. Auf Landesebene werden wir die gesetzlich-administrativen Rahmenbedingungen schaffen, Akte familiärer Solidarität rechtssicher und ohne Risiko leisten zu können. In Zusammenarbeit mit den Kommunen werden wir die notwendigen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen dafür schaffen. Dabei sind zusätzliche Belastungen der Kommunen durch notwendige familienpolitische Maßnahmen grundsätzlich durch das Land bzw. eine sachdienliche Verwendung von Bundesmitteln auszugleichen.

11. Die Familie als Keimzelle der Gesellschaft würdigen!

Die Familie ist nicht nur die Keimzelle der Gesellschaft, sondern auch der einzige Garant einer lebenswerten Zukunft. Nur aus der Verbindung von Mann und Frau gehen Kinder und damit kommende Generationen hervor. Aus eben diesem Grunde stehen Ehe und Familie auch unter dem besonderen Schutz unseres Grundgesetzes.

Wir sprechen uns daher klar gegen die staatliche Bewerbung und Förderung alternativer Lebensentwürfe aus. Wenn einzig und allein die Familie unter dem besonderen Schutz des Staates steht, ist das keine Diskriminierung, weil durch eine Fülle an Sachgründen legitimiert. Der Schutz und die Sonderstellung der Familie aus Vater, Mutter und Kindern ist daher beizubehalten und als gesellschaftspolitisches Ziel zu formulieren, um die Zukunft und den Fortbestand unseres Volkes zu garantieren.

Ein stabiles Umfeld, eine intakte Familie bestehend aus Mutter, Vater und Kindern, ist erwiesenermaßen die beste Voraussetzung für eine gute und gesunde Kindesentwicklung. Unabhängig davon erkennen wir selbstverständlich die Leistung von Alleinerziehenden an und unterstützen diese bestmöglich bei der Erziehung ihrer Kinder. Jedem Versuch jedoch, unter dem Deckmantel von Progressivität sogenannte „Einelternfamilien“ als normalen, fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf zu propagieren, stellen wir uns entschieden entgegen.

12. Pervers linke Agitation beenden!

Linksextreme Parolen wie „Still loving Volkstod“, Aufrufe zum „Geburtenstreik“, Werbung für einen Schwangerschaftsabbruch bis zum neunten Monat oder gar die Diskreditierung und Umdeutung von Lebensschützern als Fundamentalisten greifen immer mehr um sich.

Dieser pervers linke, radikal feministische und individualistische Ungeist zersetzt dabei nicht nur traditionelle Familien- und Rollenbilder, er leugnet und kriminalisiert selbst biologische Tatsachen. Individuelle Gefühlswelten werden zum Maßstab staatlichen Handelns und ihre Anerkennung ist mittlerweile gegen jede offenkundige Wirklichkeit juristisch erzwingbar.

Um dem entgegenzusteuern, werden wir Vereinen und Organisationen, die sich an solcher Agitation beteiligen, jede Form öffentlicher Förderung und steuerlicher Vergünstigung entziehen. Die Vergaberichtlinien von Fördermitteln werden wir entsprechend anpassen. Staatliche Institutionen haben sich weltanschaulich und politisch neutral zu verhalten und sich im Übrigen zur normativen Normalität der Gesellschaft zu bekennen.

Auch werden wir Sozialarbeiter und Erzieher im Rahmen ihrer Tätigkeit zu strikter politischer Neutralität verpflichtet. Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen soll deren Schulung und Charakterbildung im Sinne einer selbstbestimmten Persönlichkeit dienen. In diesem Zusammenhang ist kein Platz für politische Einflussnahmen und Indoktrination.

Auf Grund ihrer grundgesetzlich hervorgehobenen Stellung und Wichtigkeit für den Erhalt unserer Gemeinschaft werden wir uns darüber hinaus dafür einsetzen, dass der Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks der Bedeutung von Familien durch deren stärkere Hervorhebung besser gerecht wird.

13. Für kostenfreie Kitaplätze und kostenfreies Schulessen!

Egal ob Rente oder Gesundheitsumlage - ohne Kinder und damit zukünftige Beitragszahler werden diese Solidarsysteme der Vergangenheit angehören. Deshalb ist es einmal mehr unabdingbar, dass das Gemeinwesen den Mehrwert von Kindern anerkennt und einen Rahmen schafft, in dem die einseitige finanzielle Belastung von Familien mit Kindern ausgeglichen wird. Wir werden Krippen und Kindergärten mit einer dauerhaft auf Landesebene gesicherten Finanzierung ab dem ersten Kind kostenlos machen. Die Mittagsverpflegung muss für alle Kinder, von der Krippe bis zur Schule, ebenfalls kostenfrei und von hoher Qualität vorzuhalten sein. Kita- und Schulessen muss gesund, ausgewogen und schmackhaft sein, um einer guten körperlichen und geistigen Entwicklung gerecht werden zu können.

14. Freier Eintritt für Kinder in Kultureinrichtungen!

Sachsen-Anhalt ist reich an Kultur, die aber nur erhalten werden kann, wenn wir die nächste Generation an unsere historischen Schätze heranzuführen. In den Familien wird Geschichte erlebt und weitergegeben. In der Familie werden Traditionen bewahrt. In den Familien diskutiert man über die Vergangenheit. Viele Eltern wollen – und sollen - ihren Kindern unsere kulturellen Errungenschaften vor Ort erlebbar machen, werden dabei allerdings oftmals durch hohe Eintrittspreise abgeschreckt. Wir werden im Rahmen der #deutschdenken-Imagekampagne mit dem „Stolz-Pass“ den Familien kostenlosen Zugang zu bedeutsamen Kulturstätten schaffen. Alle in Sachsen-Anhalt lebenden Familien mit mindestens einem Kind sollen Burgen, Schlösser, Museen kostenfrei besuchen können.

15. Sport frei!

In unserem Bundesland steigt die Zahl der übergewichtigen Kinder. Um dieser negativen Tendenz entgegenzuwirken, gleichzeitig die Familien finanziell zu entlasten und dem Vereinssport Nachwuchs zu verschaffen, werden wir im Rahmen eines Landesprogramms jedem Kind bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres die Möglichkeit bieten, sich in einem Verein seiner Wahl kostenfrei sportlich zu betätigen.

16. Vorlesen!

Schon im Kleinkindalter werden die Grundlagen für die spätere Bildung von Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen gelegt. Kinder müssen bereits in jüngsten Jahren gefördert und motiviert werden. Von unschätzbarem Wert dafür ist das Vorlesen. Dabei erweitern die Kinder nicht nur ihren Wortschatz und ihr Sprachverstehen, sie

lernen auch, Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten. Diese und viele andere Vorteile sind in unzähligen Untersuchungen bestätigt und dokumentiert. Der Nutzen des Vorlesens für die geistige Entwicklung steht außer Frage.

Demgegenüber steht die traurige Realität, dass etwa einem Drittel aller Kinder nicht oder kaum vorgelesen wird. Allzu oft übernimmt der Fernseher, das Tablet oder andere digitale Medien das, was dem kindlichen Geist selbst überlassen werden sollte. Unseren Kindern werden fertig gedachte und ausgestaltete Inhalte überlassen, die nur noch konsumiert und nicht ausgestaltet, weiterverarbeitet oder überdacht werden müssen.

Daher muss das Vorlesen viel stärker in das Bewusstsein von Eltern und Angehörigen gebracht werden. Zudem muss Vorlesen einen größeren Anteil in der vorschulischen Bildung erhalten. Neben einer landesweiten Kampagne werden wir die Lehr- und Bildungspläne anpassen sowie Schulungs- und Beratungsangebote für Eltern und Fachpersonal ausbauen. Darüber hinaus sind bestehende Initiativen weiter zu fördern und regelmäßige Vorleseveranstaltungen zu etablieren.

17. Frühkindliche Bildung umsetzen!

Aktuell wird in den meisten Kindertagesstätten in Sachsen-Anhalt mit dem sogenannten geschlossenen Konzept gearbeitet. Das heißt, es existieren feste Gruppen mit einer Betreuerin als Bezugsperson. Dieses geschlossene Konzept bereitet Kinder optimal auf dem Klassenverband in der Grundschule vor. Es ermöglicht, Projekte und Bildungsprogramme planmäßig und ergebnisorientiert durchzuführen. Das von einer SPD-Ministerin geführt Sozialministerium macht jedoch Druck, auf das sogenannte offene Konzept umzustellen. Im offenen Konzept werden die festen Gruppen aufgelöst und Themenräume (Basteln, Klettern, Musik etc.) eingerichtet, wobei die Kinder selbst entscheiden sollen, womit sie sich beschäftigen. Dieses Konzept beruht auf der falschen Vorstellung, Kleinkinder wüssten selbst am besten, was gut für sie ist. Das offene Konzept führt dazu, dass Kinder dasjenige meiden, womit sie sich beschäftigen sollten und gerade nicht optimal gefördert werden. Der Anspruch, den Kindern eine frühkindliche Bildung zu vermitteln, ist so nicht durchsetzbar. Erste Erfahrungen aus Grundschulklassen, in die Kinder aus Kitas mit offenem Konzept kamen, zeigen, dass hier größere Anpassungsschwierigkeiten und höhere Lerndefizite bestehen als in Klassen, die aus Kindern gebildet wurden, die aus Kitas mit geschlossenem Konzept kamen. Wir werden deshalb das sogenannte offene Konzept für alle Einrichtung der Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt untersagen und das Programm „Bildung elementar“ entsprechend umarbeiten.

18. Schluss mit Frühsexualisierung!

Unter dem Deckmantel der Toleranz nehmen pervers-linke Fanatiker die Seelen unserer Kinder ins Visier. So wird beispielsweise im Rahmen eines Aktionsplanes der Landesregierung mittels eines sogenannten Kita-Koffers der „Normalitätsbegriff der Familie ein Stück weit hinterfragt“, wie die Verantwortlichen selbst freimütig erklären.

Ziel dieser Kampagnen ist nicht nur, mehr Akzeptanz für jede Form „alternativer Lebensentwürfe“ zu erreichen. Vielmehr werden die verschiedensten Ausprägungen nicht-normaler Geschlechtsidentitäten oder abseitiger sexueller Vorlieben geradezu beworben und bei Kindern im Kindergarten- oder Grundschulalter ins Bewusstsein gerückt. Das ist übergriffig und geht zu weit! Sexualerziehung ist eine Domäne der Eltern. In der Kita ist die Familie aus Mann und Frau zwanglos als Normalform des Zusammenlebens vorauszusetzen und die Zweigeschlechtlichkeit des Menschen als biologische Tatsache zu achten.

Die AfD lehnt jede Form der staatliche Frühsexualisierung und jedwede Indoktrination von Kleinkindern und Grundschulern im Sinne devianter Formen von Sexualität ab. Wir werden alle staatlichen Kampagnen und Programme einstellen, die Kinder vor der Pubertät mit sexuellen Themen konfrontieren.

19. Keine Pubertätsblocker und geschlechtsangleichenden Hormontherapien für Kinder und Jugendliche!

Immer mehr Kinder leiden unter einer sogenannten „Geschlechtsdysphorie“, also einer Störung, sich nicht mit dem eigenen Geschlecht identifizieren zu können. Angefeuert wird dieser Trend durch die Translobby und Organisationen, die sich der Regenbogenideologie verschrieben haben. Eine Relativierung und Verharmlosung dieser Problematik, ja fast schon Förderung, findet sich bis in die Spitzen aller Altparteien und hat ebenfalls Einzug in staatliches Handeln gefunden.

Wir werden diesen Trend umkehren. Statt den Zugang zu Hormontherapien und Pubertätsblockern zu erleichtern, fordern wir, wie auch der Deutsche Ärztetag, den Zugang zu diesen experimentellen Eingriffen einzuschränken bzw. zu unterbinden. Wir fordern eine Rückkehr zum verantwortungsbewussten Umgang mit seelischen Störungen statt einer verklärenden Normalisierung!

II. Einwanderung und Remigration

Sachsen-Anhalt braucht eine migrationspolitische Kehrtwende um 180 Grad. Das haben nicht zuletzt der Anschlag eines Saudi-Arabers auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt und die Mordtaten eines Afghanen in Wolmirstedt gezeigt. Nicht nur in sicherheitspolitischer, auch in identitäts- und finanzpolitischer Hinsicht ist die Aufnahmefähigkeit des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen erschöpft.

Für die Lösung bestehender Migrationsprobleme benötigt das Land ein in sich stimmiges Gesamtkonzept. Dazu gehören Maßnahmen zur Beendigung der illegalen, kulturfremden und inländerfeindlichen Massenmigration. Außerdem ist die Einleitung einer Abschiebe- und Remigrationsoffensive zwingend notwendig. Bestandteil dieser Offensive ist auch ein Rückkehrprogramm für ausgewanderte deutsche Fachkräfte.

1. Illegale Zuwanderer an deutschen Außengrenzen zurückweisen!

Laut Bundespolizei hatten im Jahre 2016 lediglich 905 von 280.000 illegal eingereisten Personen ein Asylantragsrecht, weil in diesen Fällen die Einreise über einen nicht sicheren Dritt- oder Herkunftsstaat erfolgte. Daraus folgt, dass laut geltender Rechtslage rund 279.000 Personen kein Asylantragsrecht hatten. Diesen Personen hätte die Einreise verweigert werden müssen.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Kontrollen an den deutschen Grenzen massiv verstärkt und illegale Zuwanderer ohne Asylantragsrecht ausnahmslos zurückgewiesen werden. Das Ziel der Bundesratsinitiative besteht somit in der Beendigung des fortdauernden Rechtsbruchs und der Rückkehr zur konsequenten Anwendung geltenden Rechts. Außerdem soll die Initiative dazu beitragen, das verloren gegangene Vertrauen der Deutschen in rechtsstaatliche Prinzipien und Wirkmechanismen wieder herzustellen.

2. Aufnahmeverweigerung bei illegaler Einreise aus sicherem Drittland und ungeklärter Identität!

Eine AfD-geführte Landesregierung wird die Aufnahme von Personen in Sachsen-Anhalt verweigern, die illegal aus einem sicheren Drittland nach Deutschland eingereist sind. Schließlich haben diese Personen laut Artikel 16a Absatz 2 Grundgesetz sowie § 18 Absatz 2 Nr. 1 Asylgesetz kein Asylantragsrecht und somit keinen Anspruch auf Aufnahme, Unterbringung und Verpflegung.

Außerdem wird eine AfD-geführte Landesregierung die Aufnahme von Personen verweigern, deren Identität ungeklärt ist und die nicht aktiv an der Klärung ihrer Identität mitwirken. In diesen Fällen besteht ebenfalls Grund zu der Annahme, dass die Betroffenen kein Asylantragsrecht und demnach keinen Anspruch auf Aufnahme, Unterbringung und Verpflegung haben.

3. Keine Beteiligung des Landes an freiwilligen Aufnahmeprogrammen!

Die Aufnahmekapazitäten des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen sind erschöpft. Deshalb wird eine AfD-geführte Landesregierung die Beteiligung an freiwilligen Aufnahmeprogrammen supranationaler Organisationen für „Flüchtlinge“ aufkündigen bzw. die Teilnahme an derartigen „Resettlement-Programmen“ verweigern. Außerdem wird eine AfD-Landesregierung die Aufnahme sogenannter ‚afghanischer Ortskräfte‘ und ihrer Familien, die von der Bundesregierung eingeflogen werden, ablehnen.

4. Kirchenasyl in Sachsen-Anhalt unterbinden – Kirchen finanziell zur Rechenschaft ziehen!

Im Jahre 2024 gewährten Kirchen in Sachsen-Anhalt insgesamt 81 ausreisepflichtigen Ausländern sogenanntes Kirchenasyl, im ersten Halbjahr 2025 waren es 61 Fälle – darunter vor allem Afghanen, Iraker und Syrer.

Das Kirchenasyl verstößt gegen geltendes Recht. Es zielt darauf ab, Abschiebefristen verstreichen zu lassen und dadurch eine Abschiebung dauerhaft zu verhindern. Im Jahre 2024 scheiterten in Sachsen-Anhalt 48 geplante Abschiebungen am Kirchenasyl. Eine AfD-geführte Landesregierung wird in Zusammenarbeit mit den Ausländer- und Polizeibehörden dafür sorgen, dass alle Kirchenasylanten schnellstmöglich aus Sachsen-Anhalt abgeschoben werden.

Eine AfD-Landesregierung wird in jedem dieser Fälle prüfen lassen, ob das Vermitteln oder Gewähren des Kirchenasyls den Anfangsverdacht der Anstiftung oder Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt – nach § 95 Absatz 1 Nr. 2 Aufenthaltsgesetz, § 26f. Strafgesetzbuch – erfüllt. Wenn Abschiebefristen durch Kirchenasyl verstreichen, wird die Landesregierung prüfen, ob die verantwortlichen Kirchengemeinden für die daraus resultierenden Folgekosten dauerhaft in die finanzielle Verantwortung genommen werden können.

5. Grundrecht auf Asyl abschaffen!

Im Jahre 2023 forderte der damalige Unionsfraktionsgeschäftsführer und heutige Chef des Bundeskanzleramtes Thorsten Frei die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Im Jahre 2024 erhob der damalige brandenburgische CDU-Innenminister Michael Stübgen wenige Tage vor der dortigen Landtagswahl diese Forderung ebenso wie der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Hans-Eckhard Frei im Jahre 2025 bei einer Veranstaltung der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.

Während CDU-Politiker in Wahlkampfzeiten rechts blinken, um nach Wahlabenden links abzubiegen, ist die AfD in Sachsen-Anhalt angetreten, um Worten auch Taten folgen zu lassen. Eine AfD-geführte Landesregierung wird eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Asyl-Grundrechts und seiner Umwandlung in ein staatlicherseits gewährtes Gnadenrecht einleiten. Wir müssen frei sein, entscheiden zu können, welchen Personen wir nach Maßgabe unseren politischen Interesses Asyl gewähren.

6. Flüchtlingshilfe vor Ort statt Aufnahme in Sachsen-Anhalt!

Kulturfremde Flüchtlinge sollen keine Reise durch zahlreiche sichere Drittländer antreten, sondern Zuflucht in Nachbarstaaten finden. Beispielsweise endet die Flucht eines Syrers in der Türkei oder im Libanon. Eine Weiterreise in Richtung Deutschland ist hingegen keine Flucht, sondern der Weg ins deutsche Sozialstaatsparadies.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass Flüchtlingshilfe ausschließlich vor Ort erfolgt. Dafür sollen dem UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) Hilfsgelder aus dem Bundeshaushalt in ausreichender Höhe zur Verfügung gestellt werden. Der Ansatz, Finanzmittel für die heimatnahe Unterbringung und Verpflegung in Krisenregionen zur Verfügung zu stellen, ist aus ökonomischer und gesellschaftlicher Perspektive sinnvoller als der Ansatz, kulturfremde Menschen zu entorten, dauerhaft im eigenen Land anzusiedeln, und mit Steuergeldern zu alimentieren.

7. Überforderten Kommunen helfen, Zuwanderungsnotstand ausrufen, Zuzugsstopp beschließen!

In den vergangenen Jahren haben überlastete Städte und Kommunen den Zuwanderungsnotstand ausgerufen – darunter Cottbus (Brandenburg), Freiberg (Sachsen), Pirmasens (Rheinland-Pfalz) sowie Delmenhorst, Salzgitter und Wilhelmshaven (Niedersachsen). Gemäß §12a Aufenthaltsgesetz wurde bei den zuständigen Innenministerien ein Zuzugsstopp für ‚Flüchtlinge‘ beantragt. Nach dem positiven

Bescheid der Ministerien wurde eine negative Wohnsitzauflage für ‚Flüchtlinge‘ verhängt.

Die Aufnahmekapazität der sachsen-anhaltischen Kommunen ist erschöpft – und zwar aus finanz-, sozial-, arbeits-, wohnungs-, bildungs-, identitäts- und sicherheitspolitischen Gründen. Eine AfD-geführte Landesregierung wird Anträge überforderter Städte und Kommunen prüfen und nach einem positivem Befund Zuzugsstopps für ‚Flüchtlinge‘ verhängen.

8. Aufnahmestopp des Landes als Ultima Ratio!

Das deutsche Asylrecht steht wie das internationale Flüchtlingsrecht unter einem Notstandsvorbehalt. Nationalstaaten, Bundesländer und Kommunen sind nicht dazu verpflichtet, tatsächliche oder angebliche ‚Flüchtlinge‘ in einem Umfang aufzunehmen, der zu einem Kollaps ihrer Institutionen führt.

Indizien für einen drohenden Zusammenbruch sind unter anderem eine administrative Überforderung bei der Durchführung von Asylverfahren oder erschöpfte Unterbringungskapazitäten, fehlende Kitaplätze sowie eine zunehmende Zahl von Brennpunktschulen, deren hohe Ausländeranteile den Lernerfolg der einheimischen Schüler gefährden.

Im akuten Notfall wird eine AfD-geführte Landesregierung zur Abwendung einer institutionellen Notlage als Ultima Ratio einen Aufnahmestopp für das Land verhängen. Beispielgebend ist der im Jahre 2016 von der nordrhein-westfälischen Landesregierung verhängte Aufnahmestopp für marokkanische Asylbewerber. Grundlage dieser Entscheidung war die Abwendung einer sicherheitspolitischen Notlage nach den Ereignissen auf der Kölner Domplatte in der Silvesternacht 2015/2016.

9. Aufnahmestopp für Nicht-EU-Ausländer sofort!

Noch existiert kein Grundrecht für Nicht-Deutsche, nach Deutschland einwandern zu können. Somit ist es ohne die geringste rechtliche Problematik möglich, für ausgewählte Nicht-EU-Länder, die für problembehaftete Einwanderung verantwortlich sind, einen sofortigen und totalen Einwanderungsstopp zu verhängen. Einreisen aus diesen Ländern sind dann grundsätzlich nur noch mit Visum zum vorübergehenden etwa touristisch begründeten Aufenthalt erlaubt. Da die Aufnahmekapazitäten unseres Landes erschöpft sind und wir erst die zahlreichen Folgeprobleme der ungezügelten Masseneinwanderung bewältigen müssen, bevor wir darüber nachdenken können, weitere Ausländer einwandern zu lassen, werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, bis auf weiteres sofortige Aufnahmestopps für Nicht-EU-Ausländer zu verfügen.

10. Passprüfgeräte flächendeckend anschaffen!

Eine AfD-geführte Landesregierung wird dafür Sorge tragen, dass die Meldestellen in Sachsen-Anhalt flächendeckend mit Dokumentenprüfgeräten ausgerüstet werden. Pässe, die von Asylantragstellern vorgelegt werden, sollen ausnahmslos auf Echtheit geprüft werden, um Passfälschungen und damit verbundenen Asylbetrug aufzudecken und konsequent zu ahnden. Gleiches gilt für vorgelegte ausländische EU-Personaldokumente. Bislang nicht auf Echtheit geprüfte Pässe sollen nach Anschaffung der Prüfgeräte nachträglich erneut vorgelegt und untersucht werden.

11. Alter von Unbegleiteten Minderjährigen Ausländern feststellen!

Illegal eingereiste junge Männer aus fremden Kulturkreisen machen häufig falsche Altersangaben. Sie geben sich als Unbegleitete Minderjährige Ausländer (UMA) aus, um in den Genuss umfangreicher Betreuungsleistungen zu kommen. Allein im Doppelhaushalt 2025/2026 werden für diesen Personenkreis Leistungen in Höhe von 40 Millionen Euro veranschlagt.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird alle zur Verfügung stehenden medizinischen Mittel (u.a. Zahnuntersuchung, Röntgen der Handwurzel und des Schlüsselbeins) nutzen, um das wahre Alter angeblicher UMA festzustellen. Medizinische Untersuchungen müssen verpflichtend durchgeführt werden. Illegale Zuwanderer, die nach ihrer Einreise nachweislich falsche Altersangaben gemacht haben, um den UMA-Status zu erlangen, müssen mit aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen rechnen.

12. Asylanten und Flüchtlinge zentral unterbringen!

Land und Kommunen müssen asylantragsberechtigte Personen unterbringen und verpflegen. Die Unterbringung kann dezentral in Wohnungen oder in zentralen Gemeinschaftsunterkünften erfolgen. Eine AfD-geführte Landesregierung wird Asylanten in zentralen Unterkünften einquartieren.

Deren Lage wird im Interesse der Bürger sowie der Bewohner der Unterkünfte so gewählt werden, dass Konfliktpotentiale vermieden werden. Von Innenstadtlagen ist daher Abstand zu nehmen. Bei der Standortwahl ist dem Wohl der einheimischen Bevölkerung besondere Bedeutung beizumessen.

Ein Asylprozess beginnt mit dem Asylantrag und endet mit der Rückkehr in die Heimat. Darum muss Asylbewerbern klar sein, dass sie nur ein Gastrecht auf Zeit

743 genießen. Nach der Ablehnung eines Asylantrages oder dem Wegfall einer Fluchtur-
744 sache muss umgehend die Rückkehr ins Heimatland erfolgen.
745

746 **13. Asylanten und Flüchtlinge an Versorgungskosten beteiligen – Vermögensüber-**
747 **prüfungen durchführen!**

748
749 Die Versorgung von Asylbewerbern ist kostenintensiv. Die dafür verwendeten Steu-
750 ergelder fehlen bei der Finanzierung von Belangen der deutschen Bevölkerung. Ein-
751 heimische Sozialleistungsempfänger müssen ihre Ersparnisse bis auf einen kleinen
752 Notgroschen aufzehren. Im Gegensatz dazu werden Asylanten für die von ihnen ver-
753 ursachten Kosten nicht herangezogen.
754

755 Eine AfD-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass Bargeldbestände, Kre-
756 ditkarten und Vermögenswerte, die Asylantragsberechtigte bei ihrer Einreise mit
757 sich führen, festgestellt, konfisziert und für die Finanzierung von Unterbringung und
758 Verpflegung verwendet werden. Außerdem muss nach Asylantragsstellung eine Ver-
759 mögensüberprüfung durchgeführt werden. Dabei identifizierte Vermögenswerte
760 müssen – soweit möglich – zur Deckung von Versorgungskosten genutzt werden.
761 Durch diese Maßnahmen soll die Vergeudung deutscher Steuergelder vermieden
762 werden.
763

764 **14. Asylanten und Flüchtlinge zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten!**

765
766 Das Asylbewerberleistungsgesetz schafft die Möglichkeit, Asylbewerber zu gemein-
767 nütziger Arbeit zu verpflichten (§ 5 Absatz 4). Im Falle einer Arbeitsverweigerung kön-
768 nen Leistungseinschränkungen vorgenommen werden (§ 1a Absatz 1).
769

770 Eine AfD-geführte Landesregierung wird die Schaffung verpflichtender Arbeitsgele-
771 genheiten in den zentralen Landeseinrichtungen zur Erstaufnahme von Flüchtlingen
772 und Asylanten fördern und durchsetzen. Weiterhin werden wir über das Landesver-
773 waltungsamt die Kreise anweisen, auch in ihrer Zuständigkeit flächendeckend eine
774 Arbeitspflicht für Asylanten und Flüchtlinge zu etablieren. Unter Einbeziehung der
775 Landkreise, Städte und Gemeinden soll dazu ein Umsetzungskonzept erarbeitet
776 werden. Bei der Ausarbeitung soll insbesondere geprüft werden, inwiefern Asylan-
777 ten bei der Reinigung und Instandhaltung ihrer zentralen Unterkünfte durch Haus-
778 meister- und Putztätigkeiten einbezogen werden können.
779

780 **15. Sachleistungen statt Geldleistungen, Auslandszahlungen unterbinden!**

781
782 Eine AfD-geführte Landesregierung wird das Sachleistungsprinzip im Einklang mit
783 dem Asylbewerberleistungsgesetz konsequent anwenden, um finanzielle

Fehlanreize für illegale Zuwanderer zu unterbinden. Außerdem werden – sofern nötig und möglich – über die Bezahlkarte hinaus Möglichkeiten geprüft werden, um Auslandszahlungen von ‚Flüchtlingen‘ bzw. Asylanten zu unterbinden.

16. Schutzrechtliche Anerkennungen regelmäßig prüfen und gegebenenfalls widerrufen!

Eine AfD-geführte Landesregierung wird darauf hinwirken, dass eine Verbesserung der Sicherheitslage in Herkunftsländern von ‚Flüchtlingen‘ zum Widerruf schutzrechtlicher Anerkennungen führt. In diesem Zusammenhang sollen die Anerkennungen aller ‚Flüchtlinge‘, die sich in Sachsen-Anhalt aufhalten, einer jährlichen Überprüfung unterzogen werden. Dadurch soll die Grundlage für die Rückkehr illegaler Zuwanderer in ihre Heimat geschaffen werden.

17. Schutzstatus nach Reisen in Herkunftsländer aberkennen!

Wenn illegale Zuwanderer, die angeblich vor Krieg und politischer Verfolgung nach Sachsen-Anhalt geflohen sind, in ihre Heimatländer – beispielsweise nach Syrien, Afghanistan oder in die Ukraine – reisen, um dort Urlaub zu machen oder Verwandte zu besuchen, muss umgehend die Aberkennung ihres Schutzstatus erfolgen. Eine AfD-geführte Landesregierung wird darauf hinwirken, dass eine sofortige Aberkennung bei Bekanntwerden der Heimreise zum Regelfall wird.

18. Schutzstatus von Straftätern und Gefährdern aberkennen!

Ausländische Straftäter und Gefährder missbrauchen das Gastrecht unseres Landes. Deshalb wird eine AfD-geführte Landesregierung auf die Aberkennung des Schutzstatus fremder Straftäter und Gefährder hinwirken, um eine schnellstmögliche Abschiebung in ihr Heimatland zu ermöglichen.

19. Subsidiären Schutzstatus abschaffen!

Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat für die Abschaffung des Subsidiären Schutzstatus für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge einsetzen. Die Bundesratsinitiative zur Abschaffung dieses Instruments ist notwendig, weil es sich nicht bewährt hat. Zudem ist der Subsidiäre Schutzstatus allenfalls rudimentär durch Völkerrecht vorgezeichnet. Deshalb ist eine Abschaffung möglich und nötig.

20. Asyl- und Integrationsindustrie den Geldhahn zudrehen!

In den vergangenen Jahren hat die CDU-geführte Landesregierung Steuergelder für illegale Zuwanderer und für eine „Integrationspolitik“, die zum Scheitern verurteilt ist, vergeudet. Beispielsweise wurden für die Jahre 2025 und 2026 für die „Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern“ und für „Dienstleistungen Außenstehender für die Flüchtlingsunterbringung“ Ausgaben in Höhe von 275 Millionen Euro in den Haushaltsplan des Landes eingestellt. Außerdem sollen 11 Millionen Euro zur „Verbesserung der Situation von Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten durch Beratung, Betreuung, Integration und interkulturelle Öffnung“ ausgegeben werden. Die Liste derartiger Ausgabeposten ließe sich beliebig fortsetzen.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird der Asyl- und Integrationsindustrie in Sachsen-Anhalt den Geldhahn zudrehen. Die dadurch eingesparten Steuergelder sollen zum Wohle der einheimischen Bevölkerung verwendet werden.

21. Schluss mit der Willkommenspropaganda!

Für die Jahre 2023 bis 2026 hat die CDU-geführte Landesregierung unter dem Titel „Förderung einer lokalen Willkommens- und Anerkennungskultur für Zugewanderte und geflüchtete Menschen“ rund 4,9 Millionen Euro in den Landeshaushalt eingestellt.

Sachsen-Anhalt braucht jedoch keine Willkommens- und Anerkennungskultur für illegale Zuwanderer. Sachsen-Anhalt braucht auch keine sogenannten „Welcome Center“. Eine AfD-geführte Landesregierung wird die Willkommenspropaganda des Altparteienkartells beenden. Sachsen-Anhalt braucht eine Verabschiedungskultur für illegale Zuwanderer, eine Anerkennungskultur für deutsche Eltern und eine Willkommenskultur für deutsche Kinder.

22. EU-Armutseinwanderung stoppen!

Der deutsche Sozialstaatsmagnet lockt zahlreiche Armutseinwanderer aus anderen EU-Ländern nach Sachsen-Anhalt. Bisher hat das Land die damit verbundenen gesellschaftlichen Probleme und Konflikte und deren Ursachen nicht in den Griff bekommen. Eine AfD-geführte Landesregierung wird alle rechtlich bestehenden Möglichkeiten nutzen, um die EU-Armutseinwanderung in die Sozialsysteme zu unterbinden und um Sozialstaatsnomaden zur Rückkehr in jene EU-Länder, aus denen sie eingereist sind, zu bewegen.

23. Einbürgerung braucht hohe Hürden – Kein deutscher Pass für kriminelle Ausländer!

Die CDU-geführte Landesregierung „begrüßt, unterstützt und ermutigt“ auf ihrem Internetauftritt Ausländer zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Sie wirbt damit, dass eine Einbürgerung „viele Vorteile“ mit sich bringe, unter anderem den Erhalt von „Ausweisungs- und Auslieferungsschutz“.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass deutsche Pässe in Sachsen-Anhalt nicht mehr wie Ramschware feilgeboten werden. Stattdessen sollen die Behörden angehalten werden, bei beantragten Einbürgerungen den ihnen zustehenden Ermessensspielraum maximal restriktiv zu nutzen, wenn die Antragsteller keine ausreichenden Integrations- bzw. Assimilationsleistungen vorweisen können. Außerdem wird die Landesregierung darauf hinwirken, dass Straftätern und Gefährdern die Einbürgerung dauerhaft verweigert wird.

24. Turbo-Einbürgerung stoppen, Geburtsortprinzip streichen!

Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat für die Rücknahme des Einbürgerungsgesetzes der Ampelregierung im Bund einsetzen. Die Turbo-Einbürgerung muss beendet werden, und zwar sofort.

Außerdem wird sich die AfD-Landesregierung im Bundesrat für eine Streichung des Geburtsortsprinzips aus dem Staatsangehörigkeitsrecht einsetzen (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist). Stattdessen soll eine Rückkehr zum Abstammungsprinzip, das in Deutschland bis zum Jahre 2000 in Kraft war, erfolgen.

25. Schwerkriminellen die doppelte Staatsbürgerschaft aberkennen!

Wenn AfD-Politiker die Ausbürgerung schwerkrimineller Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft anregen, wird diese Forderung von Altparteienpolitikern und etablierten Medien umgehend skandalisiert. Dabei haben sogar Bundeskanzler Friedrich Merz und CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann diese Forderung erhoben. Außerdem findet sich die Forderung auf der Netzseite der Bundes-CDU.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft bei schwerkriminellen Doppelstaatsbürgern zum Regelfall wird, um eine schnellstmögliche Abschiebung in ihr Heimatland zu gewährleisten. Die Landesregierung beruft sich dabei auf Art. 16 Abs. 1 GG mit dem folgenden Wortlaut: „Die deutsche Staatsangehörigkeit darf

nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.“

Im Jahre 2019 wurde für terroristische Kämpfer im Ausland bereits im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht geregelt, dass sie die Staatsangehörigkeit verlieren. Außerdem kann die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft bei Eintritt in die Armee eines anderen Landes erfolgen, oder wenn die Staatsbürgerschaft durch Betrug, Drohung oder Bestechung erlangt wurde. An diese rechtliche Regelung wird die Bundesratsinitiative der Landesregierung anknüpfen.

26. Illegale Zuwanderer sind Fachkräftemangelverursacher!

Illegale Zuwanderer tragen nicht zu einer Lösung des Fachkräftemangels bei. Stattdessen handelt es sich um Fachkräftemangelverursacher. Schließlich erzeugen oder verschärfen Versorgungsmigranten und Hilfsarbeiter, die illegal nach Deutschland einreisen und sich in Sachsen-Anhalt ansiedeln, den hiesigen Fachkräftemangel. Beispielsweise sorgen sie durch ihre Anwesenheit für einen Mehrbedarf an Erziehern, Lehrern, Verwaltungsmitarbeitern, Richtern, Staatsanwälten oder Polizisten.

Deshalb wird eine AfD-geführte Landesregierung keine zum Scheitern verurteilte „Integration“ illegaler Zuwanderer in den sachsen-anhaltischen Arbeitsmarkt anstreben. Wer das Ziel verfolgt, den seit dem Jahre 2015 entstandenen Fachkräftemangel zu verringern, muss stattdessen darauf hinwirken, dass illegale und niedrigproduktive Zuwanderer das Land schnellstmöglich verlassen.

27. Folgeprobleme vermeiden, auf kulturfremde Fachkräfte verzichten!

Die Anwerbung kulturfremder Fachkräfte zur Lösung von Engpässen auf dem Arbeitsmarkt führt zu unerwünschten Folgeproblemen. Sie sprechen häufig kein ausreichendes Deutsch. Ihre Ausbildung entspricht oftmals nicht den deutschen Standards. In Branchen wie dem Gesundheits- und Pflegesektor wird dadurch das Wohl der Patienten gefährdet. Der Fall des saudi-arabischen Psychiaters Taleb A, der Weihnachten 2024 mit einem Auto in den Magdeburger Weihnachtsmarkt raste, zeigt aufs Neue, dass Fachkräfte aus fremden Kulturkreisen zu einem Risiko für die Innere Sicherheit werden können. Diese sicherheitspolitischen Folgeprobleme lassen sich weder durch Integrationskurse, noch durch sogenannte „Integrationslotsen“ lösen.

Letztlich tragen kulturfremde Fachkräfte sogar zu einer Verschärfung des Fachkräftemangels bei. Beispielsweise sah sich die Landesregierung im Jahre 2024 zur

Auflegung eines zunächst auf drei Jahre angelegten Landesprogramms für die Integration fremder Fachkräfte gezwungen. Insgesamt wurden bis zu 50 deutsche Fachkräfte als sogenannte „Job Buddys“ eingestellt, um bei der „Integration“ ausländischer Fachkräfte helfen sollen. Diese deutschen Fachkräfte fehlen also am Arbeitsmarkt, weil sie zur „Integration“ ausländischer Fachkräfte eingesetzt werden.

Grundlegend lässt sich das Problem des Fachkräftemangels nur durch eine Geburtenwende und das Ende des deutschen „Brain Drain“ lösen. Abschließend sei erwähnt, dass aus ethischer Sicht der Versuch der Altparteien, Fachkräftemärkte in Entwicklungs- und Schwellenländern abzugrasen, nicht vertretbar ist. Schließlich fehlen die in diesen Ländern rar gesäten Fachkräfte nach ihrer Abwerbung vor Ort.

28. Technisierung, Digitalisierung und KI statt kulturfremder Fachkräfte!

Eine AfD-geführte Landesregierung wird eine Technisierungs-, Digitalisierungs- und KI-Strategie für Sachsen-Anhalt entwickeln. Diese soll zur Auflösung von Engpässen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt beitragen. Außerdem soll sie dazu dienen, die Zuwanderung kulturfremder Fachkräfte zu vermeiden. Die Strategie soll unter anderem folgende monetären und nicht-monetären Anreize umfassen:

- Entwicklung und Umsetzung einer Kampagne für das Land Sachsen-Anhalt, die kleinen und mittleren Unternehmen die finanziellen und arbeitsmarktlischen Vorteile der Nutzung von Technisierung, Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz vermitteln soll.
- Kostenfreie Beratung kleiner und mittelständischer Unternehmen bei der Planung, Finanzierung und Umsetzung von Technisierungs- und Digitalisierungsprozessen sowie dem Einsatz Künstlicher Intelligenz.
- Finanzielle Förderung der Technisierung, Digitalisierung und KI-Nutzung kleiner und mittelständischer Unternehmen durch die Einrichtung eines Förderprogramms.
- Vergabe zinsgünstiger Kredite an kleine und mittelständische Unternehmen zur Finanzierung von Technisierung, Digitalisierung und KI-Nutzung.

29. Remigrationsprogramm für ausgewanderte deutsche Fachkräfte!

In den vergangenen Jahrzehnten sind Millionen deutscher Fachkräfte vor der Politik der Altparteien geflohen und ausgewandert. Allein zwischen 1991 und 2015 verließen drei Millionen mehrheitlich gut ausgebildete Deutsche – darunter zahlreiche Sachsen-Anhalter – ihr Heimat. Im Jahre 2024 haben erneut 270.000

hochqualifizierte Einheimische Deutschland den Rücken gekehrt. Das Durchschnittsalter dieser Personengruppe ist niedrig. Es handelt sich vor allem um Ärzte, Ingenieure, Wissenschaftler, Arbeiter und Techniker.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird ein Rückkehrprogramm für ausgewanderte deutsche Fachkräfte auflegen, das unter anderem folgende Remigrationsanreize beinhaltet:

- Unterstützung bei der Wohnungssuche remigrationswilliger deutscher Fachkräfte;
- Unterstützung bei der Kitaplatzsuche für die Kinder der heimkehrenden Familien.
- Auszahlung einer Rückkehrprämie nach erfolgter Ansiedlung und zweijähriger sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.

Andere Industrieländer wie Japan haben gezeigt, dass entsprechende Programme hunderttausende Einheimische und deren Nachkommen zu einer Rückkehr in ihre Heimat motivieren können. Doch nicht nur für ausgewanderte, auch für deutsche Fachkräfte aus anderen Bundesländern, die keine Lust mehr auf die multikulturelle Politik der Altparteien haben, aber ihr Heimatland nicht verlassen wollen, wird ein AfD-regiertes Sachsen-Anhalt zu einem Anziehungspunkt werden.

Die aus dem Ausland zurückkehrenden und aus anderen Bundesländern zuziehenden Fachkräfte sind mit der hiesigen Sprache und Kultur vertraut, sodass keine Ausgaben für deren kulturelle und sprachliche Eingliederung anfallen.

30. Ausreisepflichtige konsequent abschieben – Abschiebeoffensive einleiten!

Abschiebung ist Ländersache. Im Jahre 2024 wurden von der CDU-geführten Landesregierung lediglich 654 ausreisepflichtige Personen abgeschoben, während 1.252 Abschiebungen scheiterten.

Die AfD-Landtagsfraktion hat im Alternativen Haushalt für die Jahre 2025 und 2026 einen Betrag in Höhe von 100 Millionen Euro zur Einleitung einer Abschiebeoffensive für ausreisepflichtige Ausländer eingestellt. Eine AfD-Landesregierung wird diese Abschiebeoffensive praktisch umsetzen.

Damit schnelle Anfangserfolge erzielt werden können, wird der Fokus zunächst auf denjenigen Ausreisepflichtigen liegen, bei denen die Hürden für eine Rückführung vergleichsweise niedrig sind. Parallel dazu soll die Abschiebung weiterer

Abschiebepflichtiger vorbereitet werden. Ein besonderer Fokus wird auf der schnellstmöglichen Abschiebung ausreisepflichtiger Straftäter und Gefährder liegen.

31. Verhinderung von Abschiebungen – Fördergelder entziehen, Täter bestrafen!

Eine AfD-geführte Landesregierung wird staatlich geförderten Institutionen, Initiativen und Vereinen, die abgelehnte Asylbewerber dabei unterstützen, sich ihrer Abschiebung zu entziehen, die Fördergelder streichen. Personen, die ausreisepflichtige Asylbewerber bei der Vereitelung ihrer Abschiebung tatkräftig helfen, müssen damit rechnen, dass der Rechtsstaat ihre Unterstützungshandlungen mit der vollen Härte des Gesetzes ahnden wird.

32. Neue Abschiebehaftplätze schaffen, Instrument der Abschiebehaft nutzen!

Für die Durchführung einer Abschiebeoffensive wird eine AfD-geführte Landesregierung alle in Deutschland existierenden Formen der Abschiebehaft nutzen – darunter die Sicherungshaft (§ 63 Absatz 3 Aufenthaltsgesetz), die Überstellungshaft (Art. 28 Dublin-III-Verordnung), den Ausreisegewahrsam (§ 62b Aufenthaltsgesetz), die Mitwirkungshaft (§ 62 Absatz 6 Aufenthaltsgesetz), die Vorbereitungshaft (§ 62 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz) und den Behördlichen Gewahrsam (§ 62 Absatz 5 Aufenthaltsgesetz).

Die derzeit in Bau befindliche Abschiebehaftanstalt in Volkstedt soll lediglich Platz für 30 Abschiebehäftlinge bieten und erst im Jahre 2027 einsatzbereit sein. Darum wird sich eine AfD-geführte Landesregierung im Bundesrat für eine befristete Aussetzung der Trennung von Haft- und Abschiebehaftplätzen in Sachsen-Anhalt einsetzen, um Handlungsfähigkeit zu gewährleisten.

Außerdem wird die AfD-Landesregierung den Umbau der Zentralen Aufnahmestelle in Stendal in eine Abschiebehaftanstalt prüfen und im Falle einer positiven Prüfung eine Umnutzung veranlassen. Die Umbaumaßnahme soll dazu dienen, die Zahl der Abschiebehaftplätze in Sachsen-Anhalt signifikant zu erhöhen. Für den Fall einer späteren Unterauslastung sollen dort auch Abschiebehäftlinge aus anderen Bundesländern untergebracht werden können, bevor sie in ihre Heimatländer rückgeführt werden.

Darüber hinaus wird eine AfD-geführte Landesregierung – mitunter kostengünstigere – Alternativen zur Abschiebehaft prüfen. Zu diesen Alternativen zählen beispielsweise die Anwendung von Hausarrest in zentralen Unterkünften und die Nutzung elektronischer Fußfesseln.

33. Abschiebeflüge auf Landesebene organisieren!

Im Jahre 2024 hat die CDU-geführte Landesregierung lediglich einen Abschiebeflug organisiert. Im Gegensatz dazu wird eine AfD-geführte Landesregierung den Flughafen Halle/Leipzig für die Umsetzung einer landeseigenen Abschiebeoffensive nutzen und die Zahl der Abschiebeflüge drastisch erhöhen. Dabei wird die Landesregierung den Austausch mit dem Freistaat Sachsen und mit anderen Bundesländern suchen, um gegebenenfalls gemeinsame Abschiebeflüge in Form von Sammelrückführungen zu planen und durchzuführen.

34. Ausreisepflicht auch auf kommunaler Ebene durchsetzen!

Obwohl Abschiebung Ländersache ist, spielen auch die Landkreise eine bedeutende Rolle. Schließlich sind die kommunalen Ausländerbehörden mit weitreichenden Verantwortlichkeiten ausgestattet. Sie können Aufenthaltstitel erteilen oder entziehen, Abschiebungen anordnen und bei Haftrichtern Abschiebehaft beantragen. In diesem Zusammenhang verfügen Mitarbeiter der Ausländerbehörden teilweise über große Ermessensspielräume bei der Auslegung von Bundes- und Landesregelungen.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird darauf hinwirken, dass der angestrebte Paradigmenwechsel weg von einer Willkommenskultur und hin zu einer Verabschiedungskultur auch in den Ausländerbehörden im Land Einzug hält. Die Mitarbeiter sollen dazu ermutigt werden, ihre Ermessensspielräume zu nutzen.

35. Task Force für Abschiebungen einrichten!

Eine AfD-geführte Landesregierung wird eine „Task Force Abschiebungen“ einrichten. Schließlich ist eine Zentralisierung auf Ebene der Bundesländer im Bereich der Abschiebungen bereits im Aufenthaltsgesetz angelegt. Die Task Force soll dazu beitragen, Abschiebeprozesse zu beschleunigen und effizienter zu gestalten. Sie wird sich unter anderem aus dem Innenminister, dem Justizminister sowie Vertretern der Polizeibehörden und der Kommunalen Spitzenverbände zusammensetzen.

Die Task Force soll auch dazu beitragen, die Kooperation mit anderen Bundesländern im Bereich der Abschiebungen zu verstärken. Sie soll außerdem mit dem Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr (ZUR) zusammenarbeiten. Diese Bund-Länder-Kooperationsplattform unter Federführung des Bundesministeriums für Inneres hat die Aufgabe, Unterstützung bei abschieberelevanten Maßnahmen wie Passersatzbeschaffungen, der Koordinierung einer besseren Auslastung von Abschiebeflügen und der Zusammenführung von Daten zu leisten.

36. Remigrationslotsen statt Integrationslotsen!

Eine umfassende Remigrationspolitik beinhaltet erstens die Rückholung ausgewanderter deutscher Fachkräfte, zweitens die Abschiebung ausreisepflichtiger Ausländer unter staatlichem Zwang und drittens freiwillige Re-Migrationsprogramme für illegale Zuwanderer.

Für die Koordination dieser drei Elemente der Rückkehrpolitik wird eine AfD-geführte Landesregierung eine Stabsstelle für Remigration einrichten und einen Remigrationsbeauftragten ernennen. Außerdem wird sie die im Doppelhaushalt 2025/2026 eingestellten Finanzmittel in Höhe von 1,2 Millionen Euro für sogenannte ‚Integrationslotsen‘ alternativ für die Einstellung von Remigrationslotsen verwenden.

37. Entwicklungshilfe an Rücknahmebereitschaft koppeln!

Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat für eine Koppelung der deutschen Entwicklungshilfe an die Bereitschaft zur Rücknahme illegaler Zuwanderer einsetzen. Für die Neujustierung der deutschen Entwicklungshilfepolitik soll ein Bonus-Malus System eingerichtet werden. Je höher die Bereitschaft zur Rücknahme illegaler Zuwanderer, desto großzügiger die gezahlte Entwicklungshilfe. Je geringer die Rücknahmebereitschaft, desto geringer die gewährte Entwicklungshilfe.

Mechanismen wie der „Mehr-für-Mehr-“ und „Weniger-für-Weniger-Ansatz“ werden von Entwicklungshilfeexperten bereits unter dem Stichwort der Konditionalisierung diskutiert. Dabei geht es darum, migrationspolitische Ziele durch Hebel wie Handelsbeziehungen oder entwicklungspolitische Investitionen zu verfolgen. Bislang weigern sich die Altparteien jedoch, diesen Ansatz zu verfolgen.

Analog zum Bonus-Malus-System wird die Bundesratsinitiative der Landesregierung auf eine wirkungsvolle Kontrolle der EU-Außengrenzen und der deutschen Außengrenzen hinwirken. Dadurch soll die Wiedereinreise illegaler Zuwanderer unterbunden werden.

38. Rückkehranreiz schaffen, Leistungseinschränkungen vornehmen!

Eine AfD-geführte Landesregierung wird darauf hinwirken, dass bestehende gesetzliche Möglichkeiten, die dazu dienen, den Druck auf Ausreisepflichtige zu erhöhen, in Sachsen-Anhalt konsequent angewendet werden. Das gilt unter anderem für

Anspruchseinschränkungen nach § 1 Absatz 4 und § 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes. Darin werden Möglichkeiten für begründete Leistungskürzungen aufgezeigt.

Beispielgebend ist der Leistungsentzug für sogenannte Dublin-Fälle, für die eigentlich ein anderes EU-Land zuständig ist, durch das Sozialamt in Dessau Roßlau. Die betroffenen illegalen Zuwanderer erhalten keine oder nur noch eingeschränkte Sozialleistungen, auch medizinische Leistungen werden eingeschränkt. Außerdem fordert das Sozialamt die Ausreisepflichtigen nachdrücklich dazu auf, Deutschland zu verlassen. Diese Praxis muss in Sachsen-Anhalt flächendeckend Anwendung finden.

39. Rückkehranreiz setzen, Bürgergeld für Ukrainer streichen!

Das Bürgergeld ist längst zum Migrantengeld geworden. Dabei wird Ukrainern eine Sonderrolle zugestanden. Nach ihrer Einreise erhalten sie unmittelbaren Zugang zu Bürgergeld und Sozialhilfe. Hunderttausende Ukrainer profitieren auf diese Weise von den Segnungen des deutschen Sozialstaats.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat für die Rückführung der seit Kriegsbeginn eingereisten Ukrainer in das Asylbewerberleistungsgesetz einsetzen. Die damit verbundene Verringerung von Finanzleistungen dient der Einsparung deutscher Steuergelder und zugleich als Rückkehranreiz für die Ukrainer.

40. Remigrationsoffensive in die Ukraine vorbereiten!

Rückkehranreize für die Ukrainer in Deutschland sind dringend notwendig. Schließlich gelten große Landstriche in der Ukraine als sicher. Lediglich im Osten des Landes wird gekämpft. Außerdem stellen ukrainische Politiker regelmäßig klar, dass vorübergehend in Deutschland und Sachsen-Anhalt lebenden Landsleute nicht bleiben und in den Arbeitsmarkt integriert werden, sondern in ihr Heimatland zurückkehren sollen.

Die EU-Kommission hat im Jahre 2025 einen Plan für eine Remigrationsoffensive in die Ukraine verfasst. Darin steht: „Die Ukraine braucht ihre Menschen zurück, um das Land wieder aufzubauen.“ Die EU-Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, mit den Vorbereitungen für ein groß angelegtes Remigrationsprojekt zu beginnen. Auch Deutschland soll die „Voraussetzungen für eine schrittweise Rückkehr und nachhaltige Wiedereingliederung in die Ukraine“ schaffen und „Programme zur freiwilligen Rückkehr einrichten“.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich an den Rückkehrvorbereitungen beteiligen und eine Remigrationsoffensive für in Sachsen-Anhalt lebende Ukrainer vorbereiten.

41. Ukrainer nicht mehr als Kriegsflüchtlinge anerkennen!

Seit Ausbruch der militärischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine wird in Deutschland jeder ukrainische Staatsbürger automatisch als Kriegsflüchtling anerkannt und in unser Sozialsystem einbezogen. Es ist jedoch nur ein geringer Teil des ukrainischen Territoriums so intensiv von Kriegshandlungen betroffen, dass der Bevölkerung dieser Gebiete ein Status als Kriegsflüchtling zuerkannt werden muss. Diese Personen können allerdings in der Ukraine als Binnenflüchtlinge nahe ihrer Heimat Unterkommen finden. Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich deshalb auf Bundesebene dafür einsetzen, dass, solange der militärische Konflikt in der Ostukraine vor sich hin schwelt, ukrainische Staatsbürger in Deutschland nicht mehr als Kriegsflüchtlinge anerkannt werden. Stattdessen sollen die von Kampfhandlungen betroffenen Ukrainer Zuflucht in der Westukraine finden.

42. Rückkehrprogramme statt Integrationsfolklore!

Die rechtskonforme Remigrationspolitik der AfD wird von den Altparteien zu Unrecht als verfassungsfeindlich gebrandmarkt. Dabei existieren auf Bundes- und Landesebene und in den Kommunen bereits zahlreiche Rückkehrprogramme.

Das Bundesministerium des Inneren betreibt das „Reintegrations- und Emigrationsprogramm für Asylsuchende“ („Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany“) und das „Regierungsunterstützte Rückkehrprogramm“ („Government Assisted Repatriation Program“). Im Jahre 2024 reisten 601 Personen freiwillig aus Sachsen-Anhalt aus, davon nahmen 214 Personen eines der beiden Bundesprogramme in Anspruch.

Darüber hinaus kann jedes Bundesland eigene Remigrationsprogramme auflegen. Beispielsweise betreibt die bayerische Landesregierung ein Rückkehrprogramm, das unter anderem eine einjährige Unterstützung für Afrikaner in Höhe von 250 Euro pro Monat vorsieht, wenn sie freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren. Eine AfD-geführte Landesregierung wird ein eigenes Rückkehrprogramm für Sachsen-Anhalt auflegen, das illegale Zuwanderer zu einer freiwilligen Rückkehr in ihre Heimat ermutigen soll, um so einer Abschiebung zu entgehen. Durch das Rückkehrprogramm soll die Zahl freiwilliger Ausreisen massiv erhöht werden.

Kommunen können ebenfalls eigene Rückkehrprogramme mit monetären und/oder nicht-monetären Remigrationsanreizen auflegen. Eine AfD-Landesregierung wird

1236 sachsen-anhaltischen Kommunen bei der Ausarbeitung von Rückkehrinitiativen mit
1237 Rat und Tat zur Seite stehen.
1238

1239 **43. Gesellschaftliche Wertschätzung für Rückkehrbedienstete schaffen!**

1240
1241 Derzeit sehen sich Menschen, die unter schwierigen Bedingungen im Bereich des
1242 Abschiebe- und Rückkehrmanagements arbeiten, Anfeindungen links-grüner Befür-
1243 worter von Multikulti und Überfremdung ausgesetzt. Dabei handelt es sich bei den
1244 Mitarbeitern und Staatsdienern in Ausländerbehörden und Abschiebehaftanstalten
1245 um Helden des Alltags, die ihren Dienst für Volk und Vaterland leisten. Eine AfD-ge-
1246 führte Landesregierung wird dafür sorgen, dass Rückführungsbediensteten endlich
1247 jene gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung zu Teil wird, die ihnen ge-
1248 bührt.

1249
1250
1251
1252
1253
1254
1255
1256
1257
1258
1259
1260
1261
1262
1263
1264
1265
1266
1267
1268
1269
1270
1271
1272
1273
1274
1275

III. Kultur und Integration

Das Zerstörungswerk der Altparteien kann nicht mehr länger mit Inkompetenz erklärt werden. Die Einwanderungspolitik stellt nicht unseren Bedarf an echten Fachkräften in den Mittelpunkt, sondern die Bedürfnisse der zumeist unqualifizierten Einwanderer. Die Klimapolitik vernichtet unseren Wohlstand. Die Familienpolitik akzeptiert das Sterben unseres Volkes und fördert Kinderlosigkeit statt Nachwuchs. Die Bildungspolitik ist nicht mehr auf Bildung gerichtet. Die Finanzpolitik übt keine Sparsamkeit, sondern türmt Schuldenberge auf, die niemals getilgt werden können. Grund dafür sind keine fachpolitischen Defizite auf den einzelnen Feldern. Die Altparteien wüssten schon, wie es anders ginge, aber sie handeln so nicht.

Wir unterstellen den Altparteien allerdings auch nicht, dass sie uns schaden wollen und hüten uns vor polemisch überschießenden Vorwürfen, die kein echtes Verständnis der Situation fördern. Grund für das destruktive Handeln der Altparteien ist weniger ein böser Wille, als eher Hemmung und Schwäche. Es ist eine Unfähigkeit, deutsche Interessen zu verteidigen und ein manischer Zwang, sich selbst zu schaden. Nationalmasochismus und fehlendes Selbstbewusstsein aber beruhen auf kulturellen Voraussetzungen. Die letzten Ursachen der aktuellen Misere sind somit kultureller Art und können deshalb nur durch gezielte Arbeit an den kulturellen Voraussetzungen geheilt werden.

Eine Vergangenheitsbewältigung, die das genaue Gegenteil von Bewältigung ist, nämlich die Perpetuierung einer Neurose, hat mittlerweile dazu geführt, dass Nationalstolz grundsätzlich als anrühlich gilt, die Verteidigung der eigenen Interessen als unanständig wahrgenommen wird und Politiker jede positive Bezugnahme auf unsere reiche Geschichte vor 1933 vermeiden. Eine Tradition der Traditionsvernichtung hat, von der 68er-Bewegung ausgehend, unser kulturelles Erbe entkernt und damit Möglichkeiten einer stabilen nationalen Identitätsbildung verbaut. Seiner Selbstbehauptungskräfte beraubt, ist Deutschland dem Einfluss der Regenbogenideologie hilflos ausgeliefert.

Die AfD-Sachsen-Anhalt wird diese Identitätsstörung durch eine neue, patriotische Kulturpolitik heilen. Die Kulturpolitik muss den Deutschen ihr Selbstbewusstsein zurückgeben. Wir werden durch gezielte Maßnahmen und Bezugnahmen auf die guten Seiten der deutschen Geschichte eine unverkrampften und auf gesunde Weise selbstbewusste deutsche Identität fördern. Dies ist die entscheidende Voraussetzung für eine patriotische Wende auf allen Gebieten, auch und insbesondere dafür, dass wir die infolge der ungezügelter Masseneinwanderung der letzten Jahrzehnte entstandenen Integrationsprobleme meistern. Angesichts der verkorksten und unattraktiven Identität, wie sie die Altparteien vorleben, kann man den Ausländern kaum verübeln, dass sie sich darin nicht integrieren wollen. Welcher vernünftige und stabile Türke oder Syrer will denn zu einem von Selbsthass geplagten,

zerknirschten Regenbogen-Deutschen werden? Allein die AfD kann den Ausländern eine deutsche Identität vorleben, die attraktiv ist und Lust macht, daran Teil zu haben. Wir müssen mit uns selbst ins Reine kommen – erst dann können wir daran denken, Fremde zu integrieren.

Die AfD betrachtet die Kulturhoheit der Bundesländer grundsätzlich kritisch. Was Fluch ist, ist jedoch auch Segen: Da Kultur in der Bundesrepublik Deutschland Ländersache ist, verfügen wir nach einem Sieg bei der Landtagswahl 2026 über vielfältige Möglichkeiten, unsere kulturpolitischen Vorstellungen umzusetzen. Wir werden Sachsen-Anhalt zum Musterland der Kulturpolitik machen, das eine Strahlwirkung auf andere Bundesländer entfaltet und so den notwendigen Wandel in ganz Deutschland anstoßen kann.

1. Deutsch denken!

Die Landesregierung betreibt unter dem Titel „moderndenken“ eine Imagekampagne, die versucht, aus dem Bauhaus die Identität des Landes Sachsen-Anhalt abzuleiten. Dabei war gerade die Bauhaus-Architekturschule immer bestrebt, jedes Anzeichen von nationaler Verwurzelung zu vermeiden. Die moderndenken-Kampagne treibt so die Politik der Identitätslosigkeit auf die Spitze. Die AfD Sachsen-Anhalt setzt dem eine deutschdenken-Kampagne entgegen, die darauf hinweist, dass Sachsen-Anhalt Wesentliches zur Entwicklung der deutschen Nation beigetragen hat. Von Heinrich I und Otto I über Luther bis hin zu Bismarck und Nietzsche: Aus Sachsen-Anhalt kommen Figuren, die Deutschland entscheidend geprägt haben. Das Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts war im Mittelalter das Zentrum des deutschen Reiches. Mit den Merseburger Zaubersprüchen kommt das älteste Dokument deutscher Sprache aus Sachsen-Anhalt. Noch viel mehr ließe sich erwähnen. Dass eine Landesregierung angesichts dieser Überfülle an großer deutscher Geschichte zu keinem anderen Stoff als einer umstrittenen Architekturschule greift, ist selbst schon ein deutliches Zeichen der Identitätsstörung, die wir kritisieren und die wir heilen werden. Unsere Kampagne #deutschdenken wird die schönsten Beispiele deutscher Geschichte, die Sachsen-Anhalt zu bieten hat, verknüpfen und selbstbewusst herausstellen. Durch Einbeziehung der Schulen, durch neue patriotische Tourismuskonzepte, die Vergabe von Preisen und die Durchführung von Gedenkveranstaltungen soll ein neues nationales Selbstbewusstsein angestoßen werden.

2. Kein Geld mehr für sogenannte Provenienzforschung!

In Magdeburg befindet sich das „Deutsche Zentrum Kulturgutverluste“. Die dort betriebene sogenannte „Provenienzforschung“ durchforstet Museumsbestände auf nicht rechtmäßige Erwerbungen während der Kolonialzeit, der NS-Zeit und in der SBZ/DDR. Problematisch daran ist, dass diese Nachforschungen völlig ohne Anlass

auch dann durchgeführt werden, wenn weder ein Alteigentümer noch ein Erbe die Restitution begehrt. In Fällen, in denen Geschädigte auftreten, muss selbstverständlich Unrecht wieder gut gemacht werden, der anlasslose Generalverdacht gegen alle Museumsbestände und die Suche nach Rechtsbrüchen, die niemand mehr beklagt, aber dienen nur der künstlichen Aufrechterhaltung eines Schuldgefühls, das wir endlich ablegen sollten. Besonders absurd ist dabei die Konstruktion einer kolonialen Schuld. Wie Mathias Brodkorb gezeigt hat, sind nahezu alle Exponate aus Kolonialländern rechtmäßig erworben worden. Aktuell fördert das Land Sachsen-Anhalt das „Deutsche Zentrum Kulturgutverluste“ durch einen Zuschuss in Höhe von 73.500 Euro pro Jahr. Wir werden diesen Zuschuss komplett streichen.

3. Geschichte erinnern, Soldatisches Opfer ehren!

Beinah jeder Ort in Sachsen-Anhalt verfügt über ein Denkmal für die Gefallenen der beiden Weltkriege. An einigen Orten sind auch noch Denkmäler für die Gefallenen des deutsch-französischen Krieges 1870/71 oder der Schlacht von Königgrätz 1866 zu finden. Die meisten gerade auch der seltenen Denkmäler befinden sich in einem miserablen und beschämenden, das Andenken geradezu entehrenden Zustand. Wir werden deshalb einen Landesbeauftragten für den Erhalt der Kriegerdenkmäler einsetzen, der ein landesweites Verzeichnis erstellt, den Restaurierungsbedarf erfasst und in Zusammenarbeit mit Denkmalschutzbehörden die Kommunen zur Durchführung notwendiger Erhaltungsmaßnahmen bewegt. Dabei soll, wo nötig, auch eine finanzielle Förderung gewährt werden können. Die Förderung soll ohne kleingeistige politische Wertungen allen Denkmälern gleichermaßen zugutekommen. Gefallene Soldaten haben ihr Leben für die Verteidigung ihres Landes gegeben. Es ist ein erstes Zeichen der patriotischen Wende, dass wir dieses große Opfer anerkennen und ehren.

4. Altbaubestand retten!

In Sachsen-Anhalt verfügen viele Städte über eine gute Altbausubstanz, vor allem in den historischen Innenstadtbereichen. Der Erhalt dieser identitätsstiftenden und Wohnraum schaffenden Altbausubstanz ist jetzt, 20 bis 30 Jahre nach der letzten Sanierung, mit großen Fragezeichen behaftet.

Steigende Baukosten, getrieben durch immer mehr Auflagen, bürokratische Verzögerungen und Inflation machen bei geringen Mieten die Sanierungen unwirtschaftlich. Während Förderprogramme fehlen, droht so die Verwahrlosung von ganzen Stadtgebieten.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird die Kreditvergabe zu Sonderkonditionen für die Sanierung dieser Altbausubstanz ermöglichen sowie den Abbau von Bürokratie

und unsinnigen Bauvorschriften für Handwerker und Bauunternehmen massiv vorantreiben. Zur weiteren Kostensenkung werden wir unter Ausnutzung bestehender Möglichkeiten der Berufsbildung ein nebenberufliches Qualifikationsprogramm für Heimwerker auflegen, dass es Eigentümern ermöglichen soll, einfache handwerkliche Renovierungsarbeiten selbst durchzuführen und so Kosten zu sparen.

5. Schöner bauen!

Öffentliche Gebäude, die nach 1990 in Sachsen-Anhalt errichtet wurden, sind oft von einer außerordentlichen Hässlichkeit. Für sehr viel Geld werden nichtssagende Klötze oder andere kalt wirkende, traditionslose geometrische Form in die Welt gesetzt. Zu nennen wäre etwa die sogenannte „Sinuskurve“ in Magdeburg, August-Bebel-Damm, oder das Gebäude der Nord-LB in Magdeburg am Domplatz. Wir werden dem ein Ende bereiten, indem wir der Bauordnung der Landes Sachsen-Anhalt (BauO LSA) eine Richtlinie einfügen, die vorschreibt, dass jedes Bauobjekt, bei dem das Land oder eine Kommune Träger ist und das einem öffentlichen Zweck dient, eine anerkannte Bautradition aufzugreifen hat. Traditionslose Konstruktionen sind zu vermeiden, regionale Materialien von hoher Langlebigkeit zu bevorzugen. Wir orientieren uns damit an einer von Donald Trump während seiner ersten Amtszeit erlassenen Exekutivorder. Öffentliche Gebäude müssen von der Mehrheit der Bevölkerung als schön empfunden werden und müssen historische Identität widerspiegeln.

6. Patriotismus fördern - Kein Staatsgeld für antideutsche Kunst und Kultur!

Die vornehmste Aufgabe aller Kunst besteht darin, kulturelle Identität zu pflegen. Die deutsche Identität ist auch das Resultat deutscher Kunst, vor allem der sich im öffentlichen Raum vollziehenden Bühnenkunst. Leider wird die Kunst unserer Tage dieser ihrer Verantwortung kaum noch gerecht - im Gegenteil. Abgesehen vom Goethe-Theater in Bad Lauchstädt, das aber über kein stehendes Ensemble verfügt, bringen die Theater in Sachsen-Anhalt so gut wie keine deutschen Stücke mehr auf die Bühne. Nicht nur Goethe, Schiller und Kleist, auch Modernes wie Botho Strauss sucht man vergebens. Stattdessen bieten die Theater nur allerseichteste Unterhaltung oder International(istisch)es. Das Grundgesetz verpflichtet uns, auch solche Kunst zu akzeptieren. Das Grundgesetz verpflichtet uns aber nicht, solche Kunst zu fördern. Die Kunstfreiheit ist kein Anspruch, alles Mögliche gefördert zu bekommen. Deshalb werden wir mit Staats- und Steuergeld vorwiegend solche Kunst fördern, die einen Beitrag zu deutscher Identitätsfindung leistet. In dieser Hinsicht wie auch in weiteren Punkten der kulturpolitischen Ausrichtung ist uns die kulturpolitische Wende, wie sie Ungarn unter Viktor Orban vollzieht, Vorbild und Inspiration.

7. Landeszentrale für politische Bildung gründlich reformieren!

Die Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr zu einer linken Indoktrinationsanstalt entwickelt. Das zeigt sich an den Partnern und Vereinen, die von der Landeszentrale protegiert und mit öffentlichen Geldern ausgestattet werden. Vom „Miteinander e.V.“ über das Netzwerk „Schule ohne Rassismus“ bis hin zu diversen Initiativen für mehr Demokratie und Toleranz, die auf das genaue Gegenteil von Demokratie und Toleranz hinwirken, steht die Landeszentrale wie die Spinne in einem Netz linker bis linksextremer Institutionen.

Unter der Fahne des „Kampfes gegen rechts“ beteiligt sich die Landeszentrale an der Verunglimpfung konservativer Einstellungen und Werte und diskreditiert legitime patriotische Positionen. Somit lässt die Landeszentrale für politische Bildung nicht nur die Neutralität vermissen, die man von einer Landesbehörde erwarten dürfte, sie bekämpft einen gesunden Patriotismus und damit das, was alle politischen Strömungen von links bis rechts verbinden sollte. Sie ist so nicht einmal ansatzweise in der Lage, eine politische Bildung zu vermitteln, die zur Stabilisierung und Funktionalität unseres Staatswesens beiträgt. Aus diesem Grund werden wir die Landeszentrale für politische Bildung in der aktuellen Form abschaffen und als Alternative ein Landesinstitut für staatspolitische Bildung und kulturelle Identität aufbauen.

8. Brauchtum im ländlichen Raum erhalten!

Wir bekennen uns zur kulturellen Identität unserer Heimat. Statt einer Landeszentrale für politische Bildung, die linken Ungeist verbreitet, werden wir Aktivitäten fördern, die das Heimatgefühl und die Nationalidentität stärken. Dazu gehört, dass Brauchtum und Traditionen erhalten werden müssen. Zu diesem Zweck sollen Ortschaften 5 Euro pro Einwohner und Jahr als ungebundene Schlüsselzuweisung für Brauchtum und Tradition vom Land erhalten. Wofür genau innerhalb des breiten Rahmens der Brauchtums- und Traditionspflege diese Zuweisung verwendet wird, hat der Ortschaftsrat per Abstimmung zu beschließen.

9. Feuerwerk ist Kultur!

Böllern, Raketen und anderes Feuerwerk ist mit seinen Knall- und Lichteffekten seit Jahrhunderten Teil der Feierlichkeiten zum Jahreswechsel. Eine Feuerwerkverbot würde nicht nur diese schöne Tradition und damit ein Stück Kultur vernichten, sondern auch die Freiheit der Bürger unangemessen einschränken. Wir werden uns deshalb als Landesregierung auf allen Ebenen von den Kommunen bis zum Bund

1485 dafür einsetzen, Feuerwerkverbote zu verhindern und jedem Bürger ein unbe-
1486 schwertes privates Feuerwerk an Sylvester zu ermöglichen.
1487

1488 **10. Vernünftiges Deutsch durchsetzen!**

1489
1490 Die Gendersprache mit dem großen Binnen-I („StudentIn“), X-Endungen („Profes-
1491 sex“), Partizipialformen („Studierende“ statt „Studenten“) und weiteren befremdli-
1492 chen Formen strebt danach, das Geschlecht aus der Sprache zu verbannen. Die
1493 Sprache soll eine geschlechtslose Welt schaffen. Das Geschlecht soll sprachlich
1494 nicht mehr sichtbar sein und dann auch aus der Gesellschaft verschwinden.
1495

1496 Solchen Visionen erteilt die AfD eine klare Absage. Wir halten an den tradierten For-
1497 men und Schreibweisen unserer Sprache fest, weil sich darin unser Denken und un-
1498 sere Identität niedergeschlagen hat. Geschlechterrollen, auch und gerade in der
1499 Sprache, machen unser kulturelles Leben vielfältig und spannend. Die Genderfor-
1500 men erschweren außerdem das Lesen und Schreiben. Wir werden deshalb als Lan-
1501 desregierung Gendersprache im gesamten amtlichen Sprachgebrauch untersagen.
1502 An Schulen, Gerichten, Ministerien, in der Kommunalverwaltung und im Landtag
1503 sollen nur die bewährten traditionellen Schreibweisen der deutschen Sprache ak-
1504 zeptiert werden. Weiterhin werden wir eine Richtlinie zu gutem Deutsch erlassen,
1505 die alle Formen vermeidet, die durch feministische Ideologie oder Genderideologie
1506 motiviert sind, und Orientierung für gutes Deutsch bietet.
1507

1508 Zwar hat sich die CDU in letzter Zeit mit Kritik am Gendern hervorgetan hat, konform
1509 mit den Empfehlungen des Rats für deutsche Rechtsschreibung weist die CDU aber
1510 nur die extremsten Formen des Genderns zurück, während sie behutsame Formen
1511 akzeptiert (beispielsweise „Studierende“ statt richtig „Studenten“). Außerdem lässt
1512 die CDU eine grundsätzliche Kritik an den ideologischen Hintergründen des
1513 Genderns vermissen. Allein die AfD weist jede Form des Genderns zurück, bekennt
1514 sich zu unserem bewährten Sprachgebrauch und kritisiert die im Hintergrund ste-
1515 hende Ideologie.
1516

1517 **11. Girls und Boys Day durch Zukunftstag ersetzen!**

1518
1519 Die Gender-Politik fordert, alle Unterschiede zwischen den Geschlechtern aufzuhe-
1520 ben. Zu diesem Zweck sollen u.a. junge Männer gezielt in Frauenberufe und junge
1521 Frauen gezielt in Männerberufe gedrängt werden. Dem dient der sogenannte Girls
1522 und Boys Day. Die Altparteien sehen ein Problem darin, dass Männer kaum Grund-
1523 schullehrer oder Erzieher werden wollen, und sich viel weniger Mädchen als Jungen
1524 beispielsweise für den Beruf des Polizisten interessieren. Die AfD aber sieht darin
1525 kein Problem. Wir wollen niemanden aufgrund seines Geschlechts dazu drängen,
1526 einen bestimmten Beruf zu ergreifen, oder ihn davon abhalten, nur damit Quoten

erfüllt werden und überall Geschlechterparität hergestellt wird. Deshalb werden wir den Girls- und Boys-Day durch einen Zukunftstag zur beruflichen Orientierung ersetzen, bei dem Jungen und Mädchen nicht in verschiedene Gruppen getrennt werden und jeder völlig wählen darf, was ihm gefällt.

12. Einbürgerungsaufsätze statt Einbürgerungstests!

Aktuell führt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Einbürgerungstest durch, der aus 33 Fragen besteht, von denen 3 Fragen einen Bezug zum jeweiligen Bundesland aufweisen. Zu jeder Frage werden vier Antwortmöglichkeiten angeboten, von denen die richtige ausgewählt werden muss. Die Fragen selbst sind einfachster Art („Welches Tier ist das Wappentier der Bundesrepublik Deutschland“). Wir werden darauf hinwirken, den Schwierigkeitsgrad der Fragen deutlich anzuheben. Der Test soll künftig nicht mehr aus multiple-choice-Fragen bestehen, sondern aus einem Besinnungsaufsatz zu einem politischen Thema, der zugleich als Sprachtest fungiert. Das Niveau der Sprachbeherrschung muss mindestens einer Note ausreichend im Rahmen eines Hauptschulabschlusses entsprechen. Inhaltlich muss der Aufsatz den Willen, Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu werden, und Respekt vor unserem Staat erkennen lassen. Die Anforderungen an eine Einbürgerung sind generell zu erhöhen. Es darf nur deutscher Staatsbürger werden, wer sich dauerhaft in unser Gemeinwesen einfügt und nicht nur zur kurzfristigen Erlangung von Vorteilen zu uns gehören will.

13. Bekenntnis zu Deutschland einfordern!

Anders als es uns immer unterstellt wird, verwehren wir Ausländern nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Jeder, der das ernsthaft will, kann Deutscher werden. Wer hier er eingebürgert werden will, muss sich aber zu Deutschland bekennen, seine neue Identität annehmen und seine alte Identität loslassen. Um das sicherzustellen, werden wir die persönliche Erklärung zur Einbürgerung, die durch einen Erlass vom 27. August 2021 den kreisfreien Städten und Landkreisen mitgeteilt wurde, durch folgende Erklärung ersetzen:

„Ich, Vorname und Name, erkenne die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Gesetze an. Ich verpflichte mich, die deutsche Kultur zu respektieren und danach zu streben, die deutsche Sprache zu erlernen. Als neuer deutscher Staatsangehöriger werde ich innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland keine ausländischen Konflikte aktiv unterstützen. Dies gilt insbesondere für Konflikte meines ehemaligen Heimatlandes. Ich will mich nach besten Kräften bemühen, meinen Lebensunterhalt selbst zu bestreiten und auf diese Weise meinem neuen Heimatland Dank und Respekt zu erweisen.“

14. Verpflichtende Integrations-Kurse für Ausländer!

Aktuell vermitteln die Einbürgerungskurse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, die zum Einbürgerungstest hinführen, lediglich „staatsbürgerliches Grundwissen“ sowie „Grundsätze und Werte unserer Verfassung“. Die Gestaltung des Kurses zielt auf einen reinen Verfassungspatriotismus. Eine gelungene Einbürgerung aber setzt darüber hinaus auch historische und kulturelle Bildung voraus. Ein auf verfassungsrechtliche Aspekte verengter Kurzlehrgang reicht nicht aus. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, in breiter Perspektive deutsche Geschichte und Kultur zu vermitteln. Wer Deutscher werden will, muss zumindest ansatzweise verstehen, wie unser Staat zu dem geworden ist, was er heute ist. Weiterhin müssen alle noch nicht eingebürgerten Ausländern, die sich nicht nur vorübergehend, aber rechtmäßig in Deutschland aufhalten, zum Besuch solcher Kurse verpflichtet werden. Unentschuldigtes Fehlen soll bis hin zum Entzug des Aufenthaltstitels sanktioniert werden können.

15. Engagement von Ausländern anerkennen!

Die Einbürgerungspraxis stellt aktuell zu stark auf die reine Dauer des Aufenthalts ab, ohne zu prüfen, wie die Zeit verbracht wurde. Nach einer gewissen Anzahl an Jahren des dauernden Aufenthalts in Deutschland entstehen Ansprüche. Diese Haltung fördert keine echte Integration, sondern bloßes Anspruchsdenken. Die deutsche Staatsbürgerschaft wird gleichsam ersessen. Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dies zu ändern. Je nachdem, welche Anstrengungen der einbürgerungswillige Ausländer selbst unternommen hat, sollen sich Einbürgerungsfristen verkürzen oder bei Integrationsdefiziten auch verlängern. Ausländer, die sich in Vereinen engagieren und so schon vor ihrer Einbürgerung einen Beitrag zu ihrer informellen Anerkennung als wertvolles Mitglied unserer Gesellschaft leisten, soll eine beschleunigte Einbürgerung in Aussicht gestellt werden.

16. Nein zu Muezzin und Minarett!

Der Islam gehört weder zu Deutschland noch zu Sachsen-Anhalt. Schließlich hat der Islam unsere Geschichte und Kultur nicht geprägt. Als politische Religion mit seinem archaischen Scharia-System und den darin enthaltenen Rechtsregeln ist er mit unserem abendländischen Staatsverständnis nicht vereinbar.

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 Grundgesetz und die staatliche Gewährleistung einer ungestörten Religionsausübung aus Artikel 4 Absatz 2 Grundgesetz gelten zwar auch für Moslems, sind jedoch in den letzten Jahrzehnten durch fragwürdige Interpretation zu einem Supergrundrecht aufgebläht worden.

Die AfD wird die Religionsfreiheit wieder auf angemessene Maßstäbe zurückführen. Die Religionsfreiheit zwingt die Deutschen nicht dazu, jeden Wunsch der Islamlobby zu erfüllen. Moscheen müssen nicht als orientalische Prunkbauten weithin erkennbar sein. Ein Muezzinruf ist zur Gewährleistung der freien Religionsausübung für Moslems nicht unabdingbar. Die AfD-Regierung wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, den Einfluss dieser kulturfremden Religion in Sachsen-Anhalt zu beschränken, soweit dies rechtlich zulässig ist.

17. Staatsleistungen sofort einstellen!

Jedes Jahr zahlt das Land Sachsen-Anhalt den großen Kirchensteuerkirchen über 40 Millionen Euro Steuergeld als sogenannte „Staatsleistungen“. Diese Zahlungen sind letztlich eine Entschädigung für Kirchengüter, die 1803 enteignet wurden. Schon die 1919 in Kraft getretene Weimarer Reichsverfassung forderte, diese Staatsleistungen abzulösen, ohne dass dem nachgekommen worden wäre. Aktuell wird zwar wieder über die Einstellung der Staatsleistungen diskutiert, jedoch bestehen die Kirchen darauf, als Ablöse einen Kapitalstock zu erhalten, dessen Zinsen die Staatsleistungen kompensieren. Selbst unter Annahme eines hohen Zinssatzes von 4 Prozent müsste das Land der Kirche eine Milliarde Steuergeld überweisen. Da das Land dieses Geld nicht hat, geschieht wieder nichts.

So kann es nicht weitergehen! Die AfD vertritt die von namhaften Juristen unterstützte Ansicht, dass die Staatsleistungen ohne weitere Kompensation eingestellt werden können. Und anders als die Altparteien haben wir dazu auch den politischen Willen! Wir werden alles dafür tun, den Kirchen nicht mehr mit absurder Begründung Jahr für Jahr über 40 Millionen Euro in den Rachen zu werfen. Dies ist auch allein deshalb geboten, weil die großen Kirchen nicht mehr den christlichen Glauben pflegen, sondern die Regenbogenideologie. Sie entfalten nicht nur keine die Gesellschaft stabilisierende Wirkung mehr, sondern treiben, im Gegenteil, das gesellschaftliche Zerstörungswerk der Altparteien mit voran.

18. Kein Geld mehr für die Evangelischen Akademie!

Die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V. wird jährlich in Höhe von 70.000 EURO durch das Land Sachsen-Anhalt gefördert. Dies wäre vielleicht gerechtfertigt, wenn sich diese Akademie der Bildung in kirchlichen Angelegenheiten von theologischen Themen bis hin zu Kirchenmusik widmen würde. Solche Themen machen jedoch den geringsten Teil der dort stattfindenden „Bildungsarbeit“ aus. Das meiste ist politische Agitation im Sinne der Altparteien: Klimadoktrin, Genderismus und Regenbogenkult stehen hoch im Kurs, eine „sozial-ökologische Transformation“ wird beschworen, der ungezügelten Masseneinwanderung wird das Wort geredet, und

jeder, der grundsätzlich anderer Meinung ist, wird als Gefahr für die Demokratie ausgegeben. Dergleichen darf nicht mit Steuergeld gefördert werden. Eine AfD-Landesregierung wird diese Zahlungen unverzüglich einstellen.

19. Christentum fördern – Kleine Kirchen fördern!

Das Christentum ist nicht nur ein wesentlicher Teil unserer Europäischen Kultur, es bietet auch Halt im Glauben und jenseitige Orientierung. Wer sich zum Christentum und der christlichen Ethik bekennt, handelt nachhaltiger und leistet einen wertvollen Beitrag zu unserem Gemeinwesen. Dass wir die Privilegien der Kirchensteuerkirchen abschaffen wollen, bedeutet nicht, dass wir den christlichen Glauben ablehnen – im Gegenteil. Gerade weil wir um die Bedeutung des Christentums wissen, greifen wir die Kirchensteuerkirchen an, denn die großen Kirchen schaden dem Glauben. Sie verlieren nicht ohne Grund immer mehr Mitglieder, während sich in vielen kleinen Kirchen und Glaubensgemeinschaften eine wahre Renaissance des Christentums abspielt. Wir werden Instrumente entwickeln, um diese kleinen Kirchen zu fördern. In Freikirchen, Baptistengemeinden und orthodoxen Kirchen wird ein authentischer und vitaler Glaube praktiziert, der die kulturelle Wende, die wir anstreben, vielfältig unterstützt.

20. Leistungsträger im Sport ehren!

Wer bei Olympischen und paralympischen Spielen eine Goldmedaille erringt, hat eine Höchstleistung erbracht, die das Ansehen seines Landes verbessert und somit einen hohen ideellen Gewinn für die Allgemeinheit bringt. Dies gilt es auch finanziell zu honorieren. Wir werden deshalb eine lebenslange Ehrenrente für Olympiasieger aus Sachsen-Anhalt i. H. v. 150 EURO mtl. einführen, die nicht zu versteuern ist und jährlich nach der KOV-Anpassungsverordnung zum 1. Juli angepasst wird.

IV. Schulbildung

Schon seit Jahrzehnten sinkt in ganz Deutschland und Sachsen-Anhalt das Bildungsniveau. Grundschüler können nicht mehr richtig lesen, schreiben und rechnen. Das Abitur befähigt nicht mehr zum Studium. Das Handwerk sucht verzweifelt Auszubildende. Der viel diskutierte Lehrermangel ist keine Ursache der Krise, sondern nur eine ihrer Auswirkungen. Die Bildung verfällt nicht, weil es immer weniger Lehrer gibt, sondern, weil die Bildung verfällt, will niemand mehr Lehrer werden. Auch und gerade der Unterricht, der stattfindet, taugt immer weniger. Diese Krise ist keine Krise des Geldes, es ist eine Krise des Geistes.

Das Problem ist eine um sich greifende Leistungsmüdigkeit und Kuschelpädagogik, die nicht mehr zu Anstrengungen motiviert und die Leistungsbereiten entmutigt. Das Problem ist, dass die richtige Meinung mittlerweile mehr wert ist als echtes Wissen. Das Problem ist, dass Lehrer keine pädagogische Autorität mehr darstellen, sondern zu bloßen Lernbegleitern verkommen sind. Das Problem ist, dass alle gleich gemacht werden, anstatt Kinder nach ihrer Begabung zu fördern. Die Altparteien sind nicht in der Lage, diese Krise zu begreifen, geschweige denn zu lösen. Die Altparteien haben diese Krise mit verursacht.

Hinzu kommt, dass die Schule systematisch mit nicht-schulischen Aufgaben überfordert wird. Während die Altparteien die schulische Bildung vernachlässigen, erfinden sie immer neue Aufgaben, die sie der Schule aufbürden: Die Schule soll Einwanderer integrieren, soziale Nachteile aller Art beheben und den Schaden einer schlechten Familie ausgleichen. Weiterhin soll die Schule die Kinder politisch erziehen, was allzu oft in einer einseitigen Indoktrination gegen gesunden Patriotismus ausartet und bis hin zu offener Hetze gegen die AfD führt. Derart mit bildungsfernen Aufgaben überlastet, kommt die Schule nicht mehr dazu, das zu leisten, was ihre eigentliche Aufgabe ist: die Kinder durch solide Bildung auf das Leben vorbereiten!

Die AfD setzt der ungebildeten Bildungspolitik der Altparteien eine gebildete Bildungspolitik entgegen, die sich zur guten pädagogischen Tradition bekennt und die Schule von allen nicht-schulischen Aufgaben befreit. Weder soziale und psychologische Betreuung noch Integration und Inklusion, sondern allein die Vermittlung von Kulturtechniken (Lesen, Schreiben, Rechnen) und Bildungsgütern ist Aufgabe der Schule. Wir werden deshalb die Schule von allen nicht-schulischen Aufgaben befreien und dafür sorgen, dass im Unterricht wieder die bewährten pädagogischen Konzepte angewendet werden. Bildung bedeutet, sich Bildungsgut anzueignen und festgesteckte Ziele zu erreichen. Der Lehrer ist dabei nicht bloßer „Lernbegleiter“, sondern Autorität und Vermittlungsinstanz.

Die Altparteien glauben, etwas gegen die Bildungskrise zu unternehmen, wenn sie schon die Grundschulen mit digitalen Endgeräten überschütten. Dabei ist

übermäßiger und verfrühter Umgang mit digitalen Medien eine Ursache für den Bildungsverfall. Allein der Umstand, dass die älteren Generationen, die traditionell unterrichtet wurden, besser gebildet sind, als die jüngeren Generationen, die zum Opfer diverser Reformen wurden, beweist die Überlegenheit der traditionellen Pädagogik. Hausaufgaben, Frontalunterricht, regelmäßige Übungsaufgaben im Unterricht, systematische Wiederholung und Leistungskontrolle, umfangreiche Lektüre – das sind die Instrumente, die unserem Schulsystem wieder auf die Beine helfen.

1. Optimale Förderung und bestmögliche Bildung für alle!

Aktuell herrscht eine starke Tendenz zur Nivellierung der Bildungsstandards und zur Vereinheitlichung des Bildungssystems. Eine Auswahl der Schüler nach Leistung ist zunehmend verpönt. Die Einführung einer gymnasialen Oberstufe an Gemeinschaftsschulen bedeutet einen weiteren Schritt Richtung Einheitsschule und Einheitsgymnasium. Die AfD tritt dagegen für eine leistungsdifferenziertes mehrgliedriges Schulsystem ein. Wir werden das Gymnasium stärken und wieder zu dem machen, was es war: Die Schulform, die zur Universität führt und von nicht mehr als 25 Prozent eines Jahrgangs besucht werden muss. Weiterhin werden wir die Wiedereinführung von Hauptschule und Realschule prüfen. Die Förderung unserer Kinder gelingt am besten, wenn sie entsprechend ihrer Neigungen und Fähigkeiten in möglichst homogenen Klassenverbänden unterrichtet werden. Wenn weniger Schüler aufs Gymnasium gehen, steigt nicht nur dort das Niveau. Dadurch, dass dann wieder mehr leistungstärkere Schüler die Realschule besuchen, wird auch dort das Niveau angehoben und ebenso auf der Hauptschule. Die Erhöhung der Anforderungen im Gymnasium hebt so kaskadenweise das Niveau des gesamten Schulsystems an. Nicht ein leichtes Abitur, ein schweres Abitur führt aus der Krise unseres Bildungswesens.

2. Verbindliche Schullaufbahneempfehlung wieder einführen!

Seit 2011 ist die verbindliche Schullaufbahneempfehlung nach Klasse 4 in Sachsen-Anhalt abgeschafft. Schüler erhalten zwar eine Empfehlung, dieses hat jedoch nur eine rein beratende Funktion. Wir halten das für einen Fehler. Die Lehrer können in aller Regel am besten einschätzen, welche Schule ein Kind nach Klasse 4 besuchen sollten, während Eltern die Leistung ihres Kindes oft überschätzen. Es kann nicht sein, dass Eltern nach Belieben entscheiden, welche Schullaufbahn ihr Kind einschlägt. Deshalb werden wir die Schullaufbahneempfehlung wieder verbindlich machen. Um die Beurteilung zu objektivieren, sollen zentrale Klassenarbeiten durchgeführt werden, deren Ergebnis darüber entscheidet, welche Schulart empfohlen wird. Gleichzeitig werden wir die Durchlässigkeit des mehrgliedrigen, leistungsdifferenzierten Schulsystems sicherstellen. Wer in der Realschule sehr gute Leistungen erbringt, soll in jedem Schuljahr ins Gymnasium aufsteigen können.

1779

1780 **3. Keine Experimente an unseren Kindern!**

1781

1782 Das Experiment „Inklusion“, also der gemeinsame Unterricht von behinderten Kin-
1783 dern mit normal begabten Kindern und die Abschaffung der herkömmlichen Förder-
1784 schulen, ist auf ganzer Linie gescheitert. Die behinderten Kinder erhalten nicht die
1785 Aufmerksamkeit, die sie benötigen, finden unter ihren Mitschülern keinen An-
1786 schluss, lähmen den Unterrichtsfortgang und bleiben hinter ihren Möglichkeiten zu-
1787 rück. Gerade behinderte Kinder benötigen eine speziell auf ihre Situation abge-
1788 stimmte Pädagogik, wie sie nur an Förderschulen möglich ist. Hinzu kommt, dass
1789 die in Inklusionsklassen oft praktizierte Doppelbesetzung (= zwei Lehrer pro Klasse)
1790 in Zeiten des Lehrermangels wertvolle Kapazitäten bindet. Wir werden die Inklus-
1791 sion unverzüglich beenden und die Förderschulen ausbauen!

1792

1793 **4. Schluss mit der Noteninflation!**

1794

1795 Es ist mit Schulzeugnissen wie mit dem Geld: Die inflationäre Vergabe von Schulno-
1796 ten wie auch die inflationäre Vergabe guter Noten schaffen keine Werte, sondern
1797 vernichten Werte. Wenn im Schuljahr 2024/25 die durchschnittliche Abiturnote bei
1798 2,2 liegt und ein Drittel der Schüler eine Eins vor dem Komma hat, dann heißt das
1799 nicht, dass unsere Abiturienten überdurchschnittlich sind, es heißt, dass Spitzen-
1800 noten für Leistungen vergeben werden, die keine Spitzenleistungen sind. Man
1801 täuscht sich durch Bestnoten über den Verfall des Leistungsniveaus hinweg. Damit
1802 ist niemandem gedient! Wir wollen, dass Schulnoten wieder zu einer harten Wäh-
1803 rung werden. Deshalb werden wir die Bewertungsschlüssel für alle Schulformen an-
1804 heben. Es kann nicht sein, dass für weniger als die Hälfte der erreichten Punktzahl
1805 schon eine Note vier (ausreichend) vergeben wird, mit der eine Prüfung noch als be-
1806 standen gilt. Wer eine Prüfung bestehen will, muss mindestens die Hälfte der
1807 Punkte erreichen! Dort, wo eine Leistung nicht nach Punkten oder Fehlerzahl quan-
1808 tifizierbar ist, werden wir die qualitativen Anforderungen anheben.

1809

1810 **5. Leistung muss sich wieder lohnen!**

1811

1812 Unser gesamtes Bildungssystem krankt daran, dass sich unter Schülern und Leh-
1813 rern eine Mentalität ausgebreitet hat, in der Leistung als Ausdruck von „Strebertum“
1814 verpönt ist. Es ist „cool“, nicht hart an sich zu arbeiten. Gute Leistungen sind nur
1815 dann sozial akzeptiert, wenn sie einen aufgrund „Begabung“ in den Schoß fallen.
1816 Dieser leistungsfeindlichen Mentalität werden wir ein Ende bereiten. Dazu werden
1817 wir landesweit Mathematikolympiaden, Sprachenwettbewerbe und naturwissen-
1818 schaftliche Forschungswettbewerbe durchführen, die mit Preisen und öffentlichen
1819 Ehrungen verbunden sind. Durch die Stärkung und öffentliche Preisung des

1820 Wettbewerbsgedanken werden wir unsere Schüler zu Ehrgeiz und harter Arbeit an
1821 sich selbst anregen. Auch herausragende Leistungen bei regulären Prüfungen wol-
1822 len wir durch Preise und Belobigungen besser auszeichnen und herausstellen. Der
1823 gute Schüler muss wieder zum Vorbild für seine Klassenkameraden werden.
1824

1825 **6. Heimatkunde - Schulbildung nah am echten Leben!**

1826
1827 Nur wer weiß, wie seine Lebensmittel hergestellt werden, wird diese Lebensmittel
1828 zu schätzen wissen. Viele aktuelle Debatten zeigen, dass das Bewusstsein für Le-
1829 bensmittel durch die großen Handelsketten aus dem Blick der Gesellschaft gerückt
1830 wurde. Wir wollen, dass jedes Kind weiß, dass hinter der Wurst beim Fleischer der
1831 Schlachter der Landwirt und ein Tier stehen. Zu diesem Zweck werden wir die so-
1832 wohl die Heilpflanzenpädagogik als auch den Heimatkundeunterricht mit Praxisbe-
1833 zug stärker gewichten. Außerdem werden wir mit der Schutzgemeinschaft „Deut-
1834 scher Wald“ zusammenarbeiten, um der Jugend einen Praxisbezug zu land- und
1835 forstwirtschaftlichen Prozessen zu ermöglichen.
1836

1837 **7. Mehr 1813 und 1871 – Geschichtslehrpläne überarbeiten!**

1838
1839 Die Lehrpläne für das Fach Geschichte zeichnen sich in allen Schulformen dadurch
1840 aus, dass das 19. Jahrhundert als die wichtigste Zeit für die deutsche Nationswer-
1841 dung zu kurz kommt. Dabei ist der 1871 gegründete Nationalstaat das Vorgängerge-
1842 bilde der Bundesrepublik Deutschland. Das von Bismarck gegründete Deutsche
1843 Reich hat in Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft Maßstäbe gesetzt, die uns auch
1844 heute noch als Inspiration und Vorbild dienen können. Wir werden deshalb im Un-
1845 terricht einen deutlichen Schwerpunkt auf die Entstehung und die Erfolgsge-
1846 schichte dieses Staates legen.
1847

1848 **8. Bildung statt politischer Indoktrination!**

1849
1850 Das Programm „Schule gegen Rassismus - Schule mit Courage“ ist entgegen sei-
1851 nem Titel kein Programm, das den Mut der Schüler fördert und echten Rassismus
1852 bekämpft. Abgesehen davon, dass es echten Rassismus kaum noch gibt und es
1853 deshalb wenig Sinn macht, ihn mit großangelegten Programmen zurückzudrängen,
1854 verbirgt sich hinter diesem Programm etwas anderes. Unter dem Deckmantel, Ras-
1855 sismus bekämpfen zu wollen, wird gegen legitime rechte und patriotische Einstel-
1856 lungen vorgegangen. Schüler werden unter Druck gesetzt, sich der Vorherrschaft
1857 linker Ideen zu beugen. So fördert das Programm keinen Mut, sondern Duckmäuser-
1858 tum und Konformismus. Die Schule aber muss die Schüler dazu erziehen, dass sie
1859 sich im demokratischen Spektrum selbst eine Meinung bilden. Eine einseitige Agi-
1860 tation für oder gegen bestimmte politische Richtungen lehnen wir ab. Wir werden

1861 deshalb die Landesförderung des Programms „Schule gegen Rassismus - Schule
1862 mit Courage“ einstellen.
1863

1864 **9. Lehrer müssen politisch neutral sein!**

1865
1866 Aktuell herrscht an unseren Schulen begründet durch den sogenannten Beutelsba-
1867 cher Konsens ein sogenanntes Indoktrinationsverbot. Lehrer dürfen ihre politische
1868 Meinung zwar äußern, dürfen sie den Schülern nur nicht aufzwingen. Leider funkti-
1869 oniert das in der Praxis oft schlecht, weil Lehrer als Autoritäten fungieren und allein
1870 dadurch Schüler sich der Erwartung ausgesetzt sehen, die Meinung des Lehrers an-
1871 zunehmen. Wenn dann einige Lehrer sogar systematisch versuchen, die Schüler zur
1872 Annahme ihres Weltbildes zu bewegen, hilft der Beutelsbacher Konsens nicht wei-
1873 ter. Wir werden deshalb das Indoktrinationsverbot zu einem strengen Neutralitäts-
1874 gebot ausweiten. Der Lehrer hat die Meinungsäußerungen der Schüler zu moderie-
1875 ren, aber nicht mit eigener Meinung mitzudiskutieren.
1876

1877 **10. Regenbogenflaggen an Schulen verbieten!**

1878
1879 Die Regenbogenflagge wird ungeachtet anderweitiger Verwendungen in ihrer langen
1880 Geschichte mittlerweile fast ausschließlich als Symbol der LGBTQ-Bewegung ver-
1881 wendet und verstanden. Die LGBTQ-Bewegung wiederum nimmt die angebliche
1882 Vertretung der Interessen nicht heterosexueller Menschen zum bloßen Vorwand,
1883 um in Wahrheit die tradierte Normalität, die wir für die gedeihliche Entwicklung un-
1884 serer Gesellschaft brauchen, zu zerstören. Dergleichen hat an Schulen nichts ver-
1885 loren. Die Schule muss den Kindern vielmehr die normale Familie bestehend aus
1886 Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen, als Vorbild vermitteln. Das Anliegen der
1887 LGBTQ-Lobby steht dem konträr entgegen. Wir werden deshalb durch entsprechen-
1888 den Runderlass sicherstellen, dass von schuloffizieller Seite keine Regenbogen-
1889 fahne mehr gezeigt wird. Verwendungen der Regenbogenfahne durch einzelne
1890 Schüler im privaten Bereich, etwa als Aufkleber auf dem Schulranzen, sind davon
1891 ausgenommen.
1892

1893 **11. Flagge zeigen!**

1894
1895 Echte Bildung besteht nicht allein in der Aneignung von Kompetenz und Wissen,
1896 sondern auch in der Bildung einer stabilen Nationalidentität. Wir werden deshalb
1897 dafür sorgen, dass an öffentlichen Schulen an jedem Schultag die Bundesflagge ge-
1898 hisst wird. Weiterhin werden wir das gemeinsame Singen der Nationalhymne im
1899 Kreise der gesamten Schüler- und Lehrerschaft als festen Bestandteil von Feierlich-
1900 keiten im Umfeld der Schule etablieren.
1901

1902 **12. Keine Frühdigitalisierung an Schulen!**

1903
1904 Alle neutralen Studien zum Einsatz digitaler Unterrichtsmedien in Vergleich mit kon-
1905 ventionellem Unterricht ergeben entweder, dass der digitale Unterricht keinen Vor-
1906 teil bringt oder weisen sogar nach, dass die Ergebnisse im digitalen Unterricht
1907 schlechter sind. Wir vertrauen in diesem Zusammenhang auf die Erkenntnisse des
1908 Hirnforschers Manfred Spitzer. Allein durch den Umgang mit Smartphone und Tablet
1909 erwirbt niemand die Kompetenzen, die dafür notwendig sind, solche Geräte zu kon-
1910 struieren – im Gegenteil. Der Einsatz digitaler Medien beeinträchtigt die Konzentra-
1911 tion, die Merkfähigkeit und die sprachliche Artikulationsfähigkeit.

1912
1913 Hinzu kommt, dass, wie jetzt erste Vorstöße aus dem Bildungsministerium zeigen,
1914 man auch deshalb so viel Wert auf die Ausstattung der Klassen mit digitalen Tafeln
1915 gelegt hat, weil diese Tafeln die Möglichkeit bieten, menschliche Lehrer durch
1916 Künstliche Intelligenz zu ersetzen. Diesen Fehlentwicklungen gilt es mit Entschie-
1917 denheit entgegenzutreten. Wir werden dafür Sorge tragen, dass digitale Medien im
1918 Unterricht nicht schon an der Grundschule, sondern erst an weiterführenden Schu-
1919 len und dort nicht flächendeckend, sondern nur selektiv eingesetzt werden. Außer-
1920 dem werden wir entsprechend den Empfehlungen der Leopoldina die Nutzung von
1921 Smartphones bis einschließlich Klasse 10 untersagen. Das Buch, das Hausaufga-
1922 benheft und die Schultafel müssen die Hauptmedien des Unterrichts bleiben.

1923
1924 **13. Schulfach Informatik als Pflichtfach!**

1925
1926 Wir bereiten unsere Kinder nicht dadurch auf die Zukunft vor, dass wir ihnen digitale
1927 Endgeräte in die Hand drücken, sondern dadurch, dass wir ihnen beibringen, wie
1928 diese Geräte funktionieren. Deshalb werden wir, statt massenweise Tablets und
1929 Whiteboards an den Schulen zu verteilen, Informatik ab Klasse 8 zum Pflichtfach
1930 machen. Der Unterricht soll dabei nicht nur in den theoretischen Grundlagen und
1931 im praktischen Programmieren bestehen, sondern auch im Einüben der Anwendung
1932 von im Berufsleben unentbehrlicher Standardsoftware (Word, Excel etc.).

1933
1934 **14. Russisch-Unterricht erhalten!**

1935
1936 Russisch ist eine Welt- und Wissenschaftssprache, die von über 250 Millionen Men-
1937 schen gesprochen wird, davon 150 Millionen Muttersprachler. Sie erschließt Kultur-
1938 leistungen von höchstem Rang und eröffnet wertvolle Kommunikationsmöglichkei-
1939 ten. Deutschland und insbesondere Sachsen-Anhalt haben sowohl in ökonomi-
1940 scher als auch in kultureller Hinsicht ein großes Interesse an guten Beziehungen zu
1941 Russland. Die aktuelle russlandfeindliche Politik der Altparteien wiederum liegt
1942 nicht in deutschem Interesse. Sie spaltet Europa in fremdem Interesse. Um dagegen

1943 ein Zeichen zu setzen und Grundlagen für eine bessere Zukunft zu legen, werden wir
1944 alles daransetzen, den Russisch-Unterricht in Sachsen-Anhalt zu erhalten und,
1945 wenn möglich, auszubauen. Dazu sollen unter anderem akademisch gebildete rus-
1946 sische Muttersprachler gezielt angesprochen und als Seiteneinsteiger gewonnen
1947 werden.
1948

1949 **15. Schüleraustausch mit Russland wiederbeleben!**

1950
1951 Die Kultusministerkonferenz hat am 10./11.2.22 die Aussetzung der Zusammenar-
1952 beit mit Russland beschlossen. Sachsen-Anhalt ist dem gefolgt und hat seitdem
1953 alle Beziehungen auf Schulebene und damit insbesondere alle Schüleraustausch-
1954 programme auf Eis gelegt. Wir werden den Schüleraustausch mit Russland wieder-
1955 beleben, alle auf Eis gelegten Programme neu aufnehmen und neue Programme
1956 entwickeln, und dies vor allem aus zwei Gründen. Erstens lernt man eine schwere
1957 Fremdsprache wie Russisch nur dann kommunikationstauglich, wenn man mit Mut-
1958 tersprachlern Kontakt hat. Zweitens ist der persönliche Kontakt mit Russen das
1959 beste Mittel gegen die aktuell betriebene Hetze und das Schüren von Konflikten.
1960

1961 **16. Mehr Sportunterricht!**

1962
1963 Sport bietet einen Ausgleich zur schulischen Kopfarbeit und vermittelt die Erfah-
1964 rung, sich selbst überwinden und leistungs- und wettkampforientiert an Herausfor-
1965 derungen wachsen zu können. Bewegung und der Gewinn an Koordination, Aus-
1966 dauer und Kraft vitalisieren die Gesamtpersönlichkeit und wirken Aufmerksamkeits-
1967 defiziten sowie der durch Reizüberflutung bedingten Nervosität entgegen. Nir-
1968 gendwo erprobt ein Kind seine natürliche Körperlichkeit so intensiv wie in den viel-
1969 fältigen Disziplinen des Sports. Mannschaftssport bildet zudem das Miteinander
1970 und Zusammenspiel aus und stärkt das Gemeinschaftsempfinden. Deshalb wer-
1971 den wir den Sportunterricht auf ganzer Linie fördern! Wir werden sicherstellen, dass
1972 in jeder Jahrgangsstufe in jeder Schulform pro Woche mindestens vier Stunden
1973 Sportunterricht stattfinden.
1974

1975 **17. Jedes Kind muss Schwimmen lernen!**

1976
1977 Seit Jahren steigt die Zahl der tödlichen Badeunfälle, was mit einer steigenden
1978 Nichtschwimmerquote zusammenhängt. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. In
1979 jeder Jahrgangsstufe in jeder Schulform muss Schwimmen ein fester Bestandteil
1980 des Sportunterrichts sein. Wir wollen bereits in der Grundschule die Kinder spiele-
1981 risch mit dem „Seepferdchen“ an das Schwimmen heranzuführen. Im späteren Sport-
1982 unterricht der allgemeinbildenden Schulen soll das Schwimmbzeichen in die

1983 Sportbenotung ebenso einfließen wie die Rettungsschwimmerstufen der DLRG ab
1984 der 11. Klasse.
1985

1986 **18. Bundesjugendspiele konsequent als Wettkampf durchführen!**

1987
1988 Die Bundesjugendspiele werden in den Jahrgangsstufen der Grundschule seit dem
1989 Schuljahr 2023/24 nicht mehr als Wettkampf und ohne Noten durchgeführt.
1990 Dadurch werden die Kinder dem Leistungsgedanken entfremdet. Wettkampf und
1991 Benotung schadet jedoch nicht, im Gegenteil. Gerade so entwickeln die Kinder
1992 Freude an Leistung. Wir werden uns deshalb gegenüber dem für die Gestaltung der
1993 Bundesjugendspiele verantwortlichen Kuratorium dafür einsetzen, die Bundesju-
1994 gendspiele in den Klassen 1 bis 4 zukünftig wieder nach den vor dem Schuljahr
1995 2023/2024 geltenden Regeln und insbesondere auch als Wettkampf durchzuführen.
1996

1997 **19. Flexibilisierung der Klassengrößen!**

1998
1999 Es ist aktuell schon üblich, dass Schulleiter Klassen zusammenlegen, um Unter-
2000 richtsausfall zu vermeiden. Diese Praxis aber hat als Erfindung der Not keine gesetz-
2001 liche Grundlage. Wir werden deshalb eine Regelung schaffen, wonach bei einer Un-
2002 terrichtsversorgung von weniger als 90 Prozent die Klassenobergrenzen durch Ent-
2003 scheidung des Schulleiters aufgehoben werden können, um bei Ausfall von Lehrern
2004 notbehelfsmäßig die Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Dies gilt aber nur über-
2005 gangsweise. Sobald eine Unterrichtsversorgung von über 95 Prozent dauerhaft ge-
2006 währleistet ist, greifen wieder die regulären Obergrenzen. Unterricht in großen Klas-
2007 sen ist nicht optimal, aber er ist besser als gar kein Unterricht!
2008

2009 **20. Pensionierte Lehrer einstellen!**

2010
2011 Unser Schulsystem krankt an Lehrermangel. Während sich nach wie vor zu wenige
2012 Abiturienten für ein Lehramtsstudium entscheiden, verfügen pensionierte Lehrer
2013 über einen immensen Erfahrungsschatz im Unterricht ihrer Fächer und über hohe
2014 Erziehungskompetenz. Zudem würden junge Lehrer von gestandenen älteren Men-
2015 toren profitieren, die aus einem reichen und praktisch erprobten Fundus schöpfen.
2016 Fühlen pensionierte Lehrer sich belastbar und fit genug, sollte ihnen die Möglichkeit
2017 gewährt werden, in Ganz- oder Teilzeit weiterhin an Schulen zu arbeiten. Wir wollen
2018 alle innerhalb der letzten fünf Jahre pensionierten Lehrer und alle Lehrer, die inner-
2019 halb der nächsten zwei Jahre pensioniert werden, kontaktieren und ihnen anbieten,
2020 auf freiwilliger Basis entweder wieder in den Schuldienst einzusteigen oder später
2021 in Pension zu gehen.
2022

2023 **21. Lehrerberuf attraktiver machen – Lehrer gezielt anwerben!**

2024

2025 Die tiefere Ursache des Lehrermangels liegt darin, dass der Lehrerberuf in den letzten Jahrzehnten stark an Attraktivität verloren hat. Die sozialpolitische Überforderung der Institution Schule schlägt sich in einer massiven Mehrbelastung der Lehrer nieder, die dann als die neuen Buhmänner der Nation für das Scheitern der Bildungspolitik verantwortlich gemacht werden. Dem wird die AfD zielgerichtet entgegenwirken. Abgesehen von der Entlastung der Schule von sozialpolitischen Aufgaben, der Beendigung der Inklusion und der Bildung von Sonderklassen für Flüchtlingskinder werden wir den Schulbetrieb entbürokratisieren, so dass die Lehrer sich wieder ausschließlich ihrer eigentlichen Aufgabe, dem Unterricht, widmen können. Wir gehen davon aus, dass bei einer Regierungsübernahme durch die AfD unsere Schulen dank dieser Maßnahmen für Lehrer wieder so attraktiv werden, dass viele engagierte Lehrer aus dem ganzen Bundesgebiet nach Sachsen-Anhalt kommen wollen, um hier an unserem großen bildungspolitischen Aufbruch mitzuwirken. Wir werden diesen Andrang unsererseits durch eine gezielte Anwerbekampagne im gesamten Bundesgebiet kanalisieren. Der größte Anreiz wird dabei nicht das Geld sein, sondern im Bundesgebiet einzigartige Rahmenbedingungen.

2041

2042 **22. Eine pädagogische Hochschule gründen!**

2043

2044 Grundschul- und Sekundarschullehrer sollten nicht an einer Universität ausgebildet werden. Das Studium der Schulfächer als akademischer Fächer wird den spezifischen pädagogischen Anforderungen, denen Lehrer an diesen Schulformen ausgesetzt sind, nicht voll gerecht. Hier empfiehlt sich, wie auch in anderen Bundesländern üblich, die Lehrerausbildung an einer pädagogischen Hochschule durchzuführen. Wir werden deshalb eine pädagogische Hochschule gründen und dort die Ausbildung aller Grundschul- und Sekundarschullehrer bündeln.

2051

2052 **23. Schulen erhalten!**

2053

2054 Wenn die Vorgaben der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung so beibehalten werden, wie die CDU plant, und die Bevölkerungsentwicklung so verläuft, wie in der aktuellen Prognose vorhergesagt, werden in einigen Kreisen in den nächsten zehn Jahren bis zur Hälfte der Grundschulen bestandsgefährdet sein. Wir werden deshalb die Verordnung zur Schulentwicklungsplanung überarbeiten und die Mindestschülerzahlen absenken. Der Bestand einer Grundschule soll nicht bis 60, sondern bis 40 Schülern gesichert sein. Der Schulverbund muss flexibler werden: Bis zu drei Schulen bei einer Gesamtschülerzahl von mindestens 100 ohne weitere Vorgaben. Es stimmt nicht, dass an kleinen Schulen kein guter Unterricht möglich sein soll, im Gegenteil. In Kleingruppen lernt es sich besser. Auch jahrgangsübergreifender

2063

2064 Unterricht darf kein Tabu sein, wenn wir kleine Schulen erhalten und dem Absterben
2065 des ländlichen Raums entgegenwirken wollen.
2066

2067 **24. Bildungspflicht statt Schulzwang!**

2068
2069 In allen Fragen zu Bildung und Erziehung der Kinder müssen die Eltern das letzte
2070 Wort haben. Wir wenden uns entschieden gegen alle Versuche des Staates, sich in
2071 die Erziehung der Kinder einzumischen. Da die Schulen immer weniger Bildung ver-
2072 mitteln und immer stärker versuchen, die Kinder politisch zu erziehen oder ihnen
2073 fragwürdige Lebensansichten zu vermitteln, verstehen wir Eltern, die ihre Kinder
2074 selbst unterrichten wollen.

2075
2076 Wir werden deshalb in Anlehnung an das österreichische Modell eine Wahlfreiheit
2077 zwischen Schul- und Hausunterricht schaffen. Bedingung ist allerdings, dass der
2078 Hausunterricht die gleichen Qualitätsstandards erfüllt wie der Schulunterricht. Alle
2079 Kinder, die zuhause unterrichtet werden, müssen zur Kontrolle des Lernfortschritts
2080 halbjährlich zentrale Prüfungen ablegen. Bleibt ein Kind zurück, muss es wieder an
2081 die Schule. Das Recht auf Hausunterricht ist als Elternrecht zu begreifen, die Bil-
2082 dung der Kinder als Pflicht und der Schulbesuch als Angebot, das der Staat vorhal-
2083 ten muss, das die Eltern jedoch nicht zwangsläufig annehmen müssen.
2084

2085 **25. Keine Pseudodemokratie an Schulen!**

2086
2087 Die Demokratie ist die mit Abstand beste Staatsform, die sich im Laufe der mensch-
2088 lichen Geschichte entwickelt hat. Sie sichert, wenn sie funktioniert, staatlichen Ent-
2089 scheidungen theoretische Legitimität und praktische Akzeptanz. Das Kernprinzip
2090 der Mehrheitsentscheidung ist der beste Schiedsrichter für gesellschaftliche Kon-
2091 flikte aller Art. Dies betrifft in erster Linie die Gremien politischer Vertretung vom
2092 Gemeinderat bis zum Bundestag und die Organisation von Vereinen.

2093
2094 Es gibt jedoch Gesellschaftsbereiche, die an sich unpolitisch sind und bei denen die
2095 Anwendung des Demokratieprinzips nicht sachgerecht wäre. Wir widersprechen
2096 ausdrücklich den 68ern, die meinten, alles sei politisch und deshalb die Politisie-
2097 rung aller Lebensbereiche gefordert haben. Neben dem Militär oder den Wirt-
2098 schaftsunternehmen ist die Schule ein weiterer Bereich, wo das demokratische
2099 Prinzip fehl am Platz wäre. Über Lehrpläne, Benotungen oder die besten Lehrbücher
2100 lässt sich nicht abstimmen, erst recht nicht unter Schülern. Hier müssen im Minis-
2101 terium Sachverständige im Austausch untereinander Entscheidungen treffen.

2102
2103 Werden solche Entscheidungen den schulischen Vertretungsgremien überantwor-
2104 tet, ist das Ergebnis eine bildungspolitische Zersplitterung, eine Fülle nicht sachge-
2105 rechter Entscheidungen und so ein Verfall des gesamten Bildungssystems, wie wir

es ja aktuell erleben. Wir werden deshalb die Kompetenzen der Gesamtkonferenz auf nicht-pädagogische Bereiche beschränken. Um auf Fehlverhalten von Lehrern und Schulleitern angemessen reagieren zu können, werden wir erweiterte Appellationsrechte für Eltern und Schülern schaffen und am Bildungsministerium eine Beschwerdestelle mit erhöhter Sichtbarkeit einrichten.

26. Landeseinheitliche Lehrmaterialien!

Aktuell entscheidet die sogenannte Gesamtkonferenz einer Schule darüber, welche Lehrbücher an der Schule verwendet werden. Das Ergebnis ist, dass an Schulen der gleichen Schulform in der gleichen Jahrgangsstufe in Sachsen-Anhalt unterschiedliche Lehrbücher verwendet werden. Jeder Schulwechsel, sei es durch Umzug oder aus anderen Gründen, ist dadurch für die Kinder mit hohen Belastungen verbunden. Dem steht kein erkennbarer Nutzen gegenüber. Nichts spricht dagegen, landesweit pro Schulform und Jahrgangsstufe die gleichen durch das Bildungsministerium festgelegten Lehrmaterialien zu verwenden. Eine solche Vereinheitlichung brächte aber viele Vorteile. Abgesehen von einem verbilligten Preis pro Buch durch die Großbestellung und abgesehen von einer Erleichterung des Schulwechsels ergäbe sich so auch eine bessere landesweite Vergleichbarkeit der Leistungen der Schüler an den einzelnen Schulen.

27. Kostenlose Bücher für jedes Kind!

Die staatliche Pflicht zur Bereitstellung von Bildungsangeboten umfasst nach unserem Verständnis nicht nur, dass die Erteilung des Unterrichts kostenlos ist. Auch die dabei verwendeten Bücher müssen leihweise gestellt werden, ohne dass dafür Kosten anfallen. Wenn Schüler die Lehrbücher käuflich erwerben wollen, soll ihnen dazu ein Angebot unterbreitet werden, dies muss jedoch freiwillig bleiben.

28. Sonderklassen für Flüchtlingskinder!

Kinder gehören in die Schule! Auch Flüchtlingskinder, die ihre Heimat verlassen mussten, sollten nicht gezwungen sein, die Zeit ihres Aufenthalts in Deutschland ohne Schulbildung vergeuden zu müssen. Deshalb ist die AfD aus Gründen der Humanität dafür, Kindern von - vorerst - nicht ausreisepflichtigen Flüchtlingen Schulunterricht zu erteilen. Dies sollte allerdings in Sonderklassen erfolgen. Erstens soll den Flüchtlingskindern so die Botschaft vermittelt werden, dass Ihr Aufenthalt in Deutschland nur ein vorübergehender ist, solange die Flucht- und Verfolgungsgründe bestehen. Zweitens sollen den Flüchtlingskindern Lehrinhalte ihrer heimischen Schulen vermittelt werden, um ihnen den Wiedereinstieg ins heimische Schulsystem zu erleichtern. Drittens gilt es, unsere Kinder von den vielfältigen

Belastungen freizuhalten, die sich beim gemeinsamen Unterricht mit Kindern aus völlig fremden Kulturen ergeben. Die Lehrkräfte für diese Klassen sind deshalb, wenn möglich, auch aus dem Kreis der Flüchtlinge zu rekrutieren.

Wir haben diese Forderung erstmals 2017 bezogen auf die Flüchtlingskinder aus Syrien erhoben haben und wurden dafür von den Altparteien förmlich verteufelt. Als dann die Flüchtlingswelle aus der Ukraine über uns hereinbrach, hat das CDU-geführte Bildungsministerium selbst sogenannte Willkommensklassen eingerichtet, die in einigen Punkten unserem Konzept der Sonderklassen entsprachen. Anders als unsere Sonderklassen sollten die Willkommensklassen aber nur als Übergang in die Regelklassen fungieren und sind mittlerweile auch wieder abgeschafft worden. Wir werden alle Kinder von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Sonderklassen unterrichten lassen.

29. Keinen bekenntnisgebundenen Islamunterricht an Schulen!

In Sachsen-Anhalt leben nur wenige Muslime. Schätzungen gehen aktuell von einem Bevölkerungsanteil von zwei bis drei Prozent Muslimen aus. Islamunterricht ließe sich somit schon allein organisatorisch kaum mit einem vertretbaren Aufwand einrichten. Abgesehen davon ist Sachsen-Anhalt christlich geprägt. Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Schüler islamischen Glaubens können, wenn sie religiöse Unterweisung wünschen, Bildungsangebote von Moscheevereinen nutzen.

30. Wachdienst an Schulen!

Die Gewalt an Schulen, die vor allem, aber nicht nur von Schülern mit Migrationshintergrund ausgeht, hat mittlerweile ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Insbesondere in Halle sind Angriffe, Körperverletzungen, Erpressungen, Nötigungen und andere Delikte unter Schülern an der Tagesordnung. Die Lehrer sind damit überfordert, und die Polizei ist auf dem Schulhof nur im Ausnahmefall zuständig. Deshalb braucht es einen dem Schulleiter unterstehenden privaten Wachdienst, der auf dem Schulhof für Recht und Ordnung sorgt und potenzielle Gewalttäter in ihre Schranken weist. Wir werden bei Bedarf einen solchen Wachdienst einrichten. Gerade an Schulen wirkt sich die psychische Belastung durch Gewalt besonders schädlich aus, weil sie die Schüler am konzentrierten Lernen hindert. Hinzu kommen möglicherweise irreparable Schäden in einer entwicklungspsychologisch sensiblen Phase. Dem darf nicht länger achselzuckend begegnet werden.

31. Gewalttäter empfindlich bestrafen!

Der Wachdienst an Schulen soll Gewalt verhindern, bevor sie in Erscheinung tritt. Sind aber Schüler bereits gewalttätig geworden, müssen alle Möglichkeiten, die das Recht bietet, ausgereizt werden, um die Gewalttäter mit maximaler Härte zu bestrafen. Wir wollen durch Vernetzung von Schulen und Staatsanwaltschaften erreichen, dass jede Straftat aller strafmündigen Schüler vor Gericht kommt. Für die noch nicht strafmündigen Schüler werden wir die Verordnung über schulische Ordnungsmaßnahmen vom 6. Februar 2012 und den Erlass über Erziehungsmitteln in der Schule vom 26.5.1994 dergestalt überarbeiten, dass Gewalttäter schneller der Schule verwiesen und im Wiederholungsfall oder in besonderen schweren Fällen an eine Spe- zialschule für Gewalttäter überwiesen werden können. Außerdem werden wir die Verpflichtung zu pädagogisch wertvoller Arbeit in die Liste der Erziehungsmittel auf- nehmen.

V. Wissenschaft

Die deutsche Wissenschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Unsere Naturwissenschaften bringen keine Erfindungen von Weltgeltung mehr hervor, unsere Geisteswissenschaften haben ihre führende Rolle von einst verloren. Immer neue Exzellenzinitiativen täuschen nur darüber hinweg, dass wahre Exzellenz kaum mehr vorhanden ist.

Der Niedergang begann mit der 68er-Revolte. Erlebte die deutsche Wissenschaft in der Zeit zwischen Kriegsende und der Mitte der 1960er Jahre noch eine kurze letzte Blüte, so brachten die 68er eine der Wissenschaft fremde und für die Wissenschaft schädliche Politisierung an die Universität und blähten die Bürokratie durch ein pseudodemokratisches Gremienwesen auf. Später kam dann das Quotenunwesen dazu, das die Botschaft vermittelte, Geschlecht sei wichtiger für den Erfolg als akademische Leistung. Der sogenannte Bologna-Prozess, also die Ersetzung der deutschen Studienabschlüsse Magister und Diplom durch ein aus dem angelsächsischen Raum kommendes, völlig verschultes BA/MA-System haben der deutschen Universität vollends den Garaus gemacht und uns das geraubt, was uns seit jeher auszeichnete: eine einzigartige Verbindung aus akademischer Freiheit und zugleich Gründlichkeit. An ihre Stelle sind Zwang und Oberflächlichkeit getreten.

So hat die deutsche Wissenschaft ihre Authentizität und damit das Geheimnis jeden geistigen Erfolgs verloren. Statt deutscher Eigenart bietet sie einen Abklatsch des angelsächsischen Systems, wie es in aller Welt zu finden, aber nur in Großbritannien und den USA authentisch ist. Eine ausufernde und immer strenger auftretende politische Korrektheit erstickt die letzten Reste geistiger Freiheit. Das Ergebnis ist verheerend: Die Naturwissenschaften sind auf mittelmäßiges Niveau herabgesunken. Wie die Klima- und die Corona-Politik gezeigt haben, ist auch die Naturwissenschaft nicht mehr in der Lage, ideologiefreies Wissen zu erzeugen. Die Geisteswissenschaften wiederum stecken bis zum Hals in einem Sumpf aus Genderismus, Postkolonialismus und sonstiger poststrukturalistischer Phrasendrescherei.

Die AfD wird diesen Zustand in Sachsen-Anhalt beenden und die deutsche Wissenschaft durch grundlegende Reformen wieder zu sich selbst befreien. Wir werden die Politik aus der Wissenschaft verbannen, alle wissenschaftsfremden Quoten und Diskriminierungen abschaffen, echte akademische Freiheit wiederherstellen, die deutschen Studiengänge und Studienabschlüsse wieder einführen und den unwissenschaftlichen Genderismus zurückdrängen. So werden wir in Sachsen-Anhalt die deutsche Wissenschaft zu ihrer alten Größe zurückführen.

1. Gleichberechtigung statt Gleichstellung!

Die AfD bekennt sich zur Gleichberechtigung der Geschlechter. Die aktuell an den Universitäten gepflegte Gleichstellungspolitik aber ist das genaue Gegenteil von Gleichberechtigung, denn sie arbeitet mit der systematischen Privilegierung von Frauen und diskriminiert gezielt Männer. Männer werden entmutigt, eine akademische Karriere zu verfolgen. Nicht mehr allein die Leistung, sondern vor allem das Geschlecht entscheidet über den beruflichen Erfolg. Das Niveau der akademischen Leistung sinkt, die Wissenschaft nimmt Schaden. Wir werden gegen diesen Trend darauf hinwirken, dass bei der Vergabe von Stipendien, bei der Besetzung von Universitätsstellen und Lehrstühlen einzig und allein die fachliche Qualifikation den Ausschlag geben soll. Alle staatlichen Programme zur Förderung speziell von Frauen werden wir einstellen, alle Frauenquoten außer Kraft setzen. Das Ziel der Gleichstellung ist aus dem Hochschulgesetz zu streichen und durch Gleichberechtigung zu ersetzen. Ebenso ist die Funktion der Gleichstellungsbeauftragten aus dem Hochschulgesetz zu streichen.

2. Bologna-Prozess rückabwickeln!

Der sogenannte Bologna-Prozess, also die Einführung von BA/MA-Studienabschlüssen nach angelsächsischem Modell und die Europaweite Angleichung der Universitätssysteme, bleibt ein wissenschaftspolitischer Irrsinn. Die deutsche Universität hat alles aufgegeben, was ihre Stärke ausgemacht hat. Die Universitäten müssen, gerade um international attraktiv zu sein, original und authentisch sein. Studenten aus aller Welt kommen nur dann nach Deutschland, wenn es hier etwas zu lernen und zu erfahren gibt, was es sonst nirgendwo gibt.

Deshalb werden wir den Bologna-Prozess rückabwickeln. Da die meisten Bologna-Vorgaben EU-rechtlich nicht verbindlich sind, ist dies auch möglich. Wir werden zuerst in Sachsen-Anhalt auf das bewährte System umstellen und dann im Rahmen einer Bundesratsinitiative anstreben, dass ganz Deutschland aus dem sogenannten Bologna-Prozess aussteigt. So hat dann die deutsche Wissenschaft wieder die Freiheit, sie selbst zu sein, was Voraussetzung dafür ist, wieder Spitzenleistungen hervorzubringen.

3. Eliten bilden - Landesstipendium auflegen!

Viel zu viele auch gute und sehr gute Studenten müssen neben ihrem Studium arbeiten, weil das herrschende Bafög-System versagt hat. Nach Gießkannenprinzip, völlig unabhängig von der Studienleistung und dafür abhängig von sachfremden Voraussetzungen wie dem Elterneinkommen, wird Steuergeld falsch eingesetzt. Wir

werden deshalb alternativ zu dem Bafög-System eine Landesförderung aufbauen, die Stipendien für Promotion und Studium vergibt. Die Stipendien werden nach einem Auswahlverfahren, das einzig und allein auf die fachliche Leistung abstellt, elternunabhängig gewährt und setzen ständige Leistungsnachweise voraus.

4. Aufnahmeprüfungen statt Numerus clausus!

Im Rahmen des Numerus clausus – Systems entscheidet die Abiturnote darüber, wer einen gewünschten Studienplatz erhält oder wie lange er warten muss, bis er das gewählte Studium antreten kann. Dies ist nicht sachgerecht. Die reine Abiturnote sagt nichts über die Eignung für ein bestimmtes Studienfach. Wir werden deshalb im Rahmen der Landesgesetzgebung dafür sorgen, dass die Universitäten und Hochschulen bei Überbelegung Aufnahmeprüfungen durchführen, in denen die spezifischen Voraussetzungen für das Studium festgestellt werden. Das bestandene Abitur qualifiziert nur zur Teilnahme an der Aufnahmeprüfung. So wird sichergestellt, dass von allen Bewerbern diejenigen ein bestimmtes Fach studieren, die dafür am besten geeignet sind. Dadurch heben wir in allen Studienfächern das Leistungsniveau.

5. Prekäre Arbeitsverhältnisse an der Universität beenden!

Die Bezahlung der meisten Stellen an Hochschulen und Universitäten ist zu niedrig. Gerade in der Qualifikationsphase leben Wissenschaftler teilweise auf Sozialhilfeniveau. Die Folge ist, dass die besten Köpfe die Universität und Hochschule verlassen. Abgesehen von einigen Wissenschaftsidealisten streben vor allem die eher Mittelmäßigen, die in der Wirtschaft keine Perspektive finden, eine wissenschaftliche Laufbahn an. Deren Leistungsniveau rechtfertigt wiederum keine höhere Bezahlung – ein Teufelskreis. Wir werden diesen Teufelskreis beenden, indem wir einerseits höhere fachliche Anforderungen an Wissenschaftler stellen, andererseits Wissenschaftler aber auch besser bezahlen. Die Besten sollen an der Universität bleiben, dort Wissenschaft auf höchstem Niveau betreiben und entsprechend honoriert werden. Außerdem müssen als weiterer Anreiz die befristeten Beschäftigungsverhältnisse zurückgedrängt werden. Wissenschaftler brauchen Planungssicherheit und innere Ruhe, um mit Tiefgang forschen zu können.

6. Die Universität ist keine Räterepublik!

Die 68er haben gegen die damalige Universität, deren Geschicke von der Professorenschaft gelenkt wurden, die Idee der Gruppenuniversität ins Spiel gebracht, wonach alle Gruppen vom Mittelbau über die Studenten bis hin zu den Reinigungskräften mitbestimmen sollen. Diese Idee ist grundfalsch und dem Wesen der

universitären Bildung nicht angemessen. Die Universität vermittelt Erkenntnis und Bildung und damit etwas, was nicht demokratisch verhandelt werden kann, und wo der am meisten zu sagen hat, der über die größte Erfahrung verfügt: die Professoren. Der Niedergang unseres Bildungswesens geht auch darauf zurück, dass die schädliche Idee der Gruppenuniversität sich über die Jahre mehr und mehr durchgesetzt hat. Die vielen Gremien belasten Lehre und Forschung mit unsinniger Bürokratie und falschen, weil wissenschaftsfernen Entscheidungen. Wir werden deshalb eine Universitätsreform durchsetzen, die all diese Fehlentwicklungen beseitigt und insbesondere den Einfluss der Studentenräte zurückdrängt. Der Einfluss dieser Gremien beruht darauf, dass eine kleine Schicht von hyperaktiven und zumeist linksextremen Studenten sich anmaßt, für alle Studenten zu sprechen. Diesem Treiben werden wir ein Ende bereiten!

7. Gender-Studien abschaffen!

Genderstudien beanspruchen zwar, Wissenschaft zu sein und damit in den Genuss staatlicher Wissenschaftsförderung zu kommen, dieser Anspruch hält jedoch einer objektiven Prüfung nicht stand. Recht besehen sind die Genderstudien größtenteils eine politische Ideologie, deren Kerndogma darin besteht, dass Geschlechtsidentitäten ein Zwangssystem darstellen, das aufgehoben werden muss. Die Genderstudien liefern dazu Begründungen und Strategien. Während eine wissenschaftliche, etwa historische oder soziologische Beschreibung und Analyse des Verhältnisses der Geschlechterrollen selbstverständlich ihren Platz an der Universität hat, sind die Genderstudien, wie sie auf Judith Butler zurückgehen, ein politisches Programm und keine Wissenschaft. Dergleichen muss der Staat nicht finanzieren. Wir werden deshalb bei den Verhandlungen über die Zielvereinbarungen mit den Universitäten und Hochschulen unseren Einfluss als Landesregierung nutzen, um darauf hinzuwirken, dass die Geisteswissenschaften wieder einem wissenschaftlichen Anspruch genügen.

8. Postkolonialismus ist keine Wissenschaft!

Ähnlich wie die Genderstudien verfolgt auch der sogenannte Postkolonialismus ein destruktives Anliegen. Der Postkolonialismus behauptet, die Philosophie, die Literatur und überhaupt das gesamte Europäische kulturelle Erbe sei von einer kolonialen Logik infiziert und müsse deshalb erledigt werden. Von Kant bis Shakespeare gelten alle Geistesgrößen Europas als schuldig an der angeblichen Unterdrückung der Kolonialländer. Ihre Werke dürfen deshalb nur noch postkolonialistisch kritisiert, aber nicht mehr bejahend erschlossen und auch ihre Wahrheit befragt werden. Dadurch verarmt das geisteswissenschaftliche Studium, das größtenteils nur noch in der Einübung eines gewissen Jargons besteht. Es handelt sich beim Postkolonialismus somit letztlich um nichts anderes als ein Programm zur Zerstörung der

Europäischen Identität. Postkolonialismus ist keine Wissenschaft, sondern die politisch motivierte Vernichtung der Wissenschaft. Wir werden prüfen, wie wir als Landesregierung diese schädlichen Tendenzen unter Wahrung der Wissenschaftsfreiheit zurückdrängen können. Auch hier gilt: Eine vernünftige und gerechte, auch die ehemalige Perspektive der Kolonialländern einnehmende Kolonialgeschichte hat an unseren Universitäten selbstverständlich ihre Berechtigung.

9. Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft einrichten!

Der Geburtenrückgang wird von den Altparteien systematisch als „demographischer Wandel“ verharmlost. Dabei handelt es sich ohne Beschönigung formuliert um das Absterben unseres Volkes. Dieser Vorgang, mit dem sich die Altparteien achselzuckend abgefunden haben und den sie allenfalls durch Ersetzungsmigration kompensieren wollen, ist noch kaum erforscht. Um dem Geburtenrückgang effektiv gegensteuern zu können, müssen wir mehr darüber wissen. Weshalb bekommen die Deutschen immer weniger Kinder? Weshalb sinkt die Geburtenrate generell bei steigendem Wohlstand? Wodurch zeichnen sich Personen aus, die kinderreiche Familien gründen? Wie kann der Staat hier helfend und steuernd eingreifen? Solche Fragen sollen an einem Lehrstuhl erforscht werden, auf dessen Einrichtung an der Universität Halle wir hinwirken werden.

10. Institut für kritische Islamforschung aufbauen!

Die einst auf hohem wissenschaftlichem Niveau arbeitende kritische deutsche Islamforschung, wie sie beispielsweise durch Tilman Nagel als einen ihrer letzten Vertreter repräsentiert wird, ist im Zeichen politischer Korrektheit von der Universität vertrieben worden. Stattdessen wurde eine unkritische, dem Leitkonzept der multikulturellen Gesellschaft verpflichtete, soziologisch statt philologisch arbeitende Islamwissenschaft installiert, die der Politik der Altparteien auf Knopfdruck Bestätigungen und Gefälligkeitsgutachten liefert. Angesichts der Präsenz von Millionen Muslimen in Deutschland bedarf es einer objektiven und kritischen Islamforschung, die islamische Gemeinschaft wahrheitsgemäß beurteilt und damit der Politik echte Orientierung bietet. Wir werden deshalb vorangehen und maßgeblich für ganz Deutschland ein Landesinstitut für kritische Islamforschung als außeruniversitäres Institut aufbauen.

11. Schluss mit dem Drittmittelzirkus!

Unter dem Vorwand, so angeblich die Qualität zu steigern, wurde die Finanzierung der Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten zunehmend auf sogenannte Drittmittel umgestellt. Um an Universität und Hochschule zu überleben und sich im

Wissenschaftsbetrieb zu halten, müssen Wissenschaftler Fördermittel von Stiftungen und anderen außeruniversitären Förderinstitutionen einwerben. Diese Institutionen wie etwa die DFG, diverse Industriestiftungen oder die politischen Stiftungen wiederum stellen an jede Projektförderung politische Anforderungen. Was nicht dem politischen Mainstream entspricht, wird nicht gefördert. Klimaforschung, die nicht das Dogma vom menschengemachten Klimawandel bestätigt; Migrationsforschung, die in der Masseneinwanderung mehr Nachteile als Vorteile sieht; Germanistik, die deutsche Identität pflegt, anstatt zu vernichten; Corona-Forschung, die zur Erkenntnis gelangt, dass dieses Virus relativ harmlos ist – all das und vieles andere wird durch systematische Verweigerung von Drittmitteln ausgetrocknet. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass die Wissenschaft unabhängig von Drittmitteln wieder über eine auskömmliche Grundfinanzierung verfügt. Nur so wird sichergestellt, dass die Wissenschaftsfreiheit sich ungehindert zum Wohle der Allgemeinheit entfalten kann.

12. Differenzierung in Hochschulen und Universitäten beibehalten!

Hochschulen bzw. Fachhochschulen und Universitäten haben unterschiedliche Rollen. Fachhochschulen zeichnen sich durch eine starke Praxisorientierung aus, Universitäten durch Theorie und Grundlagenforschung. Das Nebeneinander von Fachhochschulen und Universitäten ist eine Besonderheit des deutschen Wissenschaftsbetriebs und macht seine Stärke aus. Die Differenzierung in Hochschulen und Universitäten ist deshalb beizubehalten. Hochschulen kann das Promotionsrecht übertragen werden, allerdings ist Promotionen, die nicht im Rahmen einer Kooperation mit einer Universität stattfinden, im Dokortitel durch den Zusatz F.H. darauf hinzuweisen, dass die Promotion an einer Fachhochschule durchgeführt wurde.

VI. Innere Sicherheit

Die Gewährleistung innerer Sicherheit ist der Hauptzweck des Staates noch vor allen sozialen Aufgaben und Wünschbarkeiten. Der Staat existiert, um für Ordnung zu sorgen und den inneren Frieden zu sichern. Nur dann beansprucht er mit Recht das Gewaltmonopol. Ein Staat, der die Sicherheit seiner Bürger nicht mehr gewährleistet, wird im Grundsatz fragwürdig.

Die AfD legt deshalb höchsten Wert auf die Innere Sicherheit. Wir bekennen uns zu einem starken Staat, der für Recht und Ordnung sorgt und jedem Bürger Sicherheit bietet. Wir kritisieren, dass Sicherheit mehr und mehr zu seinem privaten Gut wird, das sich der eine leisten kann, der andere nicht. Dem werden wir uns mit aller Macht entgegenstellen.

Sicherheit ist die Grundvoraussetzung für alles: Bürgerliche Freiheit, ökonomische Entfaltungsmöglichkeiten, demokratische Beteiligung. Ohne Sicherheit ist alles nichts. Die Polizei muss deshalb wieder ihr Hauptaugenmerk auf die Bekämpfung echter Verbrechen legen. Die Verfolgung von Bürgern, die sich im Rahmen der Meinungsfreiheit äußern, hat zu unterbleiben. Generell wollen wir dafür sorgen, dass bei beschränkten Kapazitäten schwere Straftaten intensiver verfolgt werden.

Bedingt auch durch die Unterdrückung der Corona-Proteste wird die Polizei in weiten Teilen der Bevölkerung als Ausführungsorgan eines zunehmend repressiven Staates wahrgenommen. Das ist eine gefährliche Fehlentwicklung. Wenn es zur Entfremdung zwischen Bürgern und Polizei kommt, erodiert die Grundlage des gesamten Staates. Wir werden deshalb durch Respekt gegenüber der Polizei, aber auch durch die Neugewichtung ihrer Aufgaben dafür sorgen, dass sie von den Bürgern wieder als Freund und Helfer wahrgenommen wird.

1. Mehr Polizisten!

Mehr Polizisten bedeuten nicht per se mehr Sicherheit. Besser wäre es, wir bräuchten weniger Polizei, weil die Verhältnisse friedlicher wären. Da aber durch die Politik der Altparteien, auch und vor allem die verfehlte Einwanderungspolitik, die Kriminalität ansteigt, benötigen wir mehr Polizisten.

Wir werden deshalb die Landespolizei auf mindestens 7.500 Vollzugsbeamte aufstocken. Der volkswirtschaftliche Schaden, der insbesondere durch Einbruchskriminalität, Ladendiebstähle und organisierte Kriminalität verursacht wird, überwiegt die Personalkosten, die im Zuge der Aufstockung anfallen, bei weitem.

2520 **2. Für eine schnellere Polizei!**

2521

2522 Wenn Not am Mann ist und die Polizei gerufen wird, dauert es oft noch zu lange, bis
2523 die Streife eintrifft. Selbst bei erheblicher Gefahr dauert es in Sachsen-Anhalt im
2524 Schnitt 15 Minuten, bis die Polizei eintrifft. In dieser Zeit haben die Straftäter meist
2525 schon die Flucht angetreten. Die Polizei muss schneller am Tatort eintreffen. Dazu
2526 soll das Polizeifunk- und Informationssystem zur digitalen automatischen Bearbei-
2527 tung von Notfällen in den Streifenwagen erprobt werden, das bereits in Nordrhein-
2528 Westfalen eine schnellere Reaktionszeit auf Straftaten zur Folge hatte.

2529

2530 **3. Polizeivollzug von Verwaltungstätigkeiten entlasten!**

2531

2532 Polizeivollzugsbeamte sind keine Verwaltungsbeamte. Wer den Polizeiberuf ergreift,
2533 will für Sicherheit sorgen, Straftäter verfolgen, Ermittlungen vorantreiben. Leider se-
2534 hen sich Polizeivollzugsbeamte mehr und mehr mit typischen Verwaltungstätigkei-
2535 ten belastet. Die internen Abläufe und Aufgabenverteilungen sollten so gestaltet
2536 sein, dass Polizeivollzugsbeamte in den Dienststellen von Verwaltungstätigkeiten
2537 weitgehend entlastet werden. Dazu sollen wo auch immer möglich Verwaltungsmit-
2538 arbeiter die Polizeivollzugsbeamten von zeitaufwendigen Aufgaben wie beispiels-
2539 weise Datenrecherche oder -erfassung entlasten. Zudem können Tandem-Teams,
2540 bestehend aus einem Polizeivollzugsbeamten und einem Fachexperten, beispiels-
2541 weise für den Bereich Wirtschaftskriminalität, dabei helfen, die Arbeit der Polizei zu
2542 verbessern und zugleich Polizeibeamte für Vollzugsaufgaben freihalten.

2543

2544 **4. Kein Generalverdacht mehr bei Schusswaffengebrauch!**

2545

2546 Bislang wird nach jedem Schusswaffengebrauch eine interne disziplinarische Er-
2547 mittlung eingeleitet, und zwar auch dann, wenn keinerlei Verdachtsmomente für ei-
2548 nen Missbrauch vorliegen. Dies ist Ausdruck eines unangebrachten Generalver-
2549 dachts, der unsere Beamten ohne Not belastet und verunsichert. Wir werden des-
2550 halb durchsetzen, dass nach Schusswaffengebrauch nur noch bei konkreten Ver-
2551 dachtsmomenten auf Fehlverhalten interne Ermittlungen gegen Polizeivollzugsbe-
2552 amte eingeleitet werden. Wie im Strafrecht muss auch in solchen Fällen uneinge-
2553 schränkt die Unschuldsvermutung gelten.

2554

2555 **5. Taser einführen!**

2556

2557 In vielen Fällen der polizeilichen Praxis wäre der Einsatz der Dienstpistole unange-
2558 messen oder zumindest fragwürdig, mildere Mittel wie Pfefferspray oder Schlag-
2559 stock aber unzureichend. Oft wäre dann ein Distanz-Elektro-Impulsgerät, landläufig

auch „Elektroschocker“ oder „Taser“ genannt, das Mittel der Wahl. Als nicht potentiell tödliche Waffe setzt er den Gegner doch für kurze Zeit außer Kraft. Wir werden deshalb solche Geräte anschaffen und die Polizei daran ausbilden. Für eine optimale Einsatzgestaltung braucht die Polizei eine größere Variation an Eingriffsmöglichkeiten. Sachsen-Anhalt lehnt sich dabei an andere Bundesländer an.

6. Leistungsgerechtigkeit durchsetzen!

Oft werden Polizeibeamte mit höherwertigen Aufgaben betraut oder auf höherwertigen Dienstposten eingesetzt. Das ist auf Dauer ungerecht und demotivierend. Wir werden dafür Sorge tragen, dass in solchen Fällen spätestens nach 18 Monaten in Anlehnung an die damalige Regelung in § 46 Bundesbesoldungsgesetz (BbesG) eine Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes gezahlt wird.

7. Qualifikation statt Quote – auch bei der Polizei!

Mittlerweile erwarten die Altparteien im Sinne der Genderideologie auch von der Polizei, dass sie den Frauenanteil erhöht und langfristig Geschlechterparität auf allen Feldern und insbesondere in den Führungsebenen erreicht. Da sich deutlich weniger Frauen als Männer bewerben, kann dieses Ziel nur erreicht werden, wenn man die Qualifikationskriterien für Frauen herabsetzt. Das schadet dem Polizeidienst und benachteiligt die männlichen Mitbewerber. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass entsprechend dem Beamtengesetz die einzigen Kriterien für die Besetzung von Stellen Eignung, Leistung und Befähigung sind. Offene oder verdeckte Geschlechterquoten konterkarieren das Leistungsprinzip und sind abzulehnen.

8. Polizeidienst attraktiver gestalten!

Wir sind uns bewusst, dass der Polizeidienst in Sachsen-Anhalt attraktiver gestaltet werden muss, wenn wir das Ziel von 7.500 Polizeibeamten erreichen wollen. Die Landespolizei steht dabei in Konkurrenz zu den Polizeien der anderen Länder und der Bundespolizei. Nach der Polizeiaufbauverordnung sind die Einstiegsämter für die Laufbahngruppe 1 (Polizeimeister) und 2 (Polizeikommissar) in den Besoldungsgruppen A7 und A9 eingruppiert. Für die ersten Beförderungsämt der Laufbahngruppen 1 und 2, Polizeiobermeister (A8) und Polizeioberkommissar (A10), fordern wir eine Regelbeförderung nach vier Jahren nach der Einstellung in die Einstiegsämter.

9. Dienstunfähigkeitsversicherung für alle Polizisten!

Unsere Polizeibeamten sind vielfältigen Risiken ausgesetzt und verdienen für ihren oft gefährlichen Dienst an der Allgemeinheit eine besondere Fürsorge des Dienstherrn. Eine Dienstunfähigkeitsversicherung ist für Polizeibeamte wichtig, um finanzielle Lücken zu schließen, wenn sie ihren Dienst nicht mehr ausüben können. Sie ist besonders wichtig für Anwärter, da sie im Falle einer Dienstunfähigkeit keinen Anspruch auf ein Ruhegehalt haben. Auch für Beamte auf Lebenszeit ist die Absicherung sinnvoll, um ihren Lebensstandard zu sichern, weil die staatliche Versorgung oft nicht ausreicht, wenn sie vorzeitig aus dem Dienst ausscheiden müssen. Daher fordern wir die Übernahme der Kosten der Dienstunfähigkeitsversicherungen für Polizeibeamte und Anwärter.

10. Keine Vorverurteilung bei Disziplinarverfahren!

Bei Disziplinarverfahren gegen Polizeibeamte werden individuelle Fördermaßnahmen wie laufbahnrelevante Lehrgangsteilnahmen, Regelbeförderungen u. a. in aller Regel ausgesetzt. Wird dann aber nach jahrelangem Ausschluss von Fördermaßnahmen wegen eines laufenden Disziplinarverfahrens die Unschuld des Beamten festgestellt, sind Laufbahnnachteile bis zum Ende der Dienstzeit nicht wettzumachen. Dies ist zutiefst ungerecht und weder mit Gerechtigkeit noch mit Rechtsstaatlichkeit vereinbar. Wir werden deshalb feststellen, dass erst staatsanwaltschaftliche Ermittlungen diesen Suspensiveffekt entfalten.

11. Funktion des Polizeibeauftragten abschaffen!

Seit dem 1. Juli 2025 hat das Land Sachsen-Anhalt einen Polizeibeauftragten. Schon jetzt lässt sich erkennen, dass dieser sich hauptsächlich der Kompetenz und Ressourcen der Zentralen Beschwerdestelle des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt bedient. In dieser Form ist der Polizeibeauftragte nichts weiter als ein Feigenblatt der Regierung zur Befriedigung von Wunschgelüsten der polizeifeindlichen linken Blockparteien. Die Zentrale Beschwerdestelle leistet hervorragende Arbeit. Daneben braucht es keinen Polizeibeauftragten.

12. Warnschussarrest einführen!

Die um sich greifende Jugendkriminalität ist auch in Sachsen-Anhalt ein Problem. Um Jugendliche scharf zu warnen, ohne ihre Zukunft durch einen Gefängnisauenthalt zu verbauen, werden wir dafür sorgen, dass bei jeder Form der Jugendkriminalität konsequent der sogenannte Warnschussarrest verhängen wird. Es handelt

sich um einen Arrest von bis zu vier Wochen Dauer, der ein Zuchtmittel mit dem Ziel der Erziehung ist. Dem Jugendlichen soll der soziale Unwert einer Straftat vor Augen gehalten werden. Der Jugendarrest wird nicht in Führungszeugnisse aufgenommen.

13. Kriminelle Ausländer ausweisen!

Auf den Deliktfeldern der Sexual- und Rohheitsdelikte treten nichtdeutsche Personen überproportional häufig als Tatverdächtige in Erscheinung. Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger an der Gesamtzahl aller ermittelten Tatverdächtigen stieg von 21,5 Prozent im Jahr 2018 auf 23,2 Prozent im Jahr 2019 an und lag 2024 bei 29,6 Prozent. Das bedeutet, dass bei einem Migrantenanteil von 11,8 Prozent an der Gesamtbevölkerung des Landes etwa drei Mal so viele Migranten strafrechtlich in Erscheinung treten wie Deutsche. Wir werden auf Bundesebene eine Initiative starten, die Rechtslage so anzupassen, dass Ausländer bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr generell ausgewiesen und ein Wiedereinreiseverbote verhängt werden kann.

14. Gefährder konsequent verfolgen und ausweisen!

Der Attentäter, der am 20. Dezember 2024 mit einem Automobil in den Magdeburger Weihnachtsmarkt fuhr und dabei sechs Menschen ermordete und hunderte verletzte, war schon lange davor auffällig geworden. Er hatte Gewaltdrohungen veröffentlicht, war der Polizei und den Geheimdiensten aufgefallen, und es gab Warnungen von internationalen Stellen. All diese Indizien wurden aber nicht bearbeitet und zusammengeführt, wie es angebracht gewesen wäre. Eine falsche Ausländerfreundlichkeit führt dazu, dass solche Hinweise nicht mit der gebotenen Strenge verfolgt werden. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass die Überwachung gewaltbereiter Ausländer in den Sicherheitsbehörden höchste Priorität erhält und Straftaten rechtzeitig verhindert werden. Wo immer möglich sind gewaltbereite Ausländer abzuschieben und bis zur Abschiebung in Abschiebehaft zu nehmen.

15. Abschiebehaftplätze verzehnfachen!

Aktuell plant die Landesregierung, bis 2027 in der JVA Volkstedt 30 Abschiebehaftplätze einzurichten. Das reicht bei weitem nicht aus, um sowohl kriminelle als auch ausreisepflichtige Ausländer planmäßig zu repatriieren. Wir werden deshalb mindestens 300 Abschiebehaftplätze einrichten.

16. Adressen von verurteilten Pädophilen veröffentlichen!

Wer eine Straftat begangen und dafür im Gefängnis gebüßt hat, soll eine Chance auf einen Neuanfang erhalten. Pädophile Straftäter zeigen allerdings mit 40 bis 50 Prozent eine dermaßen hohe Rückfallquote, dass der Schutz unserer Kinder es erforderlich macht, ihre Adressen zu veröffentlichen. Kommt der Pädophile wegen einer schlechten Prognose nicht ohnehin schon in Sicherungsverwahrung, sondern wird er entlassen, bietet die Veröffentlichung seiner Adresse eine Art Mindestschutz der Bevölkerung. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, eine solche Regelung zu ermöglichen.

17. Vermisste Kinder retten!

In Sachsen-Anhalt gelten 118 Kinder dauerhaft als vermisst, in ganz Deutschland sind es etwa 1.000. Viele dieser Fälle hätten vermieden werden können, wäre die Polizei von Anfang frühzeitig gut strukturiert und vernetzt nach einem speziellen Maßnahmenplan vorgegangen. Wir werden deshalb nach Vorbild des „AMBER Alert“-Systems in den USA ein Alarmsystem für vermisste Kinder in Sachsen-Anhalt einrichten. Durch die Kooperation von Polizei, sozialen Medien, Rundfunkbetreibern, Transportunternehmen und Telekommunikationsanbietern kann innerhalb kürzester Zeit ein Fahndungsdruck aufgebaut werden, der die Täter zum Aufgeben nötigt oder der Polizei wertvolle Hinweise auf den Aufenthaltsort der Kinder liefert. Unsere Kinder sind es uns jedenfalls wert, denn sie sind unser höchstes Gut.

18. „Antifa“ in die Schranken weisen!

Die überbordende politische Kriminalität linksextremer Fanatiker und insbesondere der sogenannten Antifa ist eine der größten Bedrohungen für die Innere Sicherheit. Der Fall einer überregional agierenden linksextremen Terrorzelle aus Leipzig, der sogenannten „Hammerbande“, ist nur ein Beleg für eine gewaltbereite und sich radikalisierende Szene. Unter dem Deckmantel des „Antifaschismus“ begehen Kriminelle aus dem linksextremistischen Spektrum schwerste Straftaten gegen die Polizei, unsere Infrastruktur, die Bundeswehr und Bürger, die nicht ihrem Weltbild entsprechen. Wir werden der Bekämpfung der Antifa in Sachsen-Anhalt höchste Priorität geben und den nachrichtendienstlichen und polizeilichen Verfolgungsdruck auf diese Szene massiv erhöhen.

19. „Antifa“ zur Terrorvereinigung erklären!

Die sogenannte Antifa nutzt systematisch Gewalt, Einschüchterung, Sachbeschädigung und gezielte Falschinformation, um ihre politischen Gegner mundtot zu machen. Ihre Aktionen sind in Struktur, Auftreten und Zielsetzung terroristisch. Die sogenannte „Antifa Ost“ wurde deshalb in den USA zur Terrororganisation erklärt. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, auch in Deutschland alle Organisationen, die sich der Antifa zurechnen, zu Terrororganisationen zu erklären und entsprechend zu bekämpfen.

20. Freiwillige Bürgerwacht einführen!

Unsere Kommunen sollen wieder so ordentlich, sauber und sicher sein, wie es einst normal und ein Markenzeichen unseres Landes war. Polizei und Ordnungsamt sind damit aber überfordert. Wir werden deshalb als eine dritte Säule der Sicherheitsarchitektur vor Ort eine freiwillige Bürgerwacht aufbauen. Die freiwillige Bürgerwacht soll dem Ordnungsamt unterstehen. Sie unterstützt die Arbeit des Ordnungsamtes und der Polizei mit Hilfstätigkeiten. Angehörige der freiwilligen Bürgerwacht werden in ihrer Freizeit in Ausbildungsmodulen und Lehrgängen auf ihre Aufgaben vorbereitet. Sie erhalten eine geringe steuerfreie Aufwandsentschädigung, die sich an der Übungsleiterpauschale orientiert. Die freiwillige Bürgerwacht dient ausdrücklich nicht der Entlastung des Haushaltes, sondern der Verbesserung der Sicherheitslage bei gleichbleibenden Mitteln. Sie kann keine regulären Polizei- oder Ordnungsamtsstellen ersetzen. Eine solche kommunale Bürgerwacht wird zu mehr Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung beitragen.

21. Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz zusammenfassen!

Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz müssen als Teil der gesamtstaatlichen Sicherheitsfürsorge wieder mehr im Fokus der Landespolitik stehen. Die AfD wird ein modernes Gesetz schaffen, dass die Aufgaben im Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz in einem einzigen Gesetz zusammenführt. Hierbei soll auch das Großschadensereignis als Ereignis unterhalb der Katastrophenschwelle rechtlich definiert werden.

22. Ehrenamtskarte einführen!

Die AfD wird das ehrenamtliche Engagement im Bevölkerungsschutz sowie im Rettungsdienst nachhaltig anerkennen und unterstützt die Einführung der Ehrenamtskarte. Gerade im ländlichen Bereich muss die Zugehörigkeit zur Feuerwehr besser

honoriert werden. Dazu zählt neben einer Erhöhung der Entschädigungen der Feuerwehrleute auch ein entsprechender Anreiz für die Arbeitgeber, die bei einem Einsatz mitunter für Stunden auf diese Mitarbeiter verzichten. Der Anspruch auf Freistellung und Kostenerstattung muss für alle Helfer im Brand- und Katastrophenschutz einheitlich geregelt werden!

23. Mehr Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer zweckgebunden einsetzen!

Die Feuerwehren der Kommunen sind zu ihrer Aufgabenerfüllung nach Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz bestmöglich auszustatten und auszubilden und in Übung zu halten. Die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer sind vollständig für den Brandschutz einzusetzen und an die Kommunen auszukehren, damit diese Mittel vor Ort zweckgebunden für den Brandschutz zur Verfügung stehen. Die jährliche Mindestauszahlung ist im Sinne der Planungssicherheit der Kommunen im § 23 BrSchG auf 9 Millionen Euro zu verdoppeln.

24. Sonderbudget für Autobahnabschnitte!

Die Feuerwehren mit Einsatzabschnitten auf Autobahnen oder mehrspurigen Kraftfahrstraßen im Ausrückebereich sind gesondert zu fördern. Konkret soll dies durch höhere Fördersätze bei der Fahrzeugbeschaffung bzw. durch eine erhöhte Sonderpauschale im Rahmen der Auszahlung über die Feuerschutzsteuer erfolgen. Das Mitspracherecht der Feuerwehren bei der zentralen Landesbeschaffung für neue Fahrzeuge ist zu gewährleisten.

25. Feuerwehrführerscheine fördern!

Die AfD ist für den „Feuerwehrführerschein“. Diese landesrechtliche Fahrberechtigung ermöglicht es allen Angehörigen von Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, mit einem normalen PKW-Führerschein (Klasse B) auch größere Einsatzfahrzeuge bis 7,5 t zu fahren – ohne den teuren Lkw-Führerschein Klasse C1 machen zu müssen. Darüber hinaus fördern wir den Erwerb von Fahrerlaubnissen für Mitglieder der kommunalen Feuerwehren aus Landesmitteln.

VII. Justizwesen

Justiz kommt von lateinisch iustitia = Gerechtigkeit. Und eben das ist die Aufgabe der Justiz: Durch Rechtsanwendung für Gerechtigkeit sorgen. Das Justizwesen muss deshalb frei von politischem und vor allem parteipolitischen Einfluss bleiben, einzig und allein Recht und Gerechtigkeit verpflichtet. Eben daran aber mangelt es zunehmend.

Während das Justizwesen im Großen und Ganzen noch funktioniert, sind auf mehreren Feldern immer stärker werdende politische Einflussnahmen und Einseitigkeiten festzustellen. So wird der gewaltbereite Linksextremismus ungleich schwächer geahndet und bestraft als der gewaltbereite Rechtsextremismus. Während für harmlose Kommentare im Internet aufgrund von sogenannten „Hass und Hetze“-Gesetzen Hausdurchsuchungen in früher Morgenstunde drohen, dürfen verurteilte Vergewaltiger auf Bewährung die Gerichte verlassen, falls es nach Jahren überhaupt zu einem Gerichtstermin kommt.

Das hat nichts mehr mit Gerechtigkeit zu tun. Eine Justiz aber, die so einseitig und politisch motiviert vorgeht, verspielt das Vertrauen der Bürger und untergräbt so das Fundament, auf dem sie steht. Die Justiz muss deshalb wieder zur Gerechtigkeit befreit werden. Es ist genau andersherum als von den Altparteien behauptet: Nicht die AfD untergräbt das Vertrauen in die Justiz; wir sind angetreten, es wiederherzustellen. Echte Verbrechen müssen wieder schwerer bestraft werden, Meinungsvergehen schwächer, so sie in einer Demokratie überhaupt unter Strafe stehen sollten.

Hinzu kommt, dass aufgrund der Investitionsversäumnisse der letzten Jahrzehnte der gesamte Justizapparat mit seinen Aufgaben überfordert ist. Haftplätze werden knapp und Gerichtsverfahren dauern teilweise so lange, dass die Herstellung von Gerechtigkeit am schieren Zeitabstand scheitert. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen und zivilrechtliche Streitigkeiten müssen erledigt werden, bevor neue Umstände nach vielen Jahre eine gerechte Lösung verunmöglichen. Eine AfD-Regierung wird durch beherzte Investitionen und Einstellung von Personal die Engpässe auflösen.

Wir vergessen aber auch nicht, dass das beste Justizsystem ein Justizsystem ist, das so wenig wie möglich beansprucht wird, weil gesellschaftlicher Friede herrscht. Dieses Ziel wiederum kann nicht allein durch Abschreckung und Strafandrohung erreicht werden, sondern bedarf auch einer neuen Kultur-, Gesellschafts- und Einwanderungspolitik.

1. Kurzer Prozess!

Von der Möglichkeit eines beschleunigten Verfahrens nach § 417 Strafprozessordnung soll stärker Gebrauch gemacht werden, damit die Strafe als Konsequenz der Tat erfahrbar wird. Prinzipiell werden wir nach dem „Neuköllner Modell“ dafür sorgen, dass insbesondere bei Straftaten von Jugendlichen der Delinquent schnell abgeurteilt wird. Gleiches gilt für eindeutig gelagerte Fälle. Bei Vorliegen einer klaren Schuld erfolgt eine klare Strafe – zügig, gerecht und nachvollziehbar. Bei bestimmten Straftätern entsteht nur so Respekt vor dem Recht. Rechtsstaatlichkeit bedeutet auch, eine zeitnahe Strafe konsequent bei Straftaten herbeizuführen.

2. Gewaltverbrechen hart bestrafen!

Gesetze müssen konsequent angewendet werden, insbesondere bei Rohheitsdelikten. Hier darf es keine Kuscheljustiz geben. Wir werden die Richter ermutigen, gegen einen linken Ungeist jeden Mörder, Totschläger, Vergewaltiger, Einbrecher und jeden, der sich schwerer Körperverletzung schuldig gemacht hat, mit maximaler Härte zu bestrafen und den Strafraumen voll auszuschöpfen. Die Zugehörigkeit zu einer religiösen bzw. ethnischen Gruppe oder die politische Einstellung darf ein Ermittlungsergebnis nicht beeinflussen. Erfolgreiche Ermittlungen und Präventionsmaßnahmen dürfen nicht abgebrochen oder eingeschränkt werden, weil befürchtet wird, dass in der Öffentlichkeit der unzutreffende Eindruck gruppenbezogener Diskriminierung entstehen könnte. Das darf insbesondere beim entschiedenen Vorgehen gegen Clankriminalität, religiösen Extremismus und die überproportional vorhandene migrantische Gewalt keine Rolle spielen.

3. Justiz braucht Vollzug!

Die Richterschaft, der Justizvollzugsdienst und andere Berufsgruppen in der Justizverwaltung stehen aufgrund der Altersstruktur in den nächsten Jahren vor einer Pensionierungswelle. Zudem gestaltet sich besonders im Justizvollzugsdienst die Nachwuchsgewinnung als schwierig. Die AfD setzt sich deshalb für einen vorübergehenden Stellenaufwuchs im Bereich der Justizverwaltung ein, damit das Fach- und Erfahrungswissen der ausscheidenden Bediensteten möglichst verlustfrei an die neu eingestellten Kollegen weitergegeben werden kann. Für den Justizvollzugsdienst ist eine wahrnehmbare Einstellungsoffensive durchzuführen sowie die Attraktivität dieses Berufes durch finanzielle Anreize zu steigern.

4. Richterstellen allein nach Qualifikation besetzen!

Die Vergabe von Richterstellen muss sich am Leistungsprinzip orientieren. Eignung, Befähigung und fachliche Leistung müssen die alleinigen Kriterien für die Besetzung einer Richterstelle sein. Die derzeitige Form der Besetzungsverfahren über das Justizministerium ermöglicht die Vergabe nach parteipolitischen Gesichtspunkten. Einer Ämterpatronage ist somit Tür und Tor geöffnet. Werden "Vertrauensleute der Regierung" systematisch bevorzugt, befördert das eine dem Staat geneigte Judikatur. Die AfD wird deshalb dafür sorgen, dass die Auswahlentscheidung für die Besetzung von Richterstellen durch ein Gremium – den Richterwahlausschuss, entsprechend der Landesverfassung Sachsen-Anhalts – erfolgt, in welchem überwiegend Richter vertreten sein müssen.

5. Justizvollzugsanstalt Volkstedt erhalten!

Die Zahl der Tatverdächtigen in Sachsen-Anhalt ist im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr um 11,5 Prozent gestiegen, und es ist absehbar, dass sie weiter steigt. Der Anteil ausländischer Personen lag bei etwa 30 Prozent. Gleichzeitig droht der mit über 200 Haftplätzen ausgestatteten JVA Volkstedt die Schließung. Diese Entwicklung wird ohne Gegenmaßnahmen zu einer Überbelegung in den Gefängnissen führen. Es wird jeder einzelne Haftplatz benötigt. Die AfD will daher die im Jahr 2012 beschlossene Schließung der JVA Volkstedt aufheben und die Anstalt weiter nutzen. Der Neubau am Standort Halle-Tornau muss trotzdem erfolgen, da eine neue Standortsuche zu weiteren Verzögerungen führen würde.

6. Bilaterale Rückführungsverträge zur konsequenten Durchsetzung der Ausreisepflicht abschließen!

Wer kein Bleiberecht hat, muss unser Land wieder verlassen. Doch seit Jahren scheitert die Rückführung abgelehnter Asylbewerber unter anderem an fehlender Kooperation der Herkunftsstaaten und politischer Tatenlosigkeit. Wir werden Rückführungsverträge mit Drittstaaten abschließen. Sachsen-Anhalt wird hierfür bilaterale Rückführungsverträge mit allen relevanten Staaten abschließen – verbindlich, kontrollierbar und effektiv. Grundlage für diese bilateralen Abkommen ist die Zuständigkeit der Länder für Abschiebungen in Verbindung mit dem 1957 geschlossenen Lindauer Abkommen. Die Staaten, die gute Beziehungen zu unserem Land wollen, müssen auch Verantwortung übernehmen und ihre Staatsbürger zurücknehmen.

7. Sogenannte „Hassverbrechen“ hinterfragen – Meinungsfreiheit verteidigen!

Um missliebige Meinungen besser unterdrücken zu können, haben die Altparteien den Begriff der sogenannte „Hasskriminalität“ entwickelt. Dieser Begriff ist so dehnbar, dass er sich auf jede unerwünschte Kritik anwenden lässt, kann doch jeder Kritik unterstellt werden, dass sie eigentlich von „Hass“ motiviert sei. Die Schaffung von immer neuen und die Ausweitung bereits existierender Meinungsstraftatbestände bedroht die Meinungsfreiheit und damit die Funktionsfähigkeit der Demokratie. Immer mehr Bürger zweifeln, ob sie dies und jenes noch sagen dürfen und trauen sich nicht mehr, ihre Meinung zu äußern. Wir werden uns diesem Problem mit allen Möglichkeiten einer Landesregierung widmen und uns für eine Entschlackung der bestehenden Meinungsstraftatbestände einsetzen. Statt immer neue Gesetze zu schaffen, sollte endlich geprüft werden, welche Paragraphen entbehrlich sind und welche lediglich der politischen Stimmungsmache dienen.

8. Schwarzmarkt in JVA's trocken legen!

In unseren Gefängnissen haben sich regelrechte Bazare für Handys, Drogen und Gewalt entwickelt. Dies muss aufhören! Der Schwarzmarkt untergräbt die Sicherheit in den Anstalten, untergräbt etwaige Resozialisierungsbemühungen und setzt die Bediensteten täglich Gefahren aus. Zur Überwachung von ein- und ausgehenden Personen sowie Gegenständen muss die neueste Technik eingesetzt werden. Gezielte Durchsuchungen sowie härtere Sanktionen für Schmuggler - auch für korrupte Mitwisser im Justizvollzugsdienst - sind notwendig. Gleichzeitig brauchen unsere Bediensteten eine spürbare Unterstützung: eine bessere Fortbildung und Einbeziehung bei der Verbesserung der Schutzmaßnahmen. Nur so kann Sicherheit dauerhaft wiederhergestellt und der Vollzugsauftrag der Justiz erfüllt werden. Reform heißt nicht nur härter agieren, sondern auch klüger: mehr Prävention, klare Dienstwege und moderne Ausrüstung.

9. Strafmündigkeit absenken!

Für 2024 stellt die Polizeiliche Kriminalstatistik für Sachsen-Anhalt einen deutlichen Anstieg von Jugendgewaltkriminalität gegenüber dem Vorjahr fest: Bei Jugendlichen um 3,8 Prozent und bei Kindern (unter 14 Jahren) sogar um 11,3 Prozent. Hier bedarf es einer polizeilichen Null-Toleranz und einer entschlossenen Reaktion des Rechtsstaates. Wer alt genug ist, um Straftaten zu begehen, ist auch alt genug, um dafür gerade zu stehen. Wir werden uns deshalb auf Bundesebene dafür einsetzen, die Strafmündigkeit von derzeit 14 auf 12 Jahre abzusenken. Dies setzt uns in den Stand, Gewalt an Schulen besser zu bekämpfen und den Einsatz von noch nicht

2957 strafmündigen Kindern für Eigentumsdelikte insbesondere durch ostEuropäische
2958 Banden zu unterbinden.
2959

2960 **10. Wegfall der „Heranwachsenden“ im Jugendstrafrecht!**

2961
2962 Der Heranwachsende nach §§ 105 ff. JGG entstammt als Rechtsfigur einer Zeit, als
2963 die Volljährigkeit noch mit der Vollendung des 21. Lebensjahres eintrat. Der Gesetz-
2964 geber wollte bei mangelnder Einsichtsfähigkeit und fehlender geistiger Reife in der
2965 Altersgruppe zwischen 18 und 21 Jahren noch nicht zwingend die volle Härte des
2966 Strafrechts zur Anwendung kommen lassen. Diese Regelung ist mittlerweile obso-
2967 let. Weshalb soll ein 20-jähriger Straftäter, der Auto fährt, Verträge abschließt und
2968 wählen darf, strafrechtlich wie ein Jugendlicher behandelt werden? Gerade bei
2969 schweren Gewalt- und Sexualdelikten zeigt sich deutlich, dass die mögliche vom
2970 Gesetz vorgesehene Milde im krassen Widerspruch zum Empfinden der Opfer und
2971 der Gesellschaft steht. Die neue Landesregierung wird sich daher vehement für eine
2972 Abschaffung der Rechtsfigur des „Heranwachsenden“ einsetzen, damit die, die
2973 keine Achtung vor der Gesundheit, vor dem Eigentum oder dem Leben anderer ha-
2974 ben, die Konsequenzen des Erwachsenenstrafrechts deutlich zu spüren bekom-
2975 men.
2976

2977 **11. Justizwachtmeister aufwerten – einfachen Dienst abschaffen!**

2978
2979 Der Justizwachtmeisterdienst ist eine der wenigen Laufbahnen, die noch im einfa-
2980 chen Dienst angeboten wird und ausschließlich dort stattfindet. Justizwachtmeister
2981 sind bei weitem nicht nur Büroboten oder Aktenträger, sondern leisten einen ent-
2982 scheidenden Beitrag zur Sicherheit in den Gebäuden der Justiz und in den Gerichts-
2983 sälen mit Zugangs- und Personenkontrollen bis hin zur Ausübung unmittelbaren
2984 Zwangs. Sie werden mit renitenten Untersuchungshäftlingen ebenso konfrontiert
2985 wie mit wütendem Mob in den Gerichtssälen, in denen sie das Hausrecht durchset-
2986 zen. Ihre Aufgabenvielfalt und die Anforderungen des Dienstes lassen keinen Unter-
2987 schied zu den Aufgaben des Justizvollzugsdienstes erkennen, der eine Schlechter-
2988 stellung in der Besoldung rechtfertigen würde. Die Landesregierung wird aufgrund
2989 der geänderten Rahmenbedingungen den einfachen Dienst im Justizwesen ab-
2990 schaffen.
2991

2992 **12. Verstöße und Widerstand gegen Corona-Maßnahmen amnestieren!**

2993
2994 Die sogenannte Corona-Pandemie und die durch die Regierungen erlassenen Maß-
2995 nahmen haben die Gesellschaft gespalten. Viele Maßnahmen waren nicht nur in der
2996 damaligen Situation fragwürdig, sondern sind insbesondere nach dem Bekanntwer-
2997 den des Versagens des Robert-Koch-Institutes und des Paul-Ehrlich-Institutes als

2998 aktionistisch und willkürlich einzustufen. Das daraus entstandene Unrecht muss
2999 geheilt werden. Die Einführung eines Amnestiegesetzes zur Aufhebung von Geldbu-
3000 ßen und Verwarnungsgeldern im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-
3001 19-Pandemie ist daher zwingend notwendig. Noch nicht vollstreckte Strafen und
3002 Geldbußen werden nicht mehr vollstreckt. Gezahlte Geldbußen und Strafen können
3003 auf Antrag erstattet werden.

3004
3005 Die AfD-Landesregierung wird sich sodann dafür einsetzen, eine vergleichbare Re-
3006 gelung auf Bundesebene einzubringen.
3007

3008 **13. Schutz für das Deutschtum im Strafrecht verankern!**

3009
3010 Der Schutz der Minderheiten ist ein hoher und wichtiger Wert. Jedoch führt die Über-
3011 betonung der Rechte von Minderheiten zu einer faktischen Erosion der Rechte der
3012 deutschen Mehrheitsgesellschaft, die mangels eines angeblichen Schutzbedürfnis-
3013 ses straflos Ziel von Verachtung und Diskriminierung werden kann. Das wollen wir
3014 nicht länger hinnehmen! Wer den deutschen Staat und das deutsche Volk herab-
3015 würdigt und beleidigt, soll angemessen sanktioniert und mindestens so schwer be-
3016 straft werden, wie derjenige, der sich der sogenannte Volksverhetzung gegenüber
3017 Minderheiten schuldig macht. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen,
3018 dass jeder, der den aktuellen deutschen Staat, „Deutschland“ als historisch-kultu-
3019 relles Gebilde, die deutschen Bürger und unsere Nationalsymbole öffentlich verun-
3020 glimpft, mit Geld- oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft wird.
3021

3022 **14. Zentralisierung der Einbürgerungen!**

3023
3024 Einbürgerungen werden bisher von den Ausländerbehörden der Kommunen und
3025 Landkreise vorgenommen. Wir werden diese Aufgabe in eine zentrale Landesbe-
3026 hörde verlagern. So erreichen wir, dass ein einheitlicher Maßstab bei der Einbürge-
3027 rung verwirklicht wird.
3028
3029
3030
3031
3032
3033
3034
3035
3036
3037
3038

VIII. Demokratie und Bürgerrechte

Ausgehend vom Scheitern der Weimarer Republik sehen die Altparteien die größte Gefahr für die Demokratie darin, dass eine demokratiefeindliche Oppositionspartei von außen in den Staat eindringt. Sie sind jedoch blind für jene andere Möglichkeit, dass ein ursprünglich demokratischer Staat sich durch jahrzehntelange Fehlentwicklungen von innen heraus in einen totalitären Staat verwandelt.

Genau dieser Gefahr aber stehen wir heute gegenüber. Verwöhnt von vergangenem Erfolg und einer jahrzehntelangen Phase des Wohlstands und der Stabilität glauben die Altparteien, ihre Ansichten seien unantastbar. Vor diesem Hintergrund werden unliebsame Meinungen als vermeintlich undemokratisch diffamiert. Die Grenzen dessen, was als tolerierbar erscheint, wurden immer mehr eingeschränkt. Die einst breite Meinungsfreiheit ist nur noch ein enger Korridor. Politische Korrektheit, Cancel Culture, Wokeness und die Gebote der Regenbogenideologie begründen eine regelrechte Gesinnungsdiktatur.

Diese weiche Gesinnungsdiktatur, die mit informellem Druck arbeitet, ist gerade dabei, sich in eine harte Diktatur, die mit juristischer Repression vorgeht, zu verwandeln. In der Corona-Krise haben wir gesehen, wie leichtfertig und mit welch schwachen Begründungen Grundrechte eingeschränkt werden konnten. Ein ausuferndes und immer restriktiver auftretendes Meinungsstrafrecht hält immer mehr Bürger davon ab, sich an der öffentlichen politischen Diskussion zu beteiligen.

Die Regierungen der Altparteien dulden keine grundsätzliche Kritik mehr. Kritik, die ihnen zu weit geht, bekämpfen sie als sogenannte „Delegitimierung des Staates“ und hetzen den Verfassungsschutz auf die echte Opposition. Die AfD als die größte Oppositionspartei, die diese Missstände artikuliert, wird permanent mit Verbot bedroht, obwohl oder vielmehr, weil sie bei der letzten Bundestagswahl in weiten Teilen Deutschlands über 40 Prozent der Wählerstimmen errungen hat.

All das zeigt: Demokratie und Bürgerrechte sind kein geschenkter Bestand, der ohne unser Zutun erhalten bleibt, sondern sind wie Muskeln. Wenn man sie nicht gebraucht und strapaziert, schrumpfen sie. Demokratie und Bürgerrechte müssen jeden Tag aufs Neue verteidigt werden. Diesem Ziel sind wir als patriotische Opposition verpflichtet. Wir wollen die Demokratie nicht abschaffen, wie uns die Demokratieabschaffer unterstellen, wir wollen sie wiederbeleben und stärken.

Zu diesem Zweck werden wir als Landesregierung Reformen des Verfassungsschutzes, des Wahlrechts, des Waffenrechts und der Vereinsförderung durchführen. Wir werden die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit stärken. An die Stelle des Misstrauens, das die Altparteien dem Bürger entgegenbringen, setzen wir das Vertrauen auf den mündigen Bürger.

1. Für einen Verfassungsschutz, der die Verfassung schützt!

Der Auftrag des Verfassungsschutzes besteht darin, Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, zu erkennen und aufzuklären. Dieser Auftrag wird jedoch mehr und mehr als Vorwand genutzt, um die Opposition, vor allem die patriotische Opposition, zu diskreditieren und zu schwächen. Bürgerliche Proteste und friedliche, demokratische Meinungsäußerungen werden willkürlich als „extremistisch“ gebrandmarkt, sobald sie mit den Kerndogmen der Altparteien nicht mehr vereinbar sind. Jeder, der Masseneinwanderung, Ausländerkriminalität oder die multikulturelle Gesellschaft kritisiert, läuft Gefahr, vom Verfassungsschutz verfolgt zu werden. Gegen diesen Missbrauch des Verfassungsschutzes als Regierungsschutz wehren wir uns mit allen demokratischen Mitteln.

Der Verfassungsschutz muss zu einem Inlandsgeheimdienst reformiert werden, der sich dem klassisch geheimdienstlichen Aufgabenspektrum zu widmen hat: Ausforschung staatsgefährdender Aktivitäten, Terrorabwehr und Spionageabwehr, und zwar im Geheimen! Der Verfassungsschutz darf sich für die Beurteilung verfassungsfeindlicher Bestrebungen nur noch auf harte, objektiv feststellbare Kriterien stützen wie etwa die Bereitschaft, Gewalt anzuwenden oder Gesetze zu brechen. Verfassungsschutzberichte, deren Informationswert gegen Null geht, die also nur eine Art Pseudotransparenz herstellen und in Wahrheit einzig und allein dem Zweck dienen, der Regierung missliebige Parteien an den „Pranger der Demokratie“ zu stellen, gehören abgeschafft.

2. Digitale Bürgerrechte schützen – Transparenz des Staates ausbauen!

Die fortschreitende Digitalisierung darf nicht zur Entrechtung der Bürger führen. Wir lehnen jede Form anlassloser Überwachung und Datenspeicherung strikt ab. Stattdessen wollen wir den Bürger vor staatlicher Willkür schützen und ihm die Hoheit über seine Daten zurückgeben. Gleichzeitig gilt: Nicht der Bürger muss sich rechtfertigen, sondern der Staat. Wir werden daher die Transparenzpflichten für Regierung und Verwaltung deutlich verschärfen. Verträge, Entscheidungen und Gutachten, die mit Steuergeldern finanziert werden, sind grundsätzlich öffentlich zugänglich zu machen. Nur so kann das Vertrauen in eine funktionierende Demokratie wiederhergestellt werden.

3. Digitalisierung für mehr Beteiligung!

Damit die Demokratie lebt, müssen die Bürger ermutigt werden, ihre Meinungen und Ideen zu äußern. Wir werden deshalb eine einfach zugängliche digitale Beteiligungsplattform des Landes für Online-Petitionen einrichten, wo sich Bürger registrieren

können, um Petitionen einzustellen oder eingestellte Petitionen zu diskutieren und zu unterstützen. Eine auf der Plattform eingestellte Petition gilt dadurch als im Petitionsausschuss eingereicht. Ab einer Unterstützerzahl von 3.000 wahlberechtigten Bürgern erhält der Petent Rederecht im Landtag.

4. Meinungs- und Versammlungsfreiheit stärken!

Die Meinungs- und die Versammlungsfreiheit sind grundlegende Rechte in einem demokratischen Staat. Ohne diese beiden Freiheitsrechte sind alle anderen Grundrechte wertlos, denn nur diese ermöglichen es, sich an der demokratischen Willensbildung zu beteiligen und Kritik an der Regierung öffentlich vorzubringen. Wir werden deshalb als Landesregierung eine neue Praxis der Toleranz gegenüber Demonstrationen und nonkonformen Meinungsäußerungen etablieren.

Wer friedlich demonstriert und so sein demokratisches Recht wahrnimmt, benötigt keine Form der Vermummung. Er will und soll also auch für sein Anliegen Gesicht zeigen. Wir treten dafür ein, das bestehende Vermummungsverbot bei allen öffentlichen Aufzügen durchzusetzen. Der Sinn politischer Demonstrationen setzt voraus, dass die Botschaften, für die demonstriert wird, der Öffentlichkeit verständlich sind. Meinungsäußerungen auf öffentlichen Aufzügen haben deshalb grundsätzlich nur in deutscher Sprache zu erfolgen.

5. Gegendemonstrationen ja – Verhinderung angemeldeter Demonstrationen nein!

Das Demonstrationsrecht umfasst auch das Recht, die Ablehnung einer angemeldeten Demonstration zum Ausdruck zu bringen. Das Demonstrationsrecht ist jedoch kein Recht, eine angemeldete Demonstration zu verhindern. Leider zielen aber Gegendemonstrationen vornehmlich aus dem linken Spektrum in letzter Zeit zunehmend auf die gewaltsame Verhinderung patriotischer Demonstrationen ab und können damit auf das Wohlwollen von Polizei und Ordnungsbehörden rechnen. Das werden wir nicht länger dulden. Wir werden das Versammlungsrecht dahingehend ändern, dass entsprechend dem Erstanmelderprinzip an einem Ort nur eine Versammlung unter freiem Himmel und auf einer festgelegten Route nur ein Aufzug anmeldefähig ist. Weitere Demonstrationen sind nur in einer angemessenen Mindestdistanz („Bannmeile“) anmeldefähig. Gewaltsame Verstöße gegen diese Regelung werden durch Einsatz unmittelbaren Zwangs konsequent verhindert.

6. Stärkung des Freien Mandats!

Wir erleben aktuell, dass Abgeordnete insbesondere der AfD durch politisch instrumentalisierte Gerichtsverfahren gezielt unter Druck gesetzt werden. In Sachsen-Anhalt besteht mittlerweile auch keine Immunität mehr. Sie kann nur vom Parlament verhängen werden. Wir wollen dagegen die alte Rechtslage wiederherstellen, wonach die Immunität besteht und auf Antrag aufgehoben werden kann. Um Missbrauch aus politischem Interesse vorzubeugen, soll der Antrag einer 2/3-Mehrheit bedürfen. Die Indemnität, die das freie Wort im Parlament schützt, wollen wir auch auf die politische Handlungssphäre des Abgeordneten außerhalb des Parlaments ausdehnen.

7. Vereinsförderung nur mit Demokratie- und Patriotismuserklärung!

Die Landesregierung fördert zahlreiche Vereine, ohne ihnen ein grundsätzliches Bekenntnis zu unserem Staat abzuverlangen. Dadurch kommen auch fragwürdige Vereine, die Deutschland ablehnen und Patriotismus bekämpfen, in den Genuss staatlicher Förderung. Das ist nicht nur paradox und eine Verschwendung von Steuergeld, es schadet letztlich uns allen. Wir werden deshalb als Landesregierung dafür sorgen, dass jeder Verein, der sei es institutionell oder projektbezogen mit Steuergeld gefördert werden will ein glaubhaftes Bekenntnis zur demokratischen Ordnung und zu einer patriotischen Grundhaltung ablegen will. Wer von Steuergeld profitieren will, muss unsere politische Ordnung anerkennen und muss sich zumindest deklaratorisch für unser Land einsetzen.

8. Die Demokratie braucht die Urnenwahl!

Die Landesregierung hat unter Ausnutzung der Corona-Panik Ende 2020 ein Gesetz durchgebracht, das es ermöglicht, eine komplette Wahl als Briefwahl durchzuführen. Die Entscheidung darüber liegt in den Händen der Landeswahlleiterin. Wenn sie befindet, dass eine sogenannte „pandemische Lage“ besteht, wird auf Briefwahl umgestellt. Das ist ein Bruch mit grundlegenden Prinzipien unserer Demokratie! Nicht ohne Grund ist die Urnenwahl im Wahllokal das unangefochtene Leitbild jeder demokratischen Wahl.

Die Öffentlichkeit gewährleistet, dass die Wahlen geheim abgehalten werden, weil nur im Wahllokal sichergestellt ist, dass der Wähler tatsächlich die Möglichkeit hat, unbeobachtet zu wählen. Damit wird auch die Freiheit der Wahl geschützt, denn nur, wer im Geheimen wählt, ist wirklich frei in der Entscheidung. Die Transparenz der Urnenwahl im Wahllokal wirkt zudem Manipulationen jeder Art entgegen. Die Briefwahl dagegen öffnet Manipulationsversuchen Tür und Tor. Findet die Abgabe

der Wahl nicht zwischen Kabine und Urne statt, sondern auf dem normalen Postweg, können Wahlbriefe verschwinden oder Stimmen von Geisterwählern abgegeben werden. Aus diesen Gründen bestehen schwere verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Briefwahl.

Wir teilen diese Bedenken und wollen zum Schutze unserer Demokratie die Möglichkeiten der Briefwahl generell einschränken. Künftig soll nur noch derjenige per Briefwahl wählen kann, der glaubhaft macht, am Wahltag aus triftigen Gründen verhindert zu sein. Briefwahl soll nur demjenigen, der sonst nicht an der Wahl teilnehmen könnte, eine Wahlmöglichkeit verschaffen. Es darf aber nicht dazu kommen, dass jeder Bürger nach Gutdünken entscheiden kann, ob er per Brief oder im Wahllokal wählt.

9. Mehr direkte Demokratie wagen!

Wir treten dafür ein, den Bürgern unseres Landes mehr Möglichkeiten direkter Mitbestimmung zu geben. Die politische Klasse der Altparteien hat das Instrument der Volksabstimmungen bewusst unattraktiv gemacht, indem sie hohe Hürden und kurze Fristen gesetzt und es auf die kommunale Ebene beschränkt haben. Wir werden diese Hürden absenken, Fristen verlängern, auch digitale Unterschriftensammlungen ermöglichen und die Quoren insbesondere für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Landesebene absenken. Nicht nur bei Entscheidungen, die unmittelbar das Leben der Menschen betreffen – sei es eine Schulschließung, ein Bauprojekt oder ein Infrastrukturvorhaben –, sondern auch bei Richtungsentscheidungen der Landespolitik muss das Volk als Souverän das letzte Wort haben, denn Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes.

10. Politiker müssen Rechenschaft ablegen!

Viel zu oft genießen Politiker noch unberechtigte Zustimmung und Popularität, weil ihre unpopulären und bürgerfeindlichen Entscheidungen nicht bekannt sind. Wir werden dem entgegenwirken, indem wir dafür sorgen werden, dass nicht nur die Plenarsitzungen, sondern alle Ausschusssitzungen und alle weiteren öffentlichen Sitzungen des Landtags live im Netz übertragen und die Videomitschnitte danach zum Abruf dauerhaft bereitgestellt werden. Weiterhin werden wir alle Abstimmungen der Abgeordneten im Internet veröffentlichen.

11. Keine weitere Verschärfung des Waffenrechts!

Bedingt durch die linksalternative Diskursherrschaft werden Waffen zunehmend tabuisiert. Waffenbesitzer müssen sich rechtfertigen, Waffenliebhaber werden nur

noch als „Waffennarren“ angesprochen, das Waffengesetz wird, ohne dass dafür noch stichhaltige Begründungen gefordert werden, stetig verschärft. Damit wird uns ein Stück bürgerlicher Freiheit genommen!

Betroffen von den zunehmend sinnfreien Verschärfungen eines im Weltvergleich ohnehin schon hochrestriktiven Waffenrechts sind vor allem legale Waffenbesitzer, Sportschützen, Jäger und Waffensammler. Die illegalen Waffen, die für Straftaten bis hin zu terroristischen Anschlägen benutzt werden, werden davon nicht erfasst. Wir werden eine weitere Verschärfung des Waffenrechts mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln verhindern.

12. Zuverlässigkeit prüfen, nicht Gesinnung!

Aktuell verweigern die Waffenbehörden auf Anweisung des Landesverwaltungsamts jedem sogenannten Rechtsextremisten die waffenrechtliche Erlaubnis. Da im Verständnis der Regierung die AfD rechtsextrem ist, betrifft dies auch Mitglieder und Unterstützter der AfD. Man argumentiert damit, dass „Extremisten“ nicht über die notwendige waffenrechtliche Zuverlässigkeit verfügen. Der Umstand aber, dass jemand eine abweichende politische Meinung hat, sagt nichts darüber aus, wie verantwortungsvoll er mit einer Waffe umgeht. Wir werden deshalb die Waffenbehörden der Kommunen anweisen, künftig nur noch die Zuverlässigkeit zu prüfen, aber nicht mehr die politische Gesinnung.

13. Liberalisierung mit Augenmaß!

Ein strenges Waffenrecht ist prinzipiell zu befürworten, da Waffen nicht an Personen gelangen dürfen, die keine Gewähr für einen sicheren Umgang mit den Waffen bieten. Allerdings ist das deutsche Waffenrecht in einigen Bereichen überstreng. So sind Schreckschusswaffen, aus denen nur Platzpatronen verschossen werden können, wieder freizugeben. Der sogenannte Kleine Waffenschein ist abzuschaffen. In dieser Hinsicht ist die Rechtslage von vor 2003 wieder herzustellen. Außerdem muss es für besonders gefährdete Bürger möglich sein, zum Selbstschutz einen Waffenschein zu erhalten. Durch eine überstrenge Beurteilung der Anträge ist dieses auf dem Papier nach wie vor bestehende Recht de facto abgeschafft worden.

IX. Wirtschaft und Tourismus

In den vergangenen Jahren haben CDU-geführte Landesregierungen unser Land im großen Stil deindustrialisiert. Seit dem Amtsantritt des Wirtschaftsministers Sven Schulze hat sich dieser Trend weiter verschärft. Hinzu kommen explodierende Energiekosten, eine marode Verkehrsinfrastruktur sowie die Auswanderung von Fachkräften.

Die etablierten Parteien betrachten Wirtschaftspolitik als Vehikel zur Durchsetzung von wirtschaftsfremden Ideen von angeblichem Klimaschutz durch CO₂-Reduktion über außenpolitische Akzentsetzungen bis hin zu sogenannten Diversitätszielen. Das Ergebnis ist eine Wirtschaftspolitik, die der Wirtschaft Steine in den Weg legt und dafür sorgt, dass unsere Wirtschaft hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt.

Wegen solcher Rahmenbedingungen werden in Sachsen-Anhalt zu wenige Unternehmen gegründet oder neu angesiedelt. Gleichzeitig steigt die Zahl jener Unternehmen, die in die Insolvenz gehen oder ins Ausland abwandern

Eine AfD-geführte Landesregierung wird den wirtschaftlichen Niedergang und die damit verbundene De-Industrialisierung stoppen. Mithilfe einer Wirtschaftspolitik, die kleine und mittelständische Unternehmen als Rückgrat der sachsen-anhaltischen Wirtschaft in den Mittelpunkt stellt und mit flankierenden energie-, infrastruktur- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird die AfD-Landesregierung einen wirtschaftlichen Aufschwung und einen Re-Industrialisierungsprozess einleiten.

1. Förderung des Mittelstands statt Subventionierung globalistischer Großkonzerne!

Die CDU-geführte Landesregierung vernachlässigt die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Statt sich auf die Unterstützung heimischer Unternehmen zu fokussieren, konzentriert sie sich auf die Ansiedlung und Subventionierung ausländischer Großkonzerne.

Nach den Plänen der Landesregierung und der abgewählten Ampel-Regierung im Bund sollten für die Intel-Ansiedlung Subventionen in Höhe von zehn Milliarden Euro fließen. Dadurch sollten Standortnachteile des Landes wie die marode Infrastruktur und die hohen Energiekosten ausgeglichen werden. Umgerechnet sollten die angepeilten 3.000 Arbeitsplätze also mit mehr als drei Millionen Euro pro Arbeitsplatz subventioniert werden.

Letztlich wurde die von Ministerpräsident Reiner Haseloff und Wirtschaftsminister Sven Schulze geplante Ansiedlung von Intel keine Erfolgsgeschichte, sondern zu einem Ausdruck des wirtschaftspolitischen Scheiterns. Dieser wirtschaftspolitische Blackout zeigt, dass sich milliardenschwere Subventionen für ein einzelnes Großunternehmen nicht dafür eignen, strukturelle Wirtschaftsprobleme am Standort Sachsen-Anhalt zu lösen.

Deshalb wird eine AfD-geführte Landesregierung eine Wirtschaftspolitik betreiben, die darauf abzielt, die gegenwärtigen Standortnachteile zu beseitigen und neue Standortvorteile zu generieren. Diese Politik soll dazu dienen, die Insolvenz und Abwanderung kleiner und mittelständischer Unternehmen zu stoppen sowie die Gründung kleiner und mittelständischer Unternehmen im Land zu fördern.

2. Wirtschaftsschädliche Sanktionen beenden!

Vor Beginn des Ukraine-Konfliktes zählte Russland zu den wichtigsten Handelspartnern des Landes Sachsen-Anhalt. Durch das von der EU verhängte Embargo gegen Russland im Jahre 2022 ist der Handel sachsen-anhaltischer Unternehmen mit Russland fast zum Erliegen gekommen. Nicht nur der Importstopp günstiger Energieprodukte, auch der Exportrückgang hat die heimische Wirtschaft hart getroffen. Ähnliches gilt für die Sanktionen gegenüber Weißrussland und dem Iran. Sanktionen schaden dem, der sie ausspricht am meisten!

Deshalb wird sich eine AfD-geführte Landesregierung im Bundesrat für die Aufhebung der Russlandsanktionen und aller anderen Wirtschaftssanktionen einsetzen. Davon unabhängig können Sanktionen als Mittel zur Durchsetzung besonderer Interessen im Einzelfall gerechtfertigt sein. Zu nennen wäre der Fall, dass Sanktionen gegen ein Land erhoben werden, das sich weigert, illegale Einwanderer zurückzunehmen.

3. Bürokratisierung beenden, Bürokratieabbau einleiten!

Die bürokratische Last der Unternehmen in Sachsen-Anhalt ist erdrückend und wirkt als Wachstumsbremse im Land. Schließlich verursachen bürokratische Regelungen beträchtliche Kosten und blockieren personelle Ressourcen. Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen stellen sie eine überproportionale Belastung dar. Dadurch werden Entwicklungs- und Innovationsprozesse beeinträchtigt.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird alle bürokratischen Regelungen des Landes, die nicht zwingend vorgegeben sind, auf ihre Sinnhaftigkeit prüfen und überflüssige Regelungen streichen.

3370 Als Richtmarke sollen zudem für jede neu geschaffene sowie sinnvolle bürokrati-
3371 sche Maßnahme mindestens zwei überflüssige Regelungen gestrichen und dadurch
3372 die Entbürokratisierung vorangetrieben werden.
3373

3374 **4. Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen in Sachsen-Anhalt prüfen!**

3375
3376 Während andere Nationen mit unterschiedlich aufgebauten Sonderwirtschaftszo-
3377 nen beachtliche volkswirtschaftliche Ergebnisse erzielen, kann Deutschland auf
3378 diesem Gebiet bislang keine Erfahrungen vorweisen. Deshalb wird eine AfD-ge-
3379 führte Landesregierung wirtschaftspolitisches Neuland beschreiten, indem sie die
3380 Einrichtung räumlich abgegrenzter Sonderwirtschaftszonen in strukturschwachen
3381 Regionen des Landes prüft. In diesen Regionen sollen erleichterte rechtliche sowie
3382 administrative Bedingungen für Investoren gelten. Dadurch sollen Wirtschaftsstruk-
3383 turen vor Ort aufgebaut, ausgebaut und verbessert werden.
3384

3385 **5. Heimische Fachkräfte im Land halten!**

3386
3387 Seit Jahrzehnten wandern einheimische Fachkräfte in hoher Zahl aus Deutschland
3388 und Sachsen-Anhalt aus. Die Auswanderung einheimischer Leistungsträger führt zu
3389 ökonomischen Folgekosten. Sie zeigt, dass die Verhältnisse in unserem Land nicht
3390 in Ordnung sind. Diese Leistungsträger wollen nicht, dass ihre Steuergelder für die
3391 Gesellschaftsexperimente der Altparteien vergeudet werden. Sie stimmen mit den
3392 Füßen ab und verlassen ihre Heimat. Eine AfD-geführte Landesregierung wird Maß-
3393 nahmen einleiten, um den „Brain Drain“ aus Sachsen-Anhalt zu stoppen.
3394

3395 Für ein wirkungsvolles Konzept zur Verhinderung weiterer Abwanderung in andere
3396 Bundesländer und Auswanderung in andere Staaten bedarf es außerdem aufeinander
3397 abgestimmter Maßnahmen in verschiedenen Politikfeldern. Unter anderem
3398 muss die Innere Sicherheit wieder hergestellt, Energie wieder bezahlbar, die marode
3399 Infrastruktur saniert und das gesamte Bildungssystem grundlegend reformiert wer-
3400 den. Die dazu notwendigen Maßnahmen finden sich im vorliegenden Regierungs-
3401 programm.
3402

3403 **6. Akademisierungswahn beenden, Freiwilliges Handwerksjahr einführen!**

3404
3405 Die Zahl der Auszubildenden im Handwerk verharrt seit Jahren auf niedrigem Ni-
3406 veau. Einer der Gründe dafür ist die fehlgeleitete Akademisierungspolitik der Altpar-
3407 teien. Dieser Akademisierungswahn hat zu einer starken Bevorzugung des Studiums
3408 gegenüber einer handwerklichen Ausbildung geführt.
3409

Um diesen Trend umzukehren, wird eine AfD-geführte Landesregierung ein Freiwilliges Handwerksjahr einführen. Die Maßnahme soll dazu dienen, Schulabsolventen das Handwerk als attraktive Karrieremöglichkeit nahezubringen. Im Laufe eines Jahres sollen sie die Möglichkeit haben, vier verschiedene Handwerksberufe kennenzulernen. Dabei sollen die Nachwuchskräfte praktische Erfahrungen sammeln und bei ihrer Berufswahl unterstützt werden. Außerdem sollen sie mehrere Handwerksbetriebe samt ihrer Betriebskultur und Mitarbeiter kennenlernen.

Das Handwerksjahr soll sowohl den Praktikanten als auch den Handwerksunternehmen nutzen. Auf diese Weise bekommen beide Seiten Gewissheit darüber, ob eine zukünftige Zusammenarbeit sinnvoll erscheint. Im besten Fall mündet das gegenseitige Kennenlernen in eine ‚Win-Win-Situation‘ und der Praktikant von heute wird zum Auszubildenden von morgen.

7. Führerschein-Zuschuss für Sachsen-Anhalts Auszubildende!

Unter der CDU-geführten Landesregierung ist die Zahl abgeschlossener dualer und schulischer Ausbildungsverträge signifikant zurückgegangen. Eine AfD-geführte Landesregierung wird Maßnahmen ergreifen, um diesen Negativtrend der vergangenen Jahre zu stoppen und umzukehren. Dafür muss die Attraktivität der Berufsausbildung für junge Menschen in Sachsen-Anhalt wieder gesteigert werden.

Deshalb wird eine AfD-Landesregierung einen Führerschein-Zuschuss für Auszubildende in Höhe von 1.500 Euro einführen. Der Zuschuss soll an den erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung in der Regelzeit gekoppelt werden. Er soll auch dazu dienen, die Mobilität von jungen Bürgern insbesondere im ländlichen Raum zu ermöglichen. So soll der Führerschein-Zuschuss dazu beitragen, die Abwanderung einheimischer Jugendlicher in Ballungsräume anderer Bundesländer zu vermeiden.

8. Junge Nachwuchskräfte im Land halten, Ausbildungsprämie einführen!

Unter der CDU-geführten Landesregierung hat sich der Fachkräftemangel im Land weiter verschärft. Dieses Versagen bei der Fachkräftesicherung führt zu einem zunehmenden Personalproblem bei Handwerk, Mittelstand und Industrie.

Für eine AfD-geführte Landesregierung besteht die Lösung dieses Problems nicht in der Masseneinwanderung von unqualifizierten, bildungsfernen und kulturfremden Migranten, sondern in der Aktivierung und Sicherung einheimischer Nachwuchskräfte für den hiesigen Arbeitsmarkt.

Die Fachkräfte von morgen, die unser Land dringend benötigt, werden gut ausgebildete Lehrlinge aus Sachsen-Anhalt mit hervorragenden Ausbildungsabschlüssen

sein. Als Anreiz dafür wird eine AfD-Landesregierung Prämien für Ausbildungen mit überdurchschnittlich guten Abschlusszeugnissen einführen. Die Prämien sollen zudem als Anreiz dazu dienen, dauerhaft im Land sesshaft zu bleiben. So soll die Auszahlung nicht unmittelbar nach dem Abschluss der Ausbildung, sondern erst nach einer daran anschließenden zweijährigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Sachsen-Anhalt erfolgen.

9. Kostenfreie Meisterausbildung gewährleisten, Meisterprämie einführen!

In den vergangenen Jahren haben in Sachsen-Anhalt immer weniger Handwerker einen Meisterbrief gemacht. Eine AfD-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass die Meisterausbildung zukünftig kostenfrei erfolgt. Die Befreiung von den Kosten der Ausbildung soll unabhängig vom Alter der Auszubildenden erfolgen. Sie soll jedoch vor allem auch jungen Menschen helfen, die aufgrund des frühen Stadiums ihres Erwerbslebens noch keine größeren Rücklagen bilden konnten und sich mit dem Gedanken an die Gründung einer Familie tragen.

Außerdem soll eine Meisterprämie eingeführt werden, um Handwerker zu motivieren, bereits in jungen Jahren einen Meisterabschluss anzustreben. Bei einem Abschluss vor Vollendung des 25. Lebensjahres soll die Prämie 5.000 Euro betragen. Wer den Abschluss nach Vollendung des 25. und vor Vollendung des 30. Lebensjahres erwirbt, soll eine Prämie in Höhe von 2.500 Euro erhalten. Personen, die ihre Meisterprüfung nach Vollendung des 30. Lebensjahres abschließen, soll eine Meisterprämie in Höhe von 1.000 Euro ausbezahlt werden.

10. Betriebsaufgaben verhindern, Unternehmensnachfolge sichern!

In Sachsen-Anhalt nimmt der Anteil von Betriebsinhabern, die in wenigen Jahren das Ruhestandsalter erreichen werden, stetig zu. Damit wächst die Bedeutung von Betriebsübergaben. Schließlich wollen viele Unternehmer ihre Betriebe in jüngere Hände geben. Die Suche nach einem Nachfolger gestaltet sich jedoch oftmals schwierig.

Anhand des Handwerkssicherungskonzeptes der AfD lässt sich beispielhaft zeigen, wie Lösungsansätze für das Nachfolgeproblem gestaltet werden können. Dieses Konzept besteht aus aufeinander aufbauenden und ineinandergreifenden Elementen zur Gewinnung, Ausbildung, Fortbildung und Sicherung von Handwerkern in Sachsen-Anhalt.

In einem idealtypischen Fall absolviert ein in Sachsen-Anhalt heimischer Schulabsolvent erstens das Freiwillige Handwerksjahr, beginnt danach zweitens mit seiner Handwerksausbildung, erhält drittens den Azubi-Zuschuss zum Führerschein

sowie viertens die Prämie für einen herausragenden Abschluss der Grundausbildung, absolviert fünftens die kostenfreie Meisterausbildung, erhält dafür sechstens die Meisterprämie und übernimmt schließlich siebtens jenen Handwerksbetrieb, in dem er die zuvor beschriebenen Meilensteine auf dem Weg zum eigenen Unternehmen durchlaufen hat.

11. Technisierung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz als Wirtschaftsfaktor nutzen!

Durch Investitionen in Technisierung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz können Unternehmen Produktionsprozesse effizienter gestalten, ihren Ressourceneinsatz optimieren und ihre Produktivität steigern.

Darum wird eine AfD-geführte Landesregierung Maßnahmen und Investitionen kleiner und mittelständischer Unternehmen in diesen Feldern unterstützen und fördern. Damit soll eine Modernisierung und zukunftssichere Aufstellung des Wirtschaftsstandorts Sachsen-Anhalt gewährleistet werden.

12. Gütesiegel „Produziert in Sachsen-Anhalt“ einführen!

In Sachsen-Anhalt werden zahlreiche Produkte mit überregionaler Bekanntheit und Beliebtheit hergestellt. Um die damit verbundene Vielfalt heimischer Produkte herauszustellen, wird eine AfD-geführte Landesregierung das Gütesiegel „Produziert in Sachsen-Anhalt“ entwickeln, einführen und etablieren. Außerdem soll eine dazu passende Vermarktungskampagne initiiert werden.

Das Sachsen-Anhalt-Siegel soll als freiwillige Herkunftsbezeichnung für zumeist von Traditionsunternehmen hergestellte und vertriebene Produkte dienen, die einen besonderen Bezug zu und einen charakteristischen Wert für unser Land haben.

13. Stagnation beenden, heimischen Tourismus stärken!

Der heimische Tourismus ist ein wichtiger und zukunftssträchtiger Wirtschaftsfaktor für Sachsen-Anhalt. Für unser überwiegend ländlich geprägtes Bundesland schafft er Einkommensmöglichkeiten, Bleibeperspektiven für einheimische Fachkräfte und die Möglichkeit, die Infrastruktur vor Ort zu entwickeln.

Während der Inlandstourismus in den meisten Bundesländern floriert, verharrt er in Sachsen-Anhalt in trister Stagnation. Verantwortlich dafür ist die CDU-geführte Landesregierung. Seit ihrem Amtsantritt ist es ihr nicht gelungen, den Tourismus

3534 angemessen zu fördern und dabei die kulturellen Eigenheiten sowie die historische
3535 Prägung des Landes zu nutzen.
3536

3537 Eine AfD-geführte Landesregierung wird im Rahmen der neuen Kampagne
3538 #deutschdenken ein in sich stimmiges Konzept entwickeln und umsetzen, um dem
3539 Tourismus in Sachsen-Anhalt zu neuer Blüte zu verhelfen.
3540

3541
3542
3543
3544
3545
3546
3547
3548
3549
3550
3551
3552
3553
3554
3555
3556
3557
3558
3559
3560
3561
3562
3563
3564
3565
3566
3567
3568
3569
3570
3571
3572
3573
3574
3575
3576

X. Energiepolitik

Die planwirtschaftliche Energiewende der Altparteien ist dramatisch gescheitert. Der damit verbundene energiepolitische Sonderweg ist die Ursache für explodierende Energiekosten, steigende Energiearmut, zunehmende Deindustrialisierung und eine abnehmende Versorgungssicherheit. Daher braucht Sachsen-Anhalt eine energiepolitische Kehrtwende um 180 Grad.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird diese Kehrtwende einleiten, und zwar durch die Rückkehr zu einem breit angelegten Energiemix auf Grundlage der sozialen Marktwirtschaft, der auch fossile Energieträger beinhaltet. Dieser Paradigmenwechsel ist Voraussetzung für sinkende Energiepreise, eine wirksame Bekämpfung der Energiearmut, den Beginn eines Re-Industrialisierungsprozesses und die Gewährleistung energiepolitischer Versorgungssicherheit.

Die energiepolitische Kehrtwende ist zudem dringend notwendig, weil die planwirtschaftliche Energiewende die soziale Frage in Sachsen-Anhalt weiter verschärft hat. Schließlich findet durch die Subventionierung erneuerbarer Energien auf Kosten der Verbraucher eine noch nie dagewesene Umverteilung von unten nach oben statt. Von den explodierenden Energiepreisen sind vor allem Einkommensschwache wie etwa altersarme Rentner betroffen. In der Folge müssen zahlreiche Haushalte ihren Konsum drastisch reduzieren. Auch deshalb wird eine AfD-geführte Landesregierung die Energiewendepolitik im Land beenden und darauf hinwirken, dass die Energiepreise wieder auf ein sozialverträgliches Niveau sinken.

Mithilfe der sogenannten Energiewende wollen die Altparteien zur ‚Rettung‘ des Weltklimas beitragen. Dabei lässt sich das weltweite Klima weder in Deutschland und schon gar nicht in Sachsen-Anhalt retten. Schließlich stellt eine zunehmende Zahl von Staaten die Klimarettungslogik, die auf der These eines menschengemachten Klimawandels basiert, in Frage.

Die AfD lehnt die globalistische Klimaideologie und die damit einhergehende Wohlstandsvernichtungspolitik grundlegend ab. Eine AfD-geführte Landesregierung wird nicht versuchen, das Weltklima in Sachsen-Anhalt zu retten. Stattdessen wird sie eine in sich schlüssige Adaptionsstrategie für das Land entwickeln. Anstatt immer neue aussichtslose Versuche zu unternehmen, das Wetter machen zu wollen, sollten wir uns besser an das sich seit Menschheitsgedenken stets wandelnde Klima anpassen. Schließlich handelt es sich beim Klima seit jeher um eine Wirklichkeit, die der Mensch außerhalb seiner selbst vorfindet, und die er in sein Handeln einbeziehen muss.

3618 **1. Subventionen für erneuerbare Energien streichen, Einspeisevorrang beenden!**

3619

3620 Ein Vierteljahrhundert nach Beginn der Energiewende hat sich die Behauptung, die
3621 Förderung erneuerbarer Energien werde zu niedrigen Strompreisen führen, nicht er-
3622 füllt. Heute hat Deutschland die höchsten Strompreise der Welt. Dabei sind die
3623 Preise in Ostdeutschland noch höher als im Westen.

3624

3625 Mittlerweile liegen die Gesamtkosten der Energiewende bei rund fünf Billionen Euro.
3626 Im Bund sollen allein die jährlichen EEG-Subventionen für Anlagenbetreiber bis zum
3627 Jahr 2029 auf 23 Milliarden Euro steigen. Die CDU-geführte Landesregierung fördert
3628 die erneuerbaren Energien ebenfalls mit steuergeldfinanzierten Subventionen in
3629 Millionenhöhe.

3630

3631 Eine AfD-geführte Landesregierung wird diese Subventionen unter Wahrung des Be-
3632 standsschutzes ausnahmslos streichen. Außerdem wird sie sich im Bundesrat da-
3633 für einsetzen, dass auch auf Bundesebene jegliche Subventionierung der Energie-
3634 wende eingestellt wird. Darüber hinaus wird sich eine AfD-Landesregierung im Bun-
3635 desrat für das Ende des Einspeisevorrangs für erneuerbare Energien stark machen.
3636 Die erneuerbaren Energien müssen sich nach nunmehr 25 Jahren endlich den Ge-
3637 setzen des freien Marktes stellen.

3638

3639 **2. Stromsteuer auf Mindestwert absenken, Privathaushalte entlasten!**

3640

3641 Die Bundesregierung hat den Bürgern in ihrem Koalitionsvertrag eine Absenkung der
3642 Stromsteuer versprochen. Dieses zentrale Versprechen wurde von CDU-Bundes-
3643 wirtschaftsministerin Katherina Reiche bis auf Weiteres abgeräumt.

3644

3645 Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat für die maximal mögli-
3646 che Absenkung der Stromsteuer für alle Privathaushalte von 2,05 Cent pro Kilowatt-
3647 stunde auf den EU-Mindestwert in Höhe von 0,1 Cent pro Kilowattstunde einsetz-
3648 ten. Diese Maßnahme soll dazu dienen, vor allem die einkommensschwächeren
3649 Bürger zu entlasten.

3650

3651 **3. Landesenergieagentur abschaffen!**

3652

3653 Für die Umsetzung der stockenden Energiewende greifen die Altparteien zu verzwei-
3654 felten Maßnahmen. Um den Ausbau der erneuerbaren Energien im Land voranzu-
3655 bringen, ist es der CDU-geführten Landesregierung zufolge erforderlich, eine „Küm-
3656 mererstruktur“ aufzubauen.

3657

Bei der sogenannten Landesenergieagentur handelt es sich um einen integralen Bestandteil dieser „Kümmererstruktur“. Für ihre Finanzierung werden laut Haushaltsplan allein für die Jahre 2023 bis 2026 rund zehn Millionen Euro bereitgestellt. Eine AfD-geführte Landesregierung wird diese Steuergeldvergeudung beenden und die Landesenergieagentur abschaffen.

4. Akzeptanzgesetz abschaffen!

In Sachsen-Anhalt leisten zahlreiche Bürgerinitiativen Widerstand gegen den Bau von Windrädern, Solarparks und Kabeltrassen. Die AfD versteht sich als Anwalt dieser Initiativen und steht ihnen bei Bedarf mit Rat und Tat zur Seite.

Die CDU-geführte Landesregierung will diesen Widerstand mit aller Macht brechen. Zu diesem Zweck hat sie das sogenannte „Gesetz zur Akzeptanzsteigerung und Beteiligung beim Ausbau Erneuerbarer Energien“ verabschiedet. Die in dem Gesetz verankerten finanziellen Anreize sind geeignet, widerspenstige Kommunen zu erpressen. Erst haben die Altparteien den Kommunen im Land die Folgekosten für Gesellschaftsexperimente wie die Energiewende und die Massenmigration aufgebürdet. Nun sollen die klammen Kommunen durch monetäre Anreize dazu genötigt werden, dem Bau von Windrädern oder Solarparks zuzustimmen.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird dieses Gesetz abschaffen und mit einer guten Regierungspolitik dazu beitragen, dass sich die finanzielle Situation der Kommunen im Land verbessert.

5. Wärmeplanungs- und Gebäudeenergiegesetz abschaffen, Förderung von Wärmepumpen beenden!

Die AfD lehnt staatlichen Zwang und Dirigismus im Wärmesektor zur angeblichen Rettung des Weltklimas ab. Bei der Wärmeversorgung sollen Privathaushalte, Bauherren, Vermieter und Kommunen selbst über das Optimum zwischen Energieeinsparung und Investitionskosten bestimmen können. Daher fordert die AfD einen technologieoffenen Wärmesektor, in dem auch zukünftig preiswertes Erdgas, Heizöl und Holz zur Verfügung stehen.

Dementsprechend wird sich eine AfD-geführte Landesregierung im Bundesrat für die Abschaffung des Wärmeplanungs- und Gebäudeenergiegesetzes sowie deren Folgegesetze und Verordnungen einsetzen. Auf Landesebene wird die AfD-Regierung das Ausführungsgesetz zur Umsetzung der Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze im Land Sachsen-Anhalt abschaffen.

Außerdem wird eine AfD-Landesregierung – unter Wahrung des Bestandsschutzes – auf die Streichung jeglicher Fördermittel und -programme für Wärmepumpen hinwirken. Auch diese Form der Wärmeerzeugung muss sich ohne Subventionen in einem technologieoffenen und freien Wärmemarkt behaupten.

6. Windkraftausbau stoppen, Windkraftmoratorium beschließen!

Windräder werden mitunter als „Titanen der Energiewende“ bezeichnet. Tatsächlich werden für ihre Herstellung große Mengen an energieintensivem Stahl, Aluminium, Kupfer und Beton benötigt. Dadurch wird ihre angeblich positive Ökobilanz in Frage gestellt. Letztlich sind damit auch Windräder keinesfalls der Logik des fossilen Energieregimes enthoben, sondern ebenfalls eine Verkörperung fossiler Brennstoffe.

Darüber hinaus stehen Windräder für fehlende Grundlastfähigkeit, die Verunstaltung heimatlicher Kulturlandschaften, Gesundheitsrisiken für die Bevölkerung, den Wertverlust von Immobilien in ihrem Nahbereich, negative Auswirkungen auf die Pflanzen- und Tierwelt (Stichwort: Vogel- und Insektenserven), die Beeinflussung des Mikroklimas, Bodenversiegelung, Bodentrockenheit und Umweltverschmutzung durch Mikroplastik.

Deshalb wird eine AfD-geführte Landesregierung ein Windkraftmoratorium beschließen. In der Folge werden in Sachsen-Anhalt bis auf Weiteres keine neuen Genehmigungen für Windräder mehr erteilt werden. Außerdem wird sich eine AfD-Landesregierung im Bundesrat für eine Abschaffung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes einsetzen.

7. Keine Solarparks in deutschen Kulturlandschaften und auf heimischem Ackerland!

Die AfD lehnt die Errichtung industrieller und großflächiger Solarparks in deutschen Kulturlandschaften und auf heimischem Ackerland ab. Schließlich führen Photovoltaikanlagen in diesen Gebieten zu lokaler Erwärmung und Bodenaustrocknung. Über Generationen hinweg gepflegtes Acker- und Grünland muss erhalten bleiben und zur Sicherstellung der lokalen Versorgung mit Nahrungsmitteln weiterhin einer landwirtschaftlichen Nutzung dienen.

Deshalb wird eine AfD-geführte Landesregierung darauf hinwirken, dass die Versiegelung von wertvollem Kultur- und Ackerland auf dem Altar einer utopischen Energiepolitik gestoppt wird. Alternativ dazu können Solaranlagen mit Bedacht auf bereits versiegelten Flächen – beispielsweise auf Dachflächen in Gewerbegebieten – installiert werden. Auf diese Weise eingesetzt kann Solarenergie einen Beitrag zur kommunalen Selbstversorgung leisten.

3741

3742 **8. Rückbaufinanzierung für stillgelegte Windkraft- und Solaranlagen sicherstel-**
3743 **len!**

3744

3745 Eine AfD-geführte Landesregierung wird prüfen, ob die Betreiber bereits genehmigter und errichteter Anlagen zur Rückstellungsbildung für einen vollumfänglichen Rückbau verpflichtet werden können. Die Maßnahmen sollen dazu dienen, den Eigentümern der Anlagen die tatsächlichen Rückbaukosten zuzuführen. Dadurch soll eine spätere finanzielle Haftung der öffentlichen Hand für Rückbauprozesse ausgeschlossen werden.

3750

3751

3752 **9. Grüne Wasserstoffstrategie beenden, Steuergeldvergeudung stoppen!**

3753

3754 Die grüne Wasserstoffstrategie der CDU-geführten Landesregierung ist dramatisch gescheitert. Schließlich ist nicht alles, was technisch machbar ist, auch ökonomisch sinnvoll. Wasserstoff ist als Energieträger nicht wettbewerbsfähig. Das gilt insbesondere für sogenannten grünen Wasserstoff. Mittlerweile stehen in Sachsen-Anhalt zahlreiche steuergeldfinanzierte Projekte vor dem Aus.

3759

3760 Deshalb wird eine AfD-geführte Landesregierung die auf klimaideologischen und planwirtschaftlichen Grundsätzen basierende Wasserstoffstrategie umgehend beenden, die Mitwirkung des Landes an der „Initiative Wasserstoff in Ostdeutschland“ stoppen und die damit verbundene jährliche Zahlung des Mitgliedsbeitrags in Höhe von 100.000 Euro einstellen. Außerdem wird sie auf Landesebene jegliche Subventionierung von grünem Wasserstoff – darunter auch das Förderprogramm „Sachsen-Anhalt Zukunftsenergien“ – streichen. Des Weiteren wird eine AfD-Landesregierung, die für den Auf- und Ausbau eines Wasserstoffnetzes eingeplanten Finanzmittel in Höhe von 54 Millionen Euro einsparen.

3769

3770 **10. Vorsicht Energiewende – Blackout-Vorsorge für Sachsen-Anhalt treffen!**

3771

3772 Durch die Energiewende und den damit verbundenen Ausbau nicht grundlastfähiger Energien ist die deutsche Energieversorgung unsicher geworden. Während Dunkelflauten, in denen der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, kann die Stromversorgung im Land nur durch das Hochfahren von Kohle- und Gaskraftwerken aufrechterhalten werden.

3777

3778 Eine AfD-geführte Landesregierung wird Maßnahmen einleiten, um die Energieautonomie des Landes zu steigern und die Energieversorgung in Sachsen-Anhalt sicherzustellen. Dazu gehört auch die Beibehaltung der Braunkohleverstromung. Außerdem wird eine AfD-Landesregierung für den Fall eines überregionalen

3781

Stromausfalls eine Blackout-Strategie entwickeln. Diese soll dazu dienen, die Bürger des Landes im Ernstfall zu schützen und die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten.

11. Energiepreisexplosion beenden, Deindustrialisierung stoppen, Reindustrialisierung einleiten!

Nicht nur die Privathaushalte, auch die Unternehmen im Land sind von der Energiewendepolitik und der damit verbundenen Explosion der Energiekosten betroffen. Schließlich handelt es sich bei Energiepreisen um einen wichtigen Standortfaktor. Aus diesem Grund schreitet die Deindustrialisierung in Sachsen-Anhalt durch Firmenpleiten und Standortverlagerungen voran. Die Energiewende ist also – entgegen anders lautender Behauptungen der Altparteien – kein Jobmotor, sondern ein massives Arbeitsplatzvernichtungsprogramm.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird eine energiepolitische Bundesratsinitiative starten. Ziel der Initiative ist die Absenkung der Stromsteuer nicht nur für Industriebetriebe sowie Land- und Forstwirtschaft, sondern für alle Unternehmen. Außerdem zielt die Initiative auf die Wiederaufnahme von Energieimporten aus Russland ab. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Deindustrialisierung sowie den Arbeitsplatzabbau im Land zu stoppen und einen Reindustrialisierungsprozess einzuleiten.

12. Energiepolitische Russlandsanktionen beenden, Nord-Stream- Pipelines in Betrieb nehmen!

Die im Jahre 2022 eingeleitete Sanktionspolitik gegen Russland hat die Energiekrise in Deutschland und Sachsen-Anhalt weiter verschärft. Seither exportiert Russland Öl und Gas bevorzugt und zu günstigen Konditionen nach China und Indien. Der Import von teurem und umweltschädlichem Fracking Gas auf dem Seeweg kann das günstige und über Pipelines importierte russische Erdgas nicht ersetzen.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die energiepolitischen Sanktionen gegen Russland beendet und die deutsch-russischen Handelsbeziehungen normalisiert werden. Die beschädigten Stränge der Pipeline Nord Stream 1 sowie der beschädigte Strang A von Nord Stream 2 sollen schnellstmöglich repariert werden. Währenddessen soll der intakte Strang B von Nord Stream 2 zur Wiederaufnahme von Gasimporten aus Russland genutzt werden.

13. Heimat, Umwelt und Bevölkerung schützen – Kein Fracking in Sachsen-Anhalt!

Seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs im Jahre 2022 diskutieren Politiker der Altparteien aus Mangel an Alternativen zu russischem Erdgas über die Förderung von heimischem Erdgas mithilfe von Fracking. Bei genauer Betrachtung wird klar, dass deutsches Fracking-Gas nicht zur Lösung der Energieprobleme im Lande taugt.

Nach derzeitigem Erkenntnisstand wird es in Sachsen-Anhalt keine Erdgasgewinnung durch Fracking geben, weil keine Vorkommen existieren, die sich gewinnbringend ausbeuten lassen. Außerdem lehnt die AfD die Förderung von Erdgas mithilfe von Fracking aus heimischem Boden aus umwelt-, sicherheits- und gesundheitspolitischen Gründen ab. Unter einer AfD-geführten Landesregierung wird es kein Fracking in Sachsen-Anhalt geben.

14. Energiepreise senken, Netzstabilität schaffen, neue Gaskraftwerke errichten!

Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich für den Bau neuer Gaskraftwerke einsetzen und Möglichkeiten für deren Errichtung an Standorten in Sachsen-Anhalt prüfen. Moderne Gaskraftwerke sind geeignet, den Strompreis zu senken und Netzsicherheit zu gewährleisten. Darüber hinaus kann ihre Abwärme für Heizzwecke genutzt und dadurch eine kostengünstige Wärmeversorgung gewährleistet werden.

15. Kohleausstieg stoppen – Kohlestandort Sachsen-Anhalt erhalten!

Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass der Kohleausstieg in Deutschland gestoppt wird. Auf Landesebene wird die Landesregierung auf den Erhalt des Kohlestandorts Sachsen-Anhalt auch über das Jahr 2038 hinaus hinwirken. Schließlich sind die Förderung des heimischen Bodenschatzes Braunkohle sowie die Braunkohleverstromung dazu geeignet, die Strompreise zu senken, Grundlastfähigkeit, Netzstabilität und Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten, die Stromimportabhängigkeit zu verringern und gut bezahlte Industriearbeitsplätze im Land zu sichern.

Deutschland und Sachsen-Anhalt verfügen über die modernsten, effizientesten und saubersten Kohlekraftwerke der Welt. Eine AfD-geführte Landesregierung wird darauf hinarbeiten, dass diese Kraftwerke auch nach der Erschöpfung der heimischen Kohlereserven als strukturbestimmender Energie- und Wirtschaftsfaktor in Betrieb bleiben und fortan mit importierter Braunkohle versorgt werden.

16. Neustart vornehmen – Wiedereinstieg in die Kernenergie einleiten!

Seit einigen Jahren erlebt die Kernkraft eine Renaissance und ist weltweit auf dem Vormarsch. Die wirtschafts- und geopolitischen Großmächte messen der Nutzung von Kernenergie hohe Bedeutung zu. Doch nicht nur in China, Russland und den USA, auch in anderen Europäischen Ländern steigt ihr Anteil im Energiemix stetig an. Währenddessen hat Deutschland unter der Ägide der Altparteien mit dem Ausstieg aus der Kernenergie einen energiepolitischen Sonderweg beschritten.

Eine AfD-Landesregierung wird sich im Bundesrat für einen Wiedereinstieg in die Kernkraft einsetzen. Zunächst soll die Kernenergieforschung im Land wieder etabliert werden. Dabei soll ein Fokus der Forschungstätigkeit auf neuartigen Kernkraftwerken wie dem Dual-Fluid-Reaktor und der damit verbundenen Weiterverwertung alter und bereits eingelagerter Brennstäbe liegen.

Mittelfristig soll der Wiedereinstieg in die kostengünstige Stromproduktion durch Kernenergie erfolgen. Bis Deutschland wieder Kernkraft nutzt, werden Kohle und Gas eine sichere Stromversorgung gewährleisten müssen.

17. Steuergeldvergeudung beenden – E-Auto-Subventionen streichen!

Seit vielen Jahren werden die teuren und in ihrer Reichweite beschränkten E-Autos sowie die dazugehörige Ladeinfrastruktur auf Bundesebene mit Milliardensummen gefördert. Die CDU-geführte Landesregierung subventioniert die E-Mobilität ebenfalls mit Steuergeldern in Millionenhöhe.

Dennoch haben sich E-Fahrzeuge weder bundes- noch landesweit am Markt durchgesetzt und sind bei den Deutschen unbeliebter denn je. Noch immer besteht die Fahrzeugflotte in Deutschland zu 96 Prozent aus Verbrennerfahrzeugen. Mittlerweile steht fest: Die Moralisierung der Mobilität im Namen einer Energie-, Verkehrs- und Klimawende ist gescheitert.

Nicht nur die erneuerbaren Energien, auch die E-Mobilität muss sich endlich den Gesetzen des freien Marktes stellen. Eine AfD-geführte Landesregierung wird jegliche Subventionen für E-Autos und deren Ladeinfrastruktur streichen. Im Bundesrat wird sich die Landesregierung für die Streichung der Fördergelder auf Bundesebene einsetzen.

18. Energie- und Verkehrswendeirrsinn beenden – Verbrenner-Verbot stoppen!

Sowohl auf EU- als auch auf Bundesebene wird die Energie- und Verkehrswendepolitik der Altparteien von der Realität eingeholt. Im Jahre 2025 kündigte die EU-Kommission an, sie habe die Bedenken der Industrie gehört und werde das für 2035 beschlossene Verbrenner-Aus prüfen und gegebenenfalls verschieben. Auch auf Bundesebene wird eine Verschiebung des Verbrenner-Verbots diskutiert.

Die AfD fordert, dass das Verbrenner-Verbot nicht nur um einige Jahre verschoben, sondern endgültig gestoppt wird. Schließlich ist die heimische Autoindustrie als bedeutender Wirtschaftszweig seit Jahrzehnten Garant des deutschen Wohlstands. Auch zahlreiche Sachsen-Anhalter sind in der Auto- und Zuliefererindustrie beschäftigt. Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat für den endgültigen Stopp des Verbrenner-Verbotes einsetzen.

19. Autofahrer entlasten – Kraftstoffpreise senken!

Sachsen-Anhalt ist nicht nur das Land der Frühaufsteher, sondern auch das Land der Berufspendler. Zahlreiche Sachsen-Anhalter sind von den hohen deutschen Kraftstoffpreisen betroffen. Die AfD-Landtagsfraktion hat bereits im Jahre 2022 den Antrag „Kraftstoffpreise sofort senken – Lebensgrundlagen der Bürger schützen“ eingebracht. Der Anteil von Steuern und Abgaben am Benzinpreis lag 2025 bereits bei 61 Prozent, beim Dieselpreis waren es 53 Prozent, Tendenz weiter steigend.

Im Jahre 2025 hat das Bundeskartellamt festgestellt, dass Tanken im Osten deutlich teurer ist als im Westen. In der Analyse des Kartellamts wird Sachsen-Anhalt als Negativbeispiel hervorgehoben. Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Energiesteuer für Kraftstoffe auf den EU-Mindestsatz abgesenkt wird.

20. Heimatschutz und Klimaanpassung statt „Klimarettung“!

Der von internationalen Forschungsinstituten erstellte und im Jahre 2025 veröffentlichte „Production Gap Report“ prognostiziert, dass die weltweite Nachfrage nach den fossilen Energieträgern Öl und Gas bis zum Jahre 2050 steigen wird. Außerdem werden China und Indien ihre Kohleförderung dem Bericht zufolge bis zum Jahre 2030 stark erhöhen.

Die globalistische Klimarettungslogik der Altparteien basiert auf der These vom angeblich menschengemachten Klimawandel. Selbst wenn man sich diese These zu eigen machen würde, ließe sich des Weltklima angesichts des weltweit

wachsenden Energiehunger weder in Europa noch in Deutschland und schon gar nicht in Sachsen-Anhalt retten.

Aufgrund dessen lehnt die AfD die Klimarettungslogik der Altparteien ab. Stattdessen bekennt sie sich zum Umweltschutz im Sinne des Heimatschutzes. Eine AfD-geführte Landesregierung wird eine ortsgebundene Heimat- und Umweltschutzpolitik für Sachsen-Anhalt betreiben.

21. Mikroklima schützen – Energiewende stoppen!

Im Gegensatz zum Weltklima kann das Mikroklima vor Ort geschützt werden. Windkraftanlagen erzeugen Turbulenzen, wodurch die natürliche thermische Schichtung der bodennahen Atmosphäre zerstört, und Bodenaustrocknung befördert wird. Großflächige Solarparks auf Ackerland befördern die Absorption, lokale Erwärmung und Bodentrockenheit. Eine AfD-geführte Landesregierung wird keine Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energien genehmigen, die eine Bedrohung für das Mikroklima im Land darstellen.

22. Kritische Klimaforschung in Sachsen-Anhalt ermöglichen!

Klimawissenschaftler, die sich kritisch mit der Klimarettungspolitik auseinandersetzen, finden in der nationalen und internationalen Klimadebatte selten Gehör. Auf der anderen Seite erstellen mächtige Netzwerke mit zweifelhaften Verwicklungen bis in politische Zirkel unseriöse Klimastudien mit Katastrophenprognosen, die weite Verbreitung im Mainstream finden und so zur Grundlage fehlgeleiteter politischer Entscheidungen werden.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird kritischen Klimawissenschaftlern die Möglichkeit geben, ihre Forschung in Sachsen-Anhalt ungestört zu betreiben. Außerdem wird die Landesregierung die Gründung eines Instituts für Klimapolitikfolgen vorantreiben. Das Institut soll die Folgen der sogenannten Klimarettungspolitik der letzten Bundes- und Landesregierungen wissenschaftlich aufarbeiten. Beispielsweise soll zu den Auswirkungen von Windkraft und Solaranlagen auf den Menschen sowie die Tier- und Pflanzenwelt geforscht werden. Dadurch soll u.a. die wissenschaftliche Grundlage für einen Untersuchungsschuss zu den politischen und gesellschaftlichen Folgen der „Klimarettungspolitik“ vergangener Jahre geschaffen werden.

23. Klimarettungsindustrie den Geldhahn zudrehen!

Die CDU-geführte Landesregierung versorgt die Klimarettungsindustrie in Sachsen-Anhalt mit Steuergeldern in Millionenhöhe. Im aktuellen Landeshaushalt finden

sich für den Zeitraum 2023 bis 2026 folgende Beispiele: Klimaschutz, Klimawandel und seine Folgen (597.000 Euro), Klimaschutz in der Denkmalpflege (489.000 Euro), Maßnahmen zur Klimaneutralisierung des Landtags (244.500 Euro), Schlüsselprojekte des Klimaschutzes (50.000 Euro), Erstellung einer Studie zu Gender- und Gleichstellungsmerkmalen im Umwelt- und Klimaschutz (20.000 Euro). Eine AfD-geführte Landesregierung wird der Klimarettungsindustrie in Sachsen-Anhalt den Geldhahn zudrehen.

Außerdem werden auf Bundesebene jedes Jahr Milliardensummen für die internationale ‚Klimahilfe‘ bereitgestellt. Damit werden unter anderem folgende Maßnahmen finanziert: Radwege in Peru, Wrestlingarenen in Gambia, ein Kohlekraftwerk in Bangladesch, ein Hotel in Haiti und Schokoladengeschäfte in Vietnam. Bei den so vergeudeten Finanzmitteln handelt es sich auch um Steuergelder der Bürger aus Sachsen-Anhalt. Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat für die Streichung der internationalen Klimahilfen einsetzen.

24. Pariser Klimaabkommen und Green Deal aufkündigen – Bundesklimaschutzgesetz abschaffen!

Spätestens mit dem Austritt der USA und damit der größten Volkswirtschaft der Welt aus dem Pariser Klimaabkommen wurde der globale „Kampf gegen den Klimawandel“ de facto beendet. Derweil erlaubt das Pariser Abkommen Schwellenländern wie China und Indien eine drastische Steigerung der CO₂-Emissionen. Währenddessen steigt die weltweite Nachfrage nach fossilen Energieträgern Jahr für Jahr. Die EU importiert in großem Maßstab umweltschädliches Fracking-Gas. Vom Green Deal ist keine Rede mehr. Die EU-Mitgliedstaaten scheitern regelmäßig daran, sich auf gemeinsame Klimaziele zu einigen. Deutschland wird seine selbst gesteckten Klimaziele für das Jahr 2030 voraussichtlich verfehlen. Einer Pressemitteilung der CDU-geführten Landesregierung zufolge sind die Treibhausgasemissionen in Sachsen-Anhalt im Jahre 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 1,75 Prozent und damit um 450.000 Tonnen gestiegen.

Aufgrund dieser Faktenlage hat die AfD-Landtagsfraktion im Jahre 2025 den Antrag „Vom Klimaabkommen von Paris zurücktreten, Europäischen Green Deal aufkündigen, Bundes-Klimaschutzgesetz aussetzen“ eingebracht. Eine AfD-geführte Landesregierung wird alle Initiativmöglichkeiten ausschöpfen, um auf einen Austritt Deutschlands aus dem Pariser Klimaabkommen, die Kündigung des Europäischen Green Deal und die Abschaffung des Bundes-Klimaschutzgesetzes hinzuwirken.

25. Emissionshandel beenden – Heimische Unternehmen retten!

Der Emissionshandel ist ein zentrales Instrument der Klimapolitik. Durch die Bepreisung von CO₂ werden Europäische, deutsche und sachsen-anhaltische Unternehmen im Wettbewerb mit der weltweiten Konkurrenz ausgebremst. Aufgrund dieses Wettbewerbsnachteils verschlimmert sich die Lage einheimischer Unternehmen von Jahr zu Jahr. Durch die damit verbundene Deindustrialisierung gehen industrielle Wertschöpfung und gut bezahlte Arbeitsplätze im Land ein für alle Mal verloren. Eine AfD-geführte Landesregierung wird dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen, sondern alle Initiativmöglichkeiten ausschöpfen, um auf die Abschaffung des Emissionshandels hinzuwirken.

26. Verbraucher entlasten – CO₂-Steuer abschaffen!

Die sogenannte CO₂-Abgabe führt zu einer massiven Mehrbelastung für Verbraucher. Im Jahre 2026 liegen die damit verbundenen Mehrkosten für ein Benzinauto bei einer Kilometerleistung von 15.000 Kilometern pro Jahr bei 185 Euro. Für eine Ölheizung mit einem jährlichen Verbrauch von 2.000 Litern Heizöl liegen die Zusatzkosten bei 350 Euro, bei einer Gasheizung mit einem Jahresverbrauch in Höhe von 20.000 Kilowattstunden sind es 265 Euro.

Die CO₂-Steuer soll angeblich einen Beitrag zur Rettung des Weltklimas leisten. In der Realität sorgt sie jedoch dafür, dass immer mehr Bürger in Sachsen-Anhalt unter Energiearmut leiden. Bereits im Jahre 2021 forderten laut einer repräsentativen Umfrage 80 Prozent der Sachsen-Anhalter die Abschaffung der CO₂-Abgabe. Um die zunehmende Energiearmut im Land zu bekämpfen, wird sich eine AfD-geführte Landesregierung im Bundesrat für die Streichung der CO₂-Steuer einsetzen.

27. Klimareligiöse Verbotskultur beenden!

Die Klimadiktatur kommt auf leisen Sohlen daher. Das Bundesumweltamt prangert an, dass jeder Deutsche im Jahresdurchschnitt 10,4 Tonnen klimaschädliche Treibhausgase verursache. Nun sollen die Bürger im Namen der Klimaretter ihren Konsum reduzieren.

So wird beispielsweise der Fleischverbrauch der Deutschen zu einer „zentralen Klimafrage“ erklärt. Klimaforscher fordern die Bürger auf, ihren Fleischverbrauch um 70 Prozent zu senken. Im Jahre 2023 drängte die damalige Bundesregierung die Deutschen in einer neuen Richtlinie zu einem radikalen Verzicht auf Fleisch. Laut Richtlinie soll der Fleischkonsum auf 10 Gramm pro Tag reduziert werden.

Im Landtag forderte die Links-Fraktion im Jahre 2023 in einem Antrag die Einführung eines CO₂-Budgets für Sachsen-Anhalt. Von dieser Forderung ist es nur noch ein kleiner Schritt hin zur Forderung nach der Einführung eines CO₂-Budgets für jeden einzelnen Bürger. Unter einer AfD-geführten Landesregierung wird es keine klimadiktatorische Verbotskultur geben. Die mündigen Bürger im Land können und sollen selbst darüber entscheiden, wie sie ihr Konsumverhalten gestalten.

28. Klimaextremismus mit den Mitteln des Rechtsstaats entschlossen bekämpfen!

Der Ökonom Hans-Werner Sinn bescheinigt Deutschland eine „extremistische Klimapolitik“. Nicht nur im Bundestag, auch im Landtag von Sachsen-Anhalt schürt der parlamentarische Arm des Klimaextremismus gezielt die Klimaangst. Dadurch werden verunsicherte Jugendliche in die Arme von Klimasekten getrieben.

Die Klimapropaganda verleitet verwirrte und verblendete junge Menschen nicht nur dazu, sich auf deutschen Straßen festzukleben. Mittlerweile nimmt der Terror gegen die Autofahrer in Sachsen-Anhalt gefährliche Ausmaße an. Beispielsweise hat im Jahre 2023 eine Gruppe selbst ernannter Klimaaktivisten in der Landeshauptstadt Magdeburg die Reifen dutzender Autos zerstochen. Dadurch wurde Gefahr für Leib und Leben unschuldiger Bürger billigend in Kauf genommen.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird nicht dulden, dass Klimaextremisten zu immer radikaleren Mitteln greifen, um der Bevölkerung im Land ihre Weltsicht aufzuzwingen. Die Landesregierung wird darauf hinwirken, dass die Behörden mit aller Härte des Rechtsstaats gegen Klimaextremisten vorgehen.

29. Ökologischen Fußabdruck berücksichtigen, Umwelt schützen, Aufnahme illegaler „Klimaflüchtlinge“ stoppen!

Linke Klimaideologien behaupten, viele illegale Einwanderer seien sogenannte „Klimaflüchtlinge“. Tatsächlich handelt es sich jedoch größtenteils um Versorgungsmigranten, die an den Segnungen des deutschen Sozialstaats teilhaben möchten. Nicht nur aus identitäts- und sicherheitspolitischen, auch aus ökologischen Gründen lehnt die AfD die illegale und kulturfremde Masseneinwanderung ab. Schließlich erhöhen die Armutsmigranten durch ihre illegale Einreise in das deutsche Sozialstaatsparadies nicht nur ihren Lebensstandard, sondern steigern gleichzeitig ihren Ressourcenverbrauch.

Dieser Entwicklung will die AfD als natur- und heimatbewusste Partei einen Riegel schieben. Eine AfD-geführte Landesregierung wird die illegale

4106 Masseneinwanderung nach Sachsen-Anhalt nicht nur aus identitäts-, sicherheits-
4107 und finanzpolitischen, sondern auch aus umweltpolitischen Beweggründen been-
4108 den.
4109
4110
4111
4112
4113
4114
4115
4116
4117
4118
4119
4120
4121
4122
4123
4124
4125
4126
4127
4128
4129
4130
4131
4132
4133
4134
4135
4136
4137
4138
4139
4140
4141
4142
4143
4144
4145
4146
4147
4148

XI. Landwirtschaft und Heimatpflege

Unsere Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt ist maßgeblich von der Forst- und Landwirtschaft geprägt. Bäuerliche Familienbetriebe und Agrargenossenschaften sind das Rückgrat unserer Versorgung mit qualitativ hochwertigen und gesunden Lebensmitteln. Äußere Einflüsse setzen der Forst- und Landwirtschaft zu und erhöhen den wirtschaftlichen Druck. Die Sanktionspolitik und politische Fehlentscheidungen haben zu gewaltigen Verwerfungen geführt. Die gestiegenen Kosten für Betriebsmittel, Energie und Wasser, sind für viele Betriebe kaum noch zu stemmen.

Unsere Landwirte stehen zunehmend allein da: Sie säen, pflegen, ernten und kämpfen sich parallel durch einen immer dichter werdenden Dschungel aus Landes-, Bundes- und EU-Bürokratie. Ständig neue und häufig realitätsferne Auflagen verwandeln den stolzen, eigenverantwortlichen Landwirt immer mehr in einen unbezahlten Verwaltungsbeamten.

Aktuelle Umfragen im Mittelstand zeigen, dass Landwirte – oft als Einzelunternehmer tätig – bis zu dreimal so viele Stunden für bürokratische Vorgaben aufwenden müssen wie ein durchschnittlicher mittelständischer Betrieb. Viele Höfe sehen sich sogar gezwungen, allein für Dokumentations- und Berichtspflichten zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen.

Wir stehen für eine Politik, die den Landwirt als verantwortlichen Unternehmer sowie als aktiven Umwelt- und Tierschützer anerkennt und respektiert. Unser Ziel ist es, die Landwirte von unnötiger Bürokratie zu entlasten, damit sie sich wieder auf das konzentrieren können, wofür sie ausgebildet wurden: das Land zu bewirtschaften.

Darüber hinaus betrachten wir die Bauern angesichts ihrer zentralen Bedeutung für Tradition, Kultur und regionales Brauchtum als entscheidenden Berufsstand, von dem die dringend notwendige Wiederbelebung des ländlichen Raums maßgeblich abhängt.

1. Jede Form der Landwirtschaft fördern!

Wir unterscheiden nicht zwischen Bio-, Öko- oder konventionellen Betrieben. Alle Landwirte leisten ihren Beitrag und sind daher fair und ausgewogen zu unterstützen. Der Markt regelt Preise über Angebot und Nachfrage; eine einseitige, ungerechtfertigte Bevorzugung bestimmter Betriebsformen, die den Wettbewerb verzerrt, lehnen wir ab. Die Förderung lokaler Erzeuger- und Vermarktungsstrukturen für traditionelle und regionale landwirtschaftliche Produkte muss ein erheblicher Anteil der Wirtschaftsförderung werden.

4191

4192 **2. Genforschung zu Versuchszwecken erlauben!**

4193

4194 Wir sehen im technischen Fortschritt einen wichtigen Schlüssel, um die Landwirt-
4195 schaft zukunftsfähig und konkurrenzfähig zu halten. Dazu gehört auch, dass Inno-
4196 vationen in der Genforschung zu Versuchszwecken und für Sicherheitsstudien bü-
4197 rokratiearm genutzt werden können.

4198

4199 **3. Agrarpolitik renationalisieren!**

4200

4201 Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage wollen wir die Bauern innerhalb
4202 der bestehenden agrarpolitischen Förderinstrumente entlasten und ihnen mehr
4203 Planungssicherheit geben – etwa dadurch, dass wir auf zusätzliche, strengere nati-
4204 onale Auslegungen von EU-Vorgaben verzichten. Es hat sich gezeigt, dass die Ge-
4205 meinsame Agrarpolitik der EU (GAP) nicht zur Lösung beiträgt, sondern zunehmend
4206 selbst zum Problem wird.

4207

4208 Deshalb setzen wir uns langfristig für eine Renationalisierung der Agrarpolitik ein.
4209 Wir wollen den Irrweg der GAP beenden und die Verantwortung für die Agrarpolitik
4210 wieder vollständig in deutsche Zuständigkeit überführen. So können Bürokratie
4211 wirksamer abgebaut, Fördermittel gezielter eingesetzt und die heimische Landwirt-
4212 schaft insgesamt besser unterstützt werden.

4213

4214 Als ersten Schritt werden wir uns auf der Agrarministerkonferenz dafür einsetzen,
4215 eine Machbarkeitsstudie zu einem langfristigen Systemwechsel in der Agrarförde-
4216 rung auf den Weg zu bringen.

4217

4218 **4. Ackerland in Bauernhand – Agrarstruktur stärken!**

4219

4220 Der Landwirt vor Ort trägt einen großen Teil zur Gemeinschaft bei — sei es mit dem
4221 Traktor beim Festumzug oder mit seiner Wiese für das Dorffest. Nur der Landwirt,
4222 der tatsächlich vor Ort verwurzelt ist, kann die Gemeinschaft nachhaltig unterstüt-
4223 zen. Deshalb muss der Boden- und Agrarpolitik Vorrang gegeben werden vor Inves-
4224 toren, die nur auf Profit aus sind. Ein Agrarstrukturgesetz, das einheimische Land-
4225 wirte ins Zentrum stellt und Spekulation sowie Konzentration von Grund und Boden
4226 unterbindet, ist daher längst überfällig und dringend notwendig.

4227

4228 Deshalb fordern wir ein neues Agrarstrukturgesetz: Es soll den Zugang zu Land für
4229 ortsansässige bäuerliche Betriebe sichern, die Konzentration großer Flächen in we-
4230 nigen Händen verhindern und Pacht- oder Kaufgeschäfte so regeln, dass regionale
4231 Familienbetriebe geschützt werden. Damit stellen wir sicher, dass Landwirtschaft,

4232 Heimat und Gemeinschaft erhalten bleiben – zugunsten einer lebendigen und nach-
4233 haltigen Agrarstruktur. Auch bezüglich der BVVG-Flächen werden wir uns auf allen
4234 Ebenen für den Verkauf an ortsansässige Landwirte einsetzen.
4235

4236 **5. Düngung nach Fachwissen – Gülle regional nutzen!**

4237
4238 Düngemittel zählen inzwischen zu den teuersten Betriebsmitteln auf dem Hof. Kein
4239 Landwirt wird daher auch nur ein Gramm Dünger verschwenden oder unnötige Ga-
4240 ben ausbringen. Zugleich hängen die Preise stark von politischen und globalen Rah-
4241 menbedingungen ab, die sich unmittelbar auf die Verfügbarkeit von Düngemitteln –
4242 und damit letztlich auch auf die Lebensmittelpreise – auswirken. Vorgaben, die fak-
4243 tisch zu einer Unterversorgung der Kulturen führen, lehnen wir ab. Stattdessen set-
4244 zen wir auf die gute fachliche Praxis, nach der jeder verantwortungsbewusste Land-
4245 wirt arbeitet. Vor Ort anfallende Gülle soll auch vor Ort genutzt und bezogen werden.
4246 Ein Import von Gülle aus anderen Ländern lehnen wir ab.
4247

4248 **6. Keine Besteuerung von Bewässerungswasser!**

4249
4250 Wasser ist ein unverzichtbarer Grundstoff, der Leben und Wachstum ermöglicht.
4251 Als Allgemeingut muss es der Landwirtschaft verlässlich zur Verfügung stehen. Die
4252 Besteuerung von Bewässerungswasser durch den sogenannten Wassercent sollte
4253 daher zurückgenommen werden, denn eine Verteuerung des Wassers führt zwangs-
4254 läufig zu höheren Produktionskosten – und damit zu steigenden Preisen für unsere
4255 Bürger.
4256

4257 **7. Schäfer entlasten!**

4258
4259 Das Schaf und sein Schäfer sind unverzichtbare Pfleger unserer Kulturlandschaft.
4260 Dennoch werden weder das Fleisch noch die Wolle der Tiere derzeit angemessen
4261 genutzt. Statt von ihren tierischen Erzeugnissen leben zu können, beziehen viele
4262 Schäfer den Großteil ihrer Einnahmen aus öffentlichen Mitteln – verbunden mit um-
4263 fangreicher Rechenschaftspflicht und zusätzlicher Bürokratie. Damit die Schäferei-
4264 betriebe eine Zukunft haben, müssen Schäfer wieder von ihren Tieren leben können.
4265 Die Erweiterung der Tierprämie darf hierbei nur ein Baustein sein.
4266

4267 **8. Nutztiere: Regeln auf den Prüfstand!**

4268
4269 Die großen Freihandelsabkommen bedrohen die heimische Produktion im Bereich
4270 der Futtermittel- und Fleischproduktion durch erhöhten Preis- und Wettbewerbs-
4271 druck.

Die Haltung von Tieren wird durch viele Vorschriften teurer und aufwendiger, sodass tierische Produkte aus Sachsen-Anhalt auf dem Weltmarkt zunehmend nicht mehr konkurrenzfähig sind. Selbst das Land Sachsen-Anhalt ist mithin seit Jahren nicht in der Lage, einen Versuchsstall nach aktuellen Vorschriften zu errichten – wie soll das der Landwirt schaffen? Daher gehören alle Regeln auf den Prüfstand.

9. Private Nutztierhaltung erleichtern!

Eigene Hühner oder ein eigenes Schwein können einen wertvollen Beitrag zur Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln leisten, die nicht der industriellen Massenproduktion entstammen. Die private Nutztierhaltung wurde in den letzten Jahren jedoch durch behördliche Kontrolle und Bürokratie zunehmend eingeschränkt. Wir werden hier mit einer Liberalisierungsoffensive Entlastung schaffen, Anzeigepflichten reduzieren und Haltungsanforderungen erleichtern.

10. Gezielte Bestandsregulation statt weltfremder Wolfsromantik!

Die vom Wolf verursachten Kosten laufen aus dem Ruder. Erstattungen von Rissen, Förderung von Schutzmaßnahmen und das Wolfskompetenzzentrum (WZI) behindern die Tierhaltung. Die Population ist mittlerweile so groß, dass die Tiere in den Lebensraum der Menschen eindringen und die Gefahr besteht, dass Menschen zur Beute werden. Daher werden wir das umstrittene Wolfskompetenzzentrum abschaffen und die Population gezielt regulieren.

11. Wald erhalten und aufforsten!

Das Forstwesen hat eine lange Tradition, steht heute aber vor der großen Aufgabe, unsere Wälder nachhaltig wiederaufzuforsten. Dabei geht es nicht nur darum, neue Bäume zu pflanzen, sondern auch den Wald als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, als Erholungsgebiet für Menschen und als wichtigen Holzlieferanten zu erhalten und weiterzuentwickeln. Gleichzeitig muss der Wald vor zusätzlicher Zerstörung, etwa durch den Ausbau der Windkraftindustrie, geschützt werden.

Neuer Wald kommt nicht von allein. Wir setzen uns dafür ein, dass die kahlen Flächen in unserer Heimat mit heimischen Baumarten aufgeforstet werden. Allerdings erkennen wir an, dass auch nicht heimische Baumarten in Betracht kommen, wenn sie nachweislich schneller und effektiver anwachsen und damit zum Erhalt des Waldes beitragen. Dazu wollen wir die Forstbetriebsgemeinschaften und die privaten Waldbauern unterstützen, damit auch diese finanzielle Mittel für eine Aufforstung aufbringen können.

12. Saatgutgewinnung sichern - Landesdarre stärken!

Die Landesdarre Annaburg ist ein bedeutendes technisches Denkmal der deutschen Forstgeschichte und zugleich ein zentraler Standort für die Produktion hochwertigen, standortangepassten Forstsaatguts. Um den Waldumbau in Sachsen-Anhalt zu sichern, muss die Landesdarre zukunftsorientiert ausgebaut werden.

Dafür ist eine personelle Stärkung der Landesdarre nötig, damit alle Aufgaben der Darre und der Forstsaatgutberatung vollständig erfüllt und zusätzliche Dienstleistungen angeboten werden können. Zugleich soll die historische und forstwirtschaftliche Bedeutung der Landesdarre stärker in den öffentlichen und politischen Fokus rücken. Darüber hinaus ist die Produktions- und Lagerkapazität für autochthone Baum- und Straucharten auszubauen und durch ein landesweites Netz forstlicher Modellplantagen zu ergänzen. Denkbar ist ebenso, die Saatgutgewinnung mit einer landeseigenen Forstbaumschule zu kombinieren.

13. Asylbewerber bei der Aufforstung einsetzen!

Über die Landkreise soll organisiert werden, dass Asylbewerber im Rahmen rechtlich zulässiger Arbeitsgelegenheiten bei Aufforstungs- und Waldpflegearbeiten in Sachsen-Anhalt bis zur Aufenthaltsbeendigung verpflichtend eingebunden werden. Dadurch wird zusätzliche personelle Unterstützung für forstliche Aufgaben gewonnen.

14. Keine Windräder in den Wäldern Sachsen-Anhalts!

Der Waldmythos und die Waldromantik sind ein integraler Bestandteil unserer Kultur und Geschichte. Der deutsche Mensch ist dem Sehnsuchtsort Wald seit jeher verbunden. Vor diesem Hintergrund hat die AfD-Landtagsfraktion bereits im Jahre 2023 den Antrag „Keine Windräder in den Wäldern Sachsen-Anhalts“ eingebracht. Schließlich werden für den Bau und die Wartung von Windrädern breite Schneisen in den Wald geschlagen, während sich die Waldbrandgefahr erhöht und die lokale Pflanzen- und Tierwelt nachhaltigen Schaden nimmt.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird forstliche Regelungen auf Landesebene dahingehend anpassen, dass der Bau neuer Windkraftanlagen in Waldgebieten des Landes verhindert wird. Stattdessen sollen zukünftig die Belange des Tier- und des Waldschutzes Vorrang haben. Dieser Paradigmenwechsel soll auch dazu beitragen, dass unsere Waldgebiete als Erholungsort für die Bürger der Region erhalten bleiben.

4354 **15. Jäger unterstützen!**

4355

4356 Die Jagd ist Ausdruck des Verständnisses unserer Umwelt als Kulturlandschaft, also
4357 der durch den Menschen gehegten, gepflegten und gestalteten Natur. Deshalb be-
4358 kennen wir uns ausdrücklich zur Jagd und lehnen jeden Versuch, die Jagd anrücklich
4359 zu machen oder in Frage zu stellen, ab. Die Festlegung von Strecken zu den ver-
4360 schiedenen Wildarten ist beizubehalten, unter der Prämisse, dass Tiere und Wälder
4361 zusammen gedacht werden müssen. Wir wollen die Hilfsmittelfreiheit fördern: Der
4362 Einsatz von montierten Nachtsichtgeräten und Schalldämpfern darf kein Tabu sein,
4363 sondern muss erlaubt sein. Ebenso sollen die Landwirte Jäger unterstützen, indem
4364 Jagdschneisen und Abstandsflächen zu Feldrändern finanziell vergütet werden. Das
4365 gesamte System der Jagdgenossenschaften und Jagdpachten muss dringend reform-
4366 miert und vereinfacht werden, damit diese Genossenschaften auch in Zukunft ih-
4367 rem Hege- und Pflegeauftrag nachkommen können.

4368

4369 **16. Vor Ort produziert - Vor Ort konsumiert!**

4370

4371 Die Zentralisierung der Fleischproduktion ist eine Fehlentwicklung zum Leidwesen
4372 der Nutztiere. Der Erhalt und die Stärkung regionaler Schlacht- und Fleischverarbei-
4373 tungsstrukturen ist daher ein langfristiges Ziel und dient dem Tierwohl. Lange Tier-
4374 transporte sind extrem belastend. Daher sollten insbesondere Schlachttiertrans-
4375 porte nur über kurze Entfernungen innerhalb Deutschlands und der EU erfolgen.
4376 Tiertransporte wollen wir nur unter strengen tierschutzgerechten Bedingungen mit
4377 kurzen Transportwegen und kontrollierter Einhaltung von Ruhezeiten und Versor-
4378 gungspflichten zulassen. Exporte in Drittstaaten lehnen wir ab, solange die Einhal-
4379 tung des Tierwohls nicht lückenlos gewährleistet ist. Die Auflagen für Hausschlach-
4380 tungen hingegen dürfen nicht weiter erhöht werden.

4381

4382 **17. Schächten verbieten!**

4383

4384 Betäubungsloses Schlachten ist eine der grausamsten Schlachtmethoden. Die
4385 Tiere leiden entsetzlich. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass der entspre-
4386 chende Ausnahmetatbestand (§ 4a Abs. 2 Nr. 2 des Tierschutzgesetz) gestrichen
4387 wird. Rituelle Schlachtungen dürfen nur nach ausreichender Betäubung stattfin-
4388 den.

4389

4390 **18. Tierheime besser finanzieren!**

4391

4392 Die Tierheime in Sachsen-Anhalt sind vielerorts überfüllt und benötigen Unterstüt-
4393 zung, da sie Pflichtaufgaben der Kommunen übernehmen. Daher sollen die

4394 Tierheime im Land mit einer unkomplizierten dauerhaften Finanzierung für Instand-
4395 haltung, Modernisierung und Neubau unterstützt werden.
4396

4397 **19. Kastrationspflicht für freigehende Katzen!**

4398
4399 Weiterhin setzen wir uns für eine landesweite Kastrationspflicht für freigehende Kat-
4400 zen ein. Nur mit einer Kastrationspflicht, die von den vielen Tierschutzvereinen in
4401 unserer Heimat organisiert wird, kann die unkontrollierte Ausbreitung der Katzen
4402 und der damit verbundenen Qualen für die Tiere eingedämmt werden. Mit den Tier-
4403 ärzten im Land sollen Sondervereinbarungen für die Durchführung und Finanzierung
4404 von Kastrationen erzielt werden.
4405

4406
4407
4408
4409
4410
4411
4412
4413
4414
4415
4416
4417
4418
4419
4420
4421
4422
4423
4424
4425
4426
4427
4428
4429
4430
4431
4432
4433
4434
4435
4436

XII. Ländlicher Raum und Kommunales

Die Altparteien und insbesondere die CDU geben vor, die Entwicklung des ländlichen Raumes und der kleinen Kommunen läge ihnen besonders am Herzen. Das ist eine Lüge. Sie haben die Städte mit Fördergeldern überschüttet – und dabei unsere Dörfer gezielt verkommen lassen. Dabei kommt dem ländlichen Raum eine besondere Bedeutung zu:

Hier sind die Menschen zumeist bodenständig und verwurzelt, hier leben noch viele Familien in Einfamilienhäusern, die ihnen gehören, hier sind die Geburtenraten höher, hier reicht oft der Arm von Berlin, Brüssel und Magdeburg nicht hin. Eben deshalb aber haben ausnahmslos alle Altparteien dem ländlichen Raum den Krieg erklärt und arbeiten systematisch an der Konzentration der Bevölkerung in großen Städten, wo sich die Menschen besser überwachen lassen und ihr „CO₂-Fußabdruck“ minimiert werden kann. Durch gezielten Abbau der Infrastruktur von der Ausdünnung der Buslinien bis hin zur Schließung von Schulen und Krankenhäusern soll das Leben im ländlichen Raum ungemütlich gemacht und die Bevölkerung zur Landflucht getrieben werden.

Aus dem gleichen Grund gibt die AfD der Förderung des ländlichen Raumes höchste Priorität. Wir müssen alles dafür tun, um das Leben im ländlichen Raum lebenswert zu erhalten und die Landflucht umzukehren. Es soll nicht mehr nur niemand sich gezwungen sehen, wegzuziehen, es sollen umgekehrt wieder mehr Bürger aus den Städten aufs Land ziehen. Diesem Ziel ist unsere Politik verpflichtet. Wir werden dafür sorgen, dass keine Schule mehr geschlossen wird, dass Dorf- und Landstraßen saniert werden, dass Heizen mit Öl und Holz und Autofahren mit Diesel und Benzin weiterhin möglich bleiben. Wir werden die Kommunen nicht mit Steuergeld dazu drängen, immer neu Windrad- und Solaranlagen zu erlauben, sondern auch ohne Errichtung solcher Anlagen die Finanzausstattung der Kommunen verbessern. Wir werden die Kommunalverwaltung verbessern und die Bürger auch in entlegenen Ortschaften besser einbinden.

1. Kommunen fair finanzieren!

Es kann nicht sein, dass Städte und Dörfer unzureichend finanziert werden, während wir auf der ganzen Welt Milliarden herausschmeißen. Die Unterfinanzierung ist kein Zufall, sondern das direkte Resultat von Fehlgewichtungen der Altparteien. Inzwischen fehlen den Kommunen mehrere Milliarden: Für 2023 errechnete der Bund 6,8 Milliarden Euro Minus im kommunalen Haushalt. Gleichzeitig zwingt man die Gemeinden, die Kosten der Masseneinwanderung über Soziallasten zu tragen, anstatt endlich von oben gegenzusteuern. Wir fordern deshalb eine verbindliche Mindestfinanzausstattung für jede Kommune sowie ein Sonderprogramm zum Abbau

alter Kassenkredite. Die Dörfer dürfen nicht zum Spar-Opfer werden, nur weil der Landesregierung und der Bundesregierung fragwürdige Vorhaben wichtiger sind. Jedes Gemeindehaus und jeder Kindergarten muss sanierbar sein – das garantieren wir durch bedarfsgerechte Mittel des Landes und einen echten Finanzausgleich.

2. Mehr kommunale Selbstverwaltung!

Landes- und Bundesbehörden arbeiten oft wie ein Bremssystem, das den Dörfern „goldene Zügel“ anlegt. Die Kommunen müssen endlich wieder mehr entscheiden dürfen und nicht nur Befehlsempfänger des Landes und des Bundes sein. Alle Vorgaben der Altparteien, die etwa Gemeinden zwingen, sich für teure Projekte zu bewerben, nur um an Bundesgelder zu kommen, werden abgeschafft. Wir werden Bürgermeister und Kreistagen mehr Entscheidungsspielraum geben! Die Landkreise sollen wieder über eigene Steuern verfügen und frei über lokale Aufgaben entscheiden. Jeder Regierungserlass, der in die Fachkompetenz der Kommune hineinregiert, wird zurückgenommen. Das Ende der Entmündigung heißt für uns: Wenn Berlin neue Aufgaben verteilt, muss es auch die Kosten dafür tragen.

3. Infrastruktur verbessern!

Der ländliche Raum kann nur leben, wenn er verkehrstechnisch angeschlossen ist, digitale Netze hat und medizinisch versorgt wird. Doch die Realität sieht anders aus: Wer sich in Sachsen-Anhalt bewegt, merkt oft, dass in breiten Landstrichen der Netzeempfang ausfällt und er von der Außenwelt abgeschnitten ist. Damit wird Schluss sein: Wir werden eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet sicherstellen und Funklöcher stopfen, damit Unternehmen und Schulen auf dem Land zukunftsfähig bleiben. Ebenso werden wir für ein flächendeckendes Angebot im öffentlichen Nahverkehr sorgen, statt Buslinien zu kürzen und Bahnhöfe zu schließen. Und gerade in Gesundheitsfragen muss das Land aufwachen: Wer die Landärzte vergrault und Krankenhäuser abziehen lässt, bedroht die Lebensqualität in den Dörfern. Wir werden mobile Arztpraxen, Telemedizin und verbesserte Klinikstrukturen in den Landkreisen unterstützen. Unser Maßstab: Die Infrastruktur der Stadt darf nicht zur Maxime werden – kein Dorf wird zurückgelassen.

4. Keine Migranten mehr aufs Land!

Da mittlerweile schon in den Mittelzentren die Schmerzgrenze zur Aufnahme von Migranten überschritten ist, sollen im Rahmen der dezentralen Unterbringung mehr Migranten in die Tiefe des ländlichen Raumes verschoben werden. Das werden wir verhindern! In unseren Gemeinden darf es keine neuen Asylzentren und keine Quote für Zuweisungen geben. Wir werden alle gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen,

um Migranten so weit wie möglich landesweit zentral in wenigen Aufnahmeeinrichtungen unterzubringen.

5. Schluss mit der Bevorzugung der Städte!

Die aktuell praktizierte Vergabe von Fördergeldern benachteiligt vor allem kleine ländliche Gemeinden. Nachweislich fließt viel mehr Geld in Großstädte, während das flache Land leer ausgeht. Wir werden dieses Ungleichgewicht aufbrechen: Alle Infrastrukturprogramme des Landes (etwa für Straßen, Schulsanierungen, Kultur oder Breitband) werden so angepasst, dass kein Ort benachteiligt wird, nur weil er weniger einwohnerstark ist. Sonderprogramme für den Aufbau von Nahversorgung, Dorfläden und Seniorenangeboten im ländlichen Raum werden aufgesetzt. Gleichzeitig werden wir den kommunalen Finanzausgleich umgewichten, damit jede Kommune – ob Dorf oder Stadt – ihre Pflichtaufgaben erfüllen kann. Es darf nicht sein, dass Städte auf Kosten der Dörfer profitieren, während die Landbevölkerung mit dem leeren Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse abgespeist wird.

6. Gleichstellungsbeauftragte abschaffen!

Die Altparteien versuchen, ihre verquere Weltanschauung bis in die Gemeinderäte hinein durchzusetzen. Wir werden dem ein Ende bereiten: Durch eine einfache Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes erreichen wir, dass die Gemeinden keine Gleichstellungsbeauftragten mehr ernennen müssen. Die eingesparten Zeitkontingente oder gar Stellen kommen sinnvollen Aufgaben zugute.

7. Förderpolitik ohne Regenbogen!

Die Vergabe von Fördermitteln darf sich nicht mehr danach richten, ob die Antragsteller bestimmte Genderziele erreichen oder andere aus der Regenbogendoktrin gespeisten Anforderungen erfüllen. Stattdessen soll Fördergeld einzig und allein nach sinnvollen Kriterien vergeben werden – etwa, ob es dem tatsächlichen Bedarf dient. In unseren Dörfern soll Religion, Brauchtum und (echte) Kultur gefördert werden – nicht künstlich aufgezwungene Projekte. Die lokale Politik darf keine Stichwortgeber mehr sein für unsinnige Bundesprogramme. Kommunale Schulen, Vereine und Kindergärten werden unterstützt – aber nur, wenn sie den Bürgern dienen, nicht der perversen Regenbogenagenda.

8. Bürokratie abbauen!

Viel zu oft versinkt ein gutes Projekt in endlosen Antragsformularen. Das wird es mit uns nicht mehr geben. Wir werden alle Fördermittelprogramme des Landes radikal vereinfachen. Zu diesem Zweck werden wir das Ein-Antrags-Verfahren einführen und für eine unbürokratische Auszahlung sorgen. Jede Kommune wird modernen E-Government-Zugang erhalten, Bürgerservices per Web und App werden ausgebaut, wobei wir die Möglichkeit eines menschlichen Ansprechpartners erhalten. Feuerwehr, Polizei und Bauämter unterstützen wir mit moderner IT, damit Vorgänge schneller und fehlerfrei laufen.

9. Dörfliche Strukturen erhalten!

Ein Dorf ist mehr als ein Sammelsurium leerer Häuser; es ist Heimat, Gemeinschaft und Tradition. Wir werden Dorfläden fördern, damit eine Einkaufsmöglichkeit vor Ort erhalten bleibt. Ebenso werden wir dafür sorgen, dass Bank- und Poststellen erhalten bleiben und starten Bürgerbus-Projekte, damit auch Rentner zu Arzt oder Kirche gelangen. Vereine für Sport, Feuerwehr, Gesang und Brauchtum werden wir finanziell entlasten. Kulturelle Projekte von Heimatfesten bis hin zu Kleinkunstabühnen erhalten eine Stiftung zur Unterstützung. Ein Dorf soll leben, nicht nur existieren.

XIII. Verkehr und Infrastruktur

Die herrschende Verkehrspolitik zeichnet sich durch eine systematische Vernachlässigung der Infrastruktur und eine klimapolitisch bedingte Autofahrerfeindlichkeit aus. Da eine mangelhafte Instandhaltung der bestehenden Infrastruktur sich erst in Jahren und Jahrzehnten zeigt, meinen die Altparteien, an Investitionen insbesondere ins Straßenwesen sparen zu können, wenn ihnen anderes dringlicher erscheint. Hinzu kommen bürokratische Hürden und langsame Prozesse sowie ein investitionsfeindliches Verbandsklagerecht. Das böse Erwachen kommt dann Jahre und Jahrzehnte später. Dieses böse Erwachen ist das, was wir gerade erleben.

Mittlerweile sehen die Straßen in manchen Gegenden Sachsen-Anhalts schlimmer aus als früher im Ostblock. Wo grundlegende Erneuerung notwendig wäre, wird geflickt, wenn überhaupt. Viele Straßen sind monatelang von Schlaglöchern übersät, neue Bauprojekte kommen nicht voran. Und wenn gebaut wird, dann wird keine Rücksicht auf die Belange der Autofahrer genommen.

Die AfD lehnt diese kurzsichtige Politik entschieden ab. Investitionen in die Infrastruktur sind Investitionen in die Zukunft. Wir planen vorausschauend, so dass nicht nur heute, sondern auch noch in 20 und 30 Jahren unsere Infrastruktur intakt ist. Dabei ist für uns klar, dass gerade in einem ländlich geprägten Bundesland wie Sachsen-Anhalt das Automobil, und zwar in der Regel mit Verbrennungsmotor, auf absehbare Zeit das Verkehrsmittel Nummer 1 bleibt. Wir werden deshalb den Verkehr so autofahrerfreundlich wie möglich gestalten.

1. In die Infrastruktur investieren!

Für eine stabile Wirtschaft und deren weitere Entwicklung muss die Verkehrsinfrastruktur weiter ausgebaut und unterhalten werden. Nur eine stabile und verlässliche Infrastruktur ist der Garant für Wirtschaftswachstum und sichere Arbeitsplätze. Doch gerade ein Blick auf den bestehenden Investitionsstau der Straßen- und Verkehrsinfrastruktur in Milliardenhöhe (siehe KfW-Kommunalpanel 2025) offenbart finanzielle Schieflagen und weitere Herausforderungen.

Das Investitionsdefizit betrifft nicht nur die Straßen in öffentlicher Trägerschaft, sondern auch Brückenbauwerke. Der Investitionsstau muss unverzüglich abgebaut werden, schließlich führen ausbleibende Unterhaltungsmaßnahmen zwangsläufig zu grundhaften Erneuerungen und damit zu deutlichen höheren Kosten.

Wir werden deshalb ein Gesamtkonzept zur Sicherstellung der Refinanzierung erstellen, damit langfristig ein Abbau des Investitionsstaus erfolgen kann. Wir werden uns im Rahmen dessen weiter klar dahingehend positionieren, dass auch der Bund

seinen diesbezüglichen Verpflichtungen auf Landesebene nachkommt. Ebenso werden wir durch Straffung der Verwaltung für eine drastische Verkürzungen der Planfeststellungsverfahren sorgen. Wo die Bundesgesetzgebung dem im Wege steht, werden wir als Landesregierung im Bundesrat auf eine Änderung hinwirken.

2. Planungshoheit der Gemeinden stärken!

Weiterhin ist die Planungshoheit der Gemeinden zu stärken. Dezentrale und eigenverantwortliche Lösungen beispielsweise der Trinkwasserversorgung und der Abwasserbeseitigung sind zu begünstigen. Dazu zählen Möglichkeiten der Einrichtung und Nutzung privater Brunnen für die lokale Trinkwasserversorgung und die Lockerung des Anschluss- und Benutzungszwangs. Wir werden dafür Sorge tragen, dass niemand gezwungen wird, vollbiologische Kläranlagen einzubauen, werden aber gleichzeitig die Genehmigung solcher Anlagen für den, der sie aus freien Stücken einbaut, radikal vereinfachen. Das gilt auch für unkonventionelle Systeme wie Pflanzenkläranlagen.

3. Tempo im Straßenbau, Ausbau des Straßennetzes!

„Freie Fahrt für freie Bürger“ ist das Leitprinzip unserer Verkehrspolitik. Das beginnt schon beim Straßenbau. Die Baumaßnahmen dauern immer noch zu lange. Zu viel Zeit vergeht bis zum Baubeginn und die Baumaßnahmen selbst werden nicht schnell genug erledigt. Hier ist mehr Tempo nötig! Wir werden die Straßensanierung und den Bau notwendiger Autobahnen und Bundesstraßen beschleunigen und Vorkehrungen dafür treffen, dass Baustopps durch unnötige Klagen vor Gericht vermieden werden. Beispielgebend sind die A14, die A143 und die B6n. Bezüglich des Autobahnkreuzes Wolfen (A9) fordern wir die im Bundesverkehrswegeplan 2030 festgeschriebene Weiterführung der B6n zur B184 nach Bad Dübener. Zeit braucht die Ortsumfahrung der B2, da diese Bundesstraße als Abkürzungsstrecke zwischen der A4 und A9 genutzt wird und somit stark frequentiert ist.

Hinzu kommen zu viel Bürokratie und Fehlplanungen der verantwortlichen Behörden. Ein Beispiel dafür ist die Nordumgehung Griebow/Wittenberg. Aber auch Ortsumfahrungen müssen schneller realisiert werden, um die Ortskerne zu entlasten. Zu nennen wären hier u.a. die B107 als Ortsumfahrung Oranienbaum-Wörlitz und die B184 als Ortsumfahrung Roßlau/ Torna. Zur Verbesserung der Infrastruktur auf dem Lande gehört auch der Ausbau des Straßennetzes. Als Beispiel hierfür soll die sogenannte „Hosenträgervariante“ in der Altmark genannt werden, die schnellstens umgesetzt werden muss. Mittels der B190n muss es einen Lückenschluss zwischen der A14 und A39 geben, damit auch die dortigen ländlichen Räume erschlossen werden.

4. Baumaßnahmen autofahrerfreundlich gestalten!

Wenn in Sachsen-Anhalt gebaut wird, sind die Zumutungen für die Autofahrer oft unerträglich. Da werden Ortsdurchfahrten gesperrt und Umleitungen nicht richtig ausgewiesen oder Daten nicht oder nicht zügig weitergemeldet, so dass die einschlägigen Navigationssysteme fehlgehen. Und wenn eine Umleitung ausgewiesen wird, ist sie oft unzumutbar lang, weil versäumt wurde, verkehrsgünstigere Varianten zu prüfen. Mit den Autofahrern kann man es ja machen – das ist die vorherrschende Denkungsart. Wir werden dem gegensteuern und Druck auf die zuständigen Stellen aufbauen, bei der Planung von Baustellen künftig die Belange der Autofahrer besser zu berücksichtigen und bei der Lösung von Problemen mehr Kreativität an den Tag zu legen.

5. Verbandsklagerecht abschaffen!

In Deutschland sind Verbandsklagen, auch Popularklagen genannt, verwaltungsrechtlich eigentlich nicht vorgesehen. Klagen kann nur, wer eine persönliche Rechtsverletzung geltend macht. In den letzten Jahren wurde jedoch, begünstigt durch richterliche Rechtsfortbildung, das Verbandsklagerecht auf mehr und mehr Gebiete ausgeweitet. Dieses Recht wird insbesondere von Umweltverbänden genutzt, um Straßenbau- und andere Infrastrukturprojekte zu verhindern. Wenn aber keine Bürger unmittelbar betroffen sind, muss es auch kein Klagerecht geben. Wir brauchen keinen Freifahrtschein für linke Verbände, Politik zu machen, indem sie sich vor Gericht als Sachwalter abstrakter Interessen aufspielen. Wir werden deshalb alles daran setzen, das Verbandsklagerecht wieder abzuschaffen.

6. Fährverbindungen erhalten!

Fährverbindungen haben im ländlichen Raum eine herausgehobene verkehrspolitische Bedeutung. Sie kommen zum Einsatz, wo Brückenverbindungen fehlen und schaffen einen sinnvollen Ersatz, um lange Umwege zu vermeiden. Für die Unterhaltung dieser landesbedeutsamen Fährverbindungen kommen mehrheitlich die Kommunen auf, was als freiwillige Aufgabe gilt und somit andere freiwillige Aufgaben wie Bibliotheken und Schwimmbäder belastet. Wir finden: Das kann nicht sein! Hier ist das Land gefragt! Um die Fährverbindungen im Land langfristig zu erhalten, werden wir die Finanzierung insbesondere im ländlichen Raum durch Gesetzesänderungen dem Land übertragen.

7. Bus und Bahn stärken!

Die AfD-Sachsen-Anhalt bekennt sich ohne Wenn und Aber zum klassischen Automobil mit Verbrennungsmotor als Grundlage unserer Mobilität. Gleichwohl werden wir, nicht als Ersatz, aber als sinnvolle Ergänzung zum privaten PKW, den öffentlichen Personen-Nahverkehr weiter ausbauen. Der Rückbau von Bahnhöfen, wie zum Beispiel dem Bahnhof Jütrichau zwischen Zerbst und Roßlau wird gestoppt. Parallel werden stillgelegte Bahngleise, wo immer es möglich und sinnvoll ist und nicht gegen die Interessen der Bürger verstößt, wiederbelebt. Die Heidebahn zwischen der Lutherstadt Wittenberg und Eilenburg muss länderübergreifend (Sachsen-Anhalt und Sachsen) in den öffentlichen Personen-Nahverkehr übernommen und regelmäßig befahren werden. Auch sollten auf dieser Strecke Güterzüge fahren. Die Landeshauptstadt Magdeburg benötigt dringend ICE-Anschlüsse in alle Richtungen und das Oberzentrum Dessau-Roßlau eine IC-Verbindung Leipzig – Dessau – Potsdam – Berlin! Für all diese Anliegen ist endlich das ernsthafte Gespräch mit der Deutschen Bahn zu suchen, der gegenüber die CDU-geführte Landesregierung viel zu oft als reiner Bittsteller gegenübertritt.

Die Harzer Schmalspurbahn mit ihrer Gesamtlänge von circa 140 km muss als Touristenmagnet erhalten bleiben!

8. Deutschlandticket für alle Schüler!

Aktuell erhalten Schüler in Sachsen-Anhalt das Deutschlandticket, wenn sie an der Schülerbeförderung teilnehmen, also in der Regel mindestens zwei Kilometer von ihrer Schule entfernt wohnen. Schüler, deren Wohnsitz so nahe an der Schule liegt, dass sie nicht an der Schülerbeförderung teilnehmen, erhalten kein Deutschlandticket. Die Kosten tragen die Kreise. Wir werden als Landesregierung dafür sorgen, dass alle Schüler das Deutschlandticket erhalten und dazu den Kreisen finanzielle Zuschüsse gewähren, wenn sie die Finanzierung nicht aus eigenen Mitteln bewältigen können.

9. Schluss mit dem LKW-Chaos an Autobahnen!

Bis 2030 wird der LKW-Verkehr auf Deutschlands Straßen, insbesondere Autobahnen, massiv zunehmen. Doch bereits jetzt besteht in Sachsen-Anhalt ein Mangel an ausreichenden Stellmöglichkeiten auf Fernstraßen. Die Folgen sind ein steigendes Unfallrisiko durch falsch abgestellte LKWs. Um Strafzettel zu vermeiden, suchen viele LKW-Fahrer alternative Parkmöglichkeiten in angrenzenden Gewerbeparks oder Gemeinden. Dies verursacht Müll und zusätzliche Straßenschäden, sehr zum Leidwesen der örtlichen Bevölkerung und der Gewerbetreibenden. Sachsen-Anhalt

gilt zudem als Transitland, sodass bei einer prognostischen Zunahme des LKW-Verkehrs um ein geschätztes Drittel der zukünftige Bedarf an Parkständen deutlich höher ausfallen wird. Deshalb werden wir die vorhandenen Parkkapazitäten bedarfsorientiert ausbauen und dafür sorgen, dass in einem halbjährlichen Monitoring über den Umsetzungsstand berichtet wird.

Die Bundesstraßen B2 und B91 werden oft von LKW-Fahrern als Abkürzung genutzt, um etwa schneller auf die A4 zu kommen. Das verursacht nicht nur zusätzliche Schäden, sondern auch Emissionen durch Abgase und Lärm. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass dort das Verkehrszeichen 253 nach § 45 StVO mit dem Zusatzzeichen „Transitverkehr gesperrt“ aufgestellt wird. Wir werden ein einheitliches Verfahren für alle Kommunen schaffen, um Verstöße von LKW ab 7,5 Tonnen im ruhenden Verkehr (Parksünder) ahnden zu können. Die Richtlinie (EU) 2015/413 trifft nur für den fließenden, aber nicht für den ruhenden Verkehr zu.

10. Behindertenparkplätze nach Bedarf!

Jedem Autofahrer ist die Situation bekannt, dass er verzweifelt einen Parkplatz sucht und keinen findet, weil alles belegt ist, aber immer mehrere Behindertenparkplätze frei bleiben. Offensichtlich existieren mehr Behindertenplätze als von berechtigten Nutzern mit Behindertenausweis nachgefragt werden. Wir werden deshalb landesweit die Auslastung der Behindertenparkplätze überprüfen und, wenn Überkapazitäten langfristig ungenutzt bleiben, diese reduzieren bzw. die Kommunen anregen und dabei unterstützen, in diesem Sinne zu handeln. Wir wollen Behinderten nicht zumuten, zusammen mit Nichtbehinderten um die gleichen Parkplätze konkurrieren zu müssen; es darf aber auch nicht sein, dass sinnfreie Überkapazitäten vorgehalten werden.

11. Wir brauchen keine Lastenräder!

Das Land Sachsen-Anhalt hat zur Anschaffung von Lastenrädern mehrere Förder Richtlinien erlassen. Hierbei können Unternehmen, öffentliche Einrichtungen oder Vereine in den Genuss einer Förderung in Höhe von bis zu 60 Prozent der Anschaffungskosten kommen. Bei Kommunen und Landkreisen beträgt die Förderung bis zu 90 Prozent. Diese Bevorzugung von Verkehrsteilnehmern im Zeichen der Ideologie der CO₂-Reduktion lehnen wir entschieden ab und werden in Zukunft derlei Gelder sinnvoller investieren.

12. Motorradkultur erhalten, Fahrverbote verhindern, SIMSON-Kultur erhalten!

Der Bundesrat hat am 15. Mai 2020 einer Entschließung „zur wirksamen Minderung und Kontrolle von Motorradlrm" zugestimmt (BR 125/20). Dieses Papier ist eine Kampfansage an alle Motorradfahrer. Es fordert u.a. strenge Grenzwerte für Lärmemissionen, strengere Strafen für Veränderungen am Auspuff, ein Verbot von Motorsteuerungen, die einen eigenen „Sound" produzieren, Fahrverbote für Motorräder, mehr Kontrollen und eine verschuldensunabhängige Haftung von Motorradfahrern.

Bund und Länder haben bei den avisierten Maßnahmen jedes Maß verloren. Insbesondere die geplante bauliche Lärmreduzierung von Motorrädern wird bei Zweirädern auf Verbrenner-Basis nicht möglich sein, sodass der Vorstoß durch Motorradverbnden mit Nachdruck kritisiert bzw. abgelehnt wurde. Die AfD Sachsen-Anhalt steht an der Seite der Motorradliebhaber. Wir werden das Motorrad-Hobby fördern und ihm Freiräume schaffen. Die Umsetzung der erwähnten Bundesratsentschliefungen werden wir mit allen Mitteln bekämpfen. Die SIMSON-Kultur ist als Teil der Jugendkultur besonders zu fördern. Gerade in den ländlichen Räumen garantieren solche Zweiräder nicht nur die Mobilität Jugendlicher, sondern erinnern an eine gute ostdeutsche Tradition.

13. Rder müssen rollen!

Die Nutzung von Zweirädern gewinnt als Verkehrsmittel eine immer größere Relevanz. Radfahren ist eine Fortbewegungsform, welche nicht nur der Gesundheit dient und umweltfreundlich ist, zunehmend etabliert sich auch ein Radtourismus. Dieser Trend ist weiterzuentwickeln und Grundlage hierfür ist ein gut ausgebautes Radwegenetz. Die aktuelle Landesregierung steht sich jedoch mit der Radwegeplanung selbst im Weg und setzt eher auf unnötige Wasserkpfe wie beispielsweise Radkoordinatoren und Rad-Netzwerke. Diese Selbstbeschäftigung dient weder dem Steuerzahler noch dem Radwegeausbau.

Um Radtourismus und Radfahrer die notwendige Infrastruktur zu ermöglichen sind insbesondere die Planungsverfahren für Radwege zu vereinfachen und zu beschleunigen. Ferner sollen Radwege bereits in die Planung neuer Landesstraßen miteinfließen. Bei all dem wird in Zukunft darauf zu achten sein, dass der Bau von Radwegen, grade in den Städten, nicht als Waffe gegen den Autoverkehr eingesetzt wird. Ebenso sind die Fördermittel des Landes zur Unterstützung des kommunalen Radverkehrsnetzes deutlich zu erhöhen.

14. Wasserstraßen-Tourismus entdecken – Wasserstraßen ausbauen!

Flüsse durchziehen unser Bundesland wie Lebensadern. Sie dienen Wirtschaft, Natur und Mensch gleichermaßen. Es überrascht daher nicht, dass sich diese Lebensadern immer mehr zu Anziehungsmagneten für Touristen entwickeln. Die Landesregierung muss deshalb dem Wasserstraßentourismus mehr Aufmerksamkeit widmen. Wir wollen uns deshalb u.a. dafür einsetzen, dass durch den Bund der Saale-Leipzig-Kanal fertiggestellt wird.

Wir werden die Kommunen, die Binnenhäfen an der Elbe bewirtschaften, entlasten. Zu diesem Zweck werden wir nach dem Model der Sächsischen Binnenhäfen Oberelbe GmbH (SBO) alle Häfen (Magdeburg, Aken, Roßlau, Wittenberg) in einer landeseigenen Gesellschaft zusammenführen. Die schnellere Umsetzung des Gesamtkonzeptes „Elbe“ durch den Bund ist hierbei sehr wichtig.

15. Hochwasserschutz praktisch machen!

Wir werden eine Elementarpflichtversicherung bei Hochwassergefahr und eine Innenstadtsanierungsgewinnbeteiligung nach Naturkatastrophen einführen.

In diesem Zusammenhang werden wir, um künftige Hochwasser besser beherrschen zu können, mehr Überflutungsflächen schaffen und Versiegelungen oder Eingengungen entlang der Flussläufe in Sachsen-Anhalt abbauen. Die in Planung befindlichen bzw. bereits begonnenen Hochwasserschutzmaßnahmen werden wir zügig fortführen und vollenden.

16. In die Zukunft investieren - Digitale Infrastruktur ausbauen!

Die Digitalisierung durchzieht inzwischen alle Lebensbereiche. Ob privat, beruflich oder wirtschaftlich - ohne eine gelungene Politik der neuen Technologien wird Deutschland langfristig ins Hintertreffen geraten. Zu den Gewinnern zählen dann ehemalige Entwicklungsländer wie China, in denen Künstliche Intelligenz und Vernetzung zur Staatsräson gehören und mit einer Geschwindigkeit umgesetzt werden, die in Deutschland unter der Herrschaft einer verkrusteten Ökodiktatur niemals umzusetzen ist.

Wir sehen die Digitalisierung generell als Chance, Deutschland, und damit auch Sachsen-Anhalt, für die nächsten 100 Jahre zu einem der wichtigsten globalen Innovationstreiber zu machen. Jedoch müssen wir dabei Zulieferer neuer Technologien und nicht nur Abnehmer werden. Es kann nicht sein, dass wir immer noch nicht

während einer Bahnfahrt unterbrechungsfrei telefonieren können und das Internet in vielen Gegenden immer noch zu langsam für die Bedürfnisse der Wirtschaft ist.

17. Zukunftstechnologien fördern – Rechenzentren ansiedeln!

Digitale Technologien, insbesondere leistungsfähige IT-Infrastrukturen, bieten erhebliche Chancen für wirtschaftliche Entwicklung, industrielle Wertschöpfung und staatliche Handlungsfähigkeit. Unser Ziel ist es, diese Potenziale gezielt zu nutzen und zugleich Fehlentwicklungen frühzeitig zu begrenzen.

Die Forschung und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz sollen verantwortungsvoll, anwendungsnah und im Interesse von Wirtschaft, Verwaltung und Bürgern gefördert werden. Dabei legen wir Wert auf Transparenz, Datensicherheit und die Wahrung staatlicher Souveränität. Entscheidungen über den Einsatz neuer Technologien dürfen nicht allein privaten Konzernen oder internationalen Akteuren überlassen werden.

Der Ansiedlung von Rechenzentren stehen wir ausdrücklich aufgeschlossen gegenüber. Sie sind ein zentraler Baustein moderner digitaler Infrastruktur und stärken die Unabhängigkeit von ausländischen IT-Standorten. Rechenzentren schaffen hochwertige Arbeitsplätze, erhöhen die Standortattraktivität für Industrie und Mittelstand und ermöglichen leistungsfähige digitale Verwaltungs- und Sicherheitsstrukturen.

Als Landesregierung wollen wir dazu beitragen, unser Bundesland als verlässlichen und wettbewerbsfähigen Standort für Rechenzentren und digitale Schlüsseltechnologien zu etablieren. Dazu gehören planungssichere Rahmenbedingungen, zügige Genehmigungsverfahren, eine leistungsfähige Energie- und Netzinfrastruktur sowie ein investitionsfreundliches Umfeld ohne ideologische Vorgaben. Digitalisierung soll dem Standort dienen – nicht umgekehrt.

XIV. Öffentlicher Dienst und Verwaltungsreform

Seit Jahrzehnten wächst in Sachsen-Anhalt ein bürokratischer Apparat heran, der immer mehr Ressourcen verschlingt und sich dabei zunehmend von den Bürgern entfremdet. Die Altparteien sehen in jeder Herausforderung nur einen Vorwand, neue Behörden, Stellen und Regulierungen zu schaffen und haben so ein Bürokratiemonster herangezüchtet. Dieses aufgeblähte System ist längst Selbstzweck geworden und vergisst, wem es eigentlich dienen soll: den Bürgern.

Der Bürokratiewucher geht einher mit einem undurchdringlichen Verwaltungsfilz. Über Jahrzehnte haben SPD, CDU und Grüne ihre Parteifreunde und Unterstützer in Behörden untergebracht, sodass Postenvergabe nach Proporz und Gesinnung wichtiger wurde als Kompetenz und Bürgernähe. Anstatt Probleme zu lösen, beschäftigt sich die Verwaltung heute vielfach mit sich selbst – mit endlosen Abstimmungsrounden, internen Richtlinien und politisch korrekter Symbolpolitik. Die Folgen für die Bürger sind Frust über unnötige Gängelei, langsame Entscheidungen und verschwundene Steuergelder.

Hinzu kommt die schleichende Ideologisierung der Verwaltung. Immer häufiger werden amtliche Entscheidungen von der Regenbogendoktrin geprägt – ob durch Klima-Auflagen, Gender-Vorschriften oder Diversity-Projekte. Ganze Abteilungen widmen sich lieber der Umerziehung der Gesellschaft, anstatt die Kernaufgaben des Staates effizient zu erfüllen. Dadurch vernachlässigt der Staat seine eigentlichen Pflichten. Sicherheit, Infrastruktur, Bildung und Dienstleistungen bleiben auf der Strecke, während der Apparat einer ideologischen Agenda folgt. Der Staat verliert so Stück für Stück die Kontrolle über die eigenen Strukturen und verspielt das Vertrauen der Bevölkerung.

Die AfD Sachsen-Anhalt steht für einen radikalen Kurswechsel in Verwaltung und öffentlichem Dienst. Wir wollen einen schlanken, bürgernahen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert und endlich wieder dem Bürger dient statt sich selbst. Mit einer umfassenden Aufgabenkritik sollen überflüssige Strukturen abgebaut, Bürokratie und insbesondere Berichtspflichten und Zielvereinbarungen konsequent eingedämmt und der Verwaltungsapparat effizient gemacht werden. Nur die AfD Sachsen-Anhalt hat den Mut, diesen überfälligen Kurswechsel einzuleiten. Für einen Staat, der seinen Bürgern dient – und nicht umgekehrt!

1. Ausgaben in Ministerien und Verwaltung kürzen!

Bürokratiekosten sind in den letzten zehn Jahren um über 60 Prozent explodiert – das ist weder finanzierbar noch den Bürgern vermittelbar. Deshalb fordern wir eine pauschale Ausgabenkürzung von mindestens 10 Prozent in allen Ministerien.

4970 Sparen statt Aufblähen muss die Devise werden, damit der Staatsapparat wieder
4971 auf ein gesundes Maß schrumpft.
4972

4973 **2. Ministerien reduzieren!**

4974
4975 Inklusive der Staatskanzlei umfasst die aktuelle Landesregierung neun Ministerien
4976 beziehungsweise nun Mitglieder im Ministerrat. Das muss nicht sein. Unser Bun-
4977 desland kann auch mit weniger Ministerien gut verwaltet werden. Die Erfahrung
4978 lehrt, dass viele Ministerien keinen Mehrwert für die Bürger bringen und oft nur der
4979 Versorgung treuer Parteisoldaten mit gut besoldeten, prestigeträchtigen Posten die-
4980 nen. Wir werden mit dieser Tradition brechen und die Ministerien reduzieren.
4981

4982 **3. Staatsquote senken!**

4983
4984 Der Staat muss den Menschen dienen, nicht umgekehrt – deshalb darf er sich wirt-
4985 schaftlich nicht immer weiter ausbreiten. Wir streben an, die Staatsquote in Sach-
4986 sen-Anhalt auf maximal 45 Prozent des BIP zu senken. Nur wenn den Steuerzahlern
4987 Luft zum Atmen bleibt und staatliche Ausgaben auf das Notwendige zurückgeführt
4988 werden, können Innovation, Wachstum und Wohlstand wieder gedeihen.
4989

4990 **4. Schluss mit Haushaltstricksereien!**

4991
4992 Sachsen-Anhalt muss – wie die Kommunen – komplett auf kaufmännische Buch-
4993 führung umstellen. Nur mit doppelter Buchführung (Doppik) lassen sich Schulden,
4994 Investitionen und Risiken transparent und ehrlich abbilden. Wir wollen keine Haus-
4995 haltsskosmetik mehr, sondern Klarheit über sämtliche Einnahmen und Ausgaben
4996 des Landes.
4997

4998 **5. Unnötige Landesgesellschaften auflösen!**

4999
5000 Der Staat ist kein Ersatzkonzern – wir werden überflüssige Landesgesellschaften
5001 auflösen. Staatsbetriebe wie die Landesenergieagentur (LENA) oder die Investiti-
5002 ons- und Marketinggesellschaft (IMG) müssen geschlossen werden, sofern sie kei-
5003 nen klaren Mehrwert für das Land erbringen. Steuergeld darf nicht länger ineffiziente
5004 Strukturen alimentieren.
5005
5006
5007

5008 **6. Landesverwaltungsamt abschaffen!**

5009

5010 Diese überflüssige Mittelbehörde schafft vor allem Doppelstrukturen und Bürokratie – deshalb gehört sie abgeschafft. Wir fordern die vollständige Auflösung des Landesverwaltungsamts. Seine Aufgaben können auf die Fachministerien oder die Kommunen verteilt werden. Ohne diesen bürokratischen Wasserkopf werden Entscheidungen schneller, Verfahren schlanker und Ressourcen effizienter eingesetzt.

5015

5016 **7. Kein Steuergeld mehr für parteinahe Stiftungen!**

5017

5018 Schluss mit indirekter Parteienfinanzierung über den Landeshaushalt! Parteinahе Stiftungen sollen keine Steuergelder mehr erhalten. Wir werden jegliche Landesförderung für politische Stiftungen gesetzlich untersagen. Diese Einrichtungen haben sich überlebt. Politische Bildungsarbeit gehört in die Parteien selbst und muss durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert werden, nicht durch das Geld der Allgemeinheit.

5024

5025 **8. Überflüssige Gesetze streichen!**

5026

5027 Wir wollen die Flut an Vorschriften eindämmen. Für jede neue Verordnung oder jedes neue Gesetz müssen mindestens zwei alte Regelungen ersatzlos gestrichen werden. Mit dieser Zwei-für-eins-Regel stoppen wir das ständige Wuchern des Vorschriftendschungels. Zudem sollen vor der Verabschiedung von Gesetzen, die daraus entstehenden Kosten und der Aufwand für die Bürger, Kommunen, Unternehmen oder sonstigen Betroffenen ermittelt und veröffentlicht werden. Das Ergebnis ist weniger Bürokratie und wieder mehr Freiheit für Bürger und Unternehmen.

5034

5035 **9. Verwaltung bürgernah digitalisieren!**

5036

5037 Die Verwaltung muss endlich im 21. Jahrhundert ankommen. Wir setzen auf Digitalisierung der Behörden und den intelligenten Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) dort, wo es sinnvoll ist, und als Angebot an die Bürger. Es darf aber nicht sein, dass derjenige, der einen Menschen sprechen will, mit einer KI-Stimme abgespeist wird. Digitale Prozesse – von Bürgerportalen bis zur Automatisierung standardisierter Verfahren – werden verpflichtend eingeführt. So beschleunigen wir Abläufe drastisch. E-Government ist kein Selbstzweck, sondern ein Schlüsselinstrument für mehr Effizienz und besseren Service.

5045

10. Für eine effiziente Personalpolitik!

Eine schlanke Verwaltung braucht einen konsequenten Personalumbau. Wir werden alle Behörden einem Soll-Ist-Check unterziehen, eine strenge Aufgabenkritik üben und überflüssige Tätigkeiten sowie Doppelzuständigkeiten ersatzlos streichen. Jede Verwaltungseinheit muss einen konkreten Nutzen für Bürger und Land haben – interne Selbstbeschäftigung ohne Mehrwert dulden wir nicht länger. Freiwerdende Stellen werden nur noch im Ausnahmefall nachbesetzt, sodass der Personalbestand durch natürliche Fluktuation schrittweise sinkt. So steigern wir die Effizienz in Ministerien und Landesbehörden und sparen dauerhaft Kosten ein.

11. Genehmigung bei überlangen Verfahren fingieren!

Künftig soll kein Antrag mehr in endlosen Verfahren steckenbleiben. Wir führen eine Genehmigungsfiktion ein: Wenn eine Behörde die vorgeschriebene Entscheidungsfrist überschreitet, gilt der Antrag automatisch als genehmigt. Dieser Mechanismus zwingt die Verwaltung zu zügiger Bearbeitung und schützt Bürger sowie Unternehmen vor verschleppten Entscheidungen durch Amtswillkür.

12. Fördermittel besser einsetzen!

Der Förderdschungel im Land wird gelichtet und entideologisiert. Wir werden die Vielzahl kleinteiliger, ideologisch verzerrter Förderprogramme drastisch vereinfachen, zusammenfassen oder streichen. Fördermittel sollen dort ankommen, wo sie wirklich gebraucht werden – ohne bürokratische Labyrinth und ohne ideologische Gängelung. Statt dutzender Formulare und willkürlicher Vergabekriterien wird es wenige transparente Förderkriterien geben. So stoppen wir die geldverschlingende Klientelpolitik der Altparteien und sorgen für eine effiziente Verwendung der Steuergelder.

13. Beauftragten-Unwesen abschaffen!

In den letzten Jahren wurden immer mehr kostspielige Sonderbeauftragte ernannt – für Gleichstellung, Integration, Diversity und anderes mehr –, die kaum echten Nutzen für die Bürger stiften. Wir werden diese Posten, die oft nur der rot-grünen Symbolpolitik und der Versorgung parteinaher AktEuree dienen, konsequent abschaffen. Steuermittel gehören in den Dienst am Bürger und in die Lösung realer Probleme investiert, nicht in überflüssige Prestigeämter, die keiner braucht.

14. Die Verwaltung ist für die Bürger da!

Die Verwaltung ist für die Bürger da, nicht umgekehrt - dieses Leitbild wird Maßstab allen Verwaltungshandelns. Der Selbstherrlichkeit und dem Missbrauch von Entscheidungsspielräumen werden wir konsequent entgegentreten. Der Beamte ist der erste Diener des Bürgers. Wir werden eine neue Dienstkultur in den Behörden etablieren, die von verbindlicher Bürgerorientierung geprägt ist. Ämter sollen die Menschen freundlich, schnell und unbürokratisch bedienen. Klare Vorgaben wie zügige Antwortzeiten, transparente Verfahren und hilfsbereite Beratung werden festgeschrieben und deren Einhaltung regelmäßig kontrolliert. Die Verwaltung wird zum echten Dienstleister, der Probleme löst, statt sie zu schaffen.

5128 **XV. Medien**

5129

5130 Jeden Monat werden viele Hundert Millionen Euro an Rundfunk- und Fernsehgebüh-
5131 ren vom Bürger und Unternehmen überwiesen – und nicht erst seit gestern fragen
5132 viele: Wofür eigentlich? Während Intendanten und leitende Angestellte Traumgeh-
5133 älter nebst üppigen Pensionen kassieren und die Bürokratie weiter wächst, geht die
5134 Akzeptanz des ÖRR aufgrund neuer Skandale endgültig verloren. Und der ÖRR, ur-
5135 sprünglich 1950 gegründet, um eine Grundversorgung an Informationen, Kultur und
5136 Unterhaltung zu gewährleisten, weitete seine „Angebote“ stetig aus. Heute erleben
5137 wir Überproduktion, Doppelstrukturen, intransparente Engagements von Produkti-
5138 onsfirmen und tEuroe Eigenwerbung – und starke Konkurrenz zu den privaten Me-
5139 dien im Bereich der Werbung. Kurz: Grundlegende Reformen müssen her!

5140

5141 Wir wollen wieder niveauvolle informierende und bildende Medien. Diese sollen mit
5142 vielfältigen Beiträgen den unterschiedlichen Interessen und Ansprüchen der Bürger
5143 unseres Landes gerecht werden. Deshalb ist es wichtig, dass sich das gesamte
5144 Spektrum politischer und kultureller Anschauungen in unserer Medienlandschaft
5145 widerspiegelt. Es soll sachlich und neutral über das gesellschaftliche Leben in un-
5146 serem Land berichtet werden.

5147

5148 Wenn wir die Landesregierung stellen, werden wir die Medienpolitik entsprechend
5149 gestalten. Weniger Staat, schlankere Strukturen, mehr echte Vielfalt und Toleranz
5150 und eine Repräsentanz aller politischen Strömungen sind die Leitlinien der Reform,
5151 die wir ins Werk setzen werden. Die zunehmende Ausweitung von „Hass und
5152 Hetze“-Gesetzen, Netzwerkdurchsetzungsgesetzen und die Schaffung von fakti-
5153 schen Zensurbehörden zur Unterdrückung missliebiger Meinungen haben zu einer
5154 Verzerrung des Meinungsbildes nicht nur im Internet geführt. Freiheitliche Politik ist
5155 hier das Motto!

5156

5157 **1. Meinungsfreiheit verteidigen!**

5158

5159 Meinungsfreiheit gehört zu einer freien Gesellschaft. Dort, wo sie vor allem zutage
5160 treten sollte, wird sie immer mehr eingeschränkt: in den Medien. Kritische Stimmen
5161 werden gar nicht erst „eingeladen“, unbequeme Meinungen werden als Mindermei-
5162 nung dargestellt. Statt offener Debatte erleben wir Einseitigkeit, Bevormundung und
5163 vorauseilende Selbstzensur.

5164

5165 Unseren Bürgern in Sachsen-Anhalt muss man Demokratie nicht erklären! Wir brau-
5166 chen keine betreute Meinung, sondern echten Pluralismus! Medien müssen wieder
5167 das ganze Meinungsspektrum abbilden, nicht nur, was gerade in Redaktionssitzun-
5168 gen dem eigenen Wunschbild entspricht. Wir werden deshalb als Regierung darauf

5169 hinwirken, den öffentlichen Rundfunk und aus öffentlichen Mitteln geförderte Radi-
5170 osender zu politischer Neutralität und Ausgewogenheit zu verpflichten.
5171

5172 **2. Radio Corax den Geldhahn zudrehen!**

5173
5174 Radio Corax bietet allen Spielarten des linken Fanatismus, der perversen Regenbo-
5175 genideologie und des Genderismus eine Plattform. Außerdem verbreitet Radio
5176 Corax sogenannte „Antifa-News“ und bekennt sich damit zu einer antideutschen
5177 Terrororganisation.

5178
5179 Allein durch die Medienanstalt Sachsen-Anhalt ist das Radio Corax dabei in den Jah-
5180 ren 2019 bis 2023 mit 968.438,61 Euro gefördert worden. Weitere regelmäßige Zu-
5181 wendungen erfolgen durch die Stadt Halle – Fachbereich Kultur, die Studenten-
5182 schaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und das Landesjugendamt
5183 Sachsen-Anhalt.

5184
5185 Anders als der Gesetzgeber es vorsieht und die Landesmedienanstalt es bei Radio
5186 Corax als gegeben ansieht, geht es den sogenannten „Freien Radios“ gerade nicht
5187 um Zugangsoffenheit. Vielmehr geht es diesen von der Allgemeinheit finanzierten
5188 Medien darum, die Zugangsoffenheit in einer Weise zu definieren oder vielmehr um-
5189 zudeuten, die darauf hinausläuft, sich abschirmen zu können. So soll verhindert
5190 werden, dass AktEuroe, die sich nicht der herrschenden Ideologie anschließen, Zu-
5191 gang erhalten. Dieser Ausschluss von anderen Meinungen, ist jedoch nach Darstel-
5192 lung der Landesmedienanstalt unzulässig.

5193
5194 Da damit die Zulassungsvoraussetzungen - so sie jemals gegeben waren - weggefal-
5195 len sind, wird die neue Landesregierung die Landesmedienanstalt auffordern, die
5196 Bezuschussung einzustellen und entsprechend auf eine Überprüfung aller „Freien
5197 Radios“ bestehen.
5198

5199 **3. Sofortmaßnahme: Rundfunkstaatsverträge kündigen!**

5200
5201 Die Rundfunkstaatsverträge stehen für verkrustete Strukturen, Bevormundung, Bü-
5202 rokratie und Selbstbedienung. Reformen im Sinne des Bürgers finden nicht statt.
5203 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk doktert an den Symptomen herum, anstatt das
5204 Akzeptanzproblem bei den Bürgern anzugehen, schützt er ein überaltertes System
5205 aus Rundfunkräten, Posten und Pflichtgebühren. Nach der Wahl erfolgt ein klarer
5206 Schnitt: Die Rundfunkstaatsverträge werden als erste Amtshandlung gekündigt, um
5207 echten Reformdruck zu erzeugen! Ziel ist ein modernes, transparentes Mediensys-
5208 tem, das dem ursprünglichen Vorhaben auf mediale Grundversorgung gerecht wird.
5209

4. Genug GEZahlt - Steuerfinanzierten Grundfunk nach dem Vorbild Finnlands einführen!

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland wird durch eine starre Gebühr finanziert, zurzeit über 18 Euro pro Wohnung und Monat. Diese Gebühr muss jeder bezahlen, unabhängig davon, wie viel er verdient und unabhängig davon, ob er den öffentlich-rechtlichen Rundfunk konsumiert. Gerade bei Geringverdienern schlagen die über 200 Euro pro Jahr für dieses aufgenötigte Angebot, das nicht abgelehnt werden kann, schwer zu Buche.

Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in einen Grundfunk nach finnischem Vorbild zu überführen. In Finnland zahlen die Bürger eine Rundfunksteuer, die aber erst ab einem Mindesteinkommen von 14.000 Euro pro Jahr erhoben wird, lediglich 0,68 Prozent des Einkommens beträgt und bei maximal 160 Euro pro Jahr gedeckelt ist.

5. Mehr Eigenverantwortung für den Mitteldeutschen Rundfunk!

Der Mitteldeutsche Rundfunk braucht eine moderne, effiziente Struktur. Während Millionen an Beitragsgeldern in Immobilien, festgeschriebene Standorte, Doppelstrukturen und Verwaltung fließen, fehlt es an echter Nähe zu den Menschen in der Region. Der MDR muss dort berichten, wo die Menschen sind, wo er gebraucht wird – eigenverantwortlich muss er die Standorte bestimmen!

Wir setzen uns für mehr Eigenverantwortung des MDR ein. Er soll selbst über die Standorte entscheiden, denn er weiß am besten, wie man die Verwaltung, Produktion, Redaktion und Technik am richtigen Standort einsetzt. Nur so kann ein effizienter und wirtschaftlicher Betrieb sichergestellt werden – denn die Vorgaben von vor über drei Jahrzehnten sind überholt.

6. Aufsicht politisch neutral und professionell gestalten!

Die Aufsichtsräte für die Medien sollen unabhängig und politikfern sein. In vielen Rundfunk- und Kulturinstitutionen sitzen aktive und ehemalige Politiker, deren Parteifreunde und Funktionäre in Aufsichtsräten – und sie entscheiden über Programme, Personal und Millionenetats.

Wir werden der Parteibuchwirtschaft ein Ende setzen und eine Reform beginnen, die darauf abzielt, die Unabhängigkeit und fachliche Qualifikation der Aufsichtsräte zu fördern. Es darf keine politischen Abhängigkeiten, keine geschlossenen Zirkel,

5250 sondern es muss klare Nachfolgeregeln und transparente Besetzungsverfahren für
5251 die Stellen geben.
5252

5253 **7. Netzwerkdurchsetzungsgesetz rückabwickeln!**

5254
5255 Das sogenannte Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) wurde mit dem Verspre-
5256 chen eingeführt, „Hass und Hetze“ im Internet zu bekämpfen. Tatsächlich hat es
5257 private Konzerne zu faktischen Zensurbehörden gemacht, die nicht nur in die Mei-
5258 nungsfreiheit eingreifen, sondern auch den demokratischen Meinungsbildungspro-
5259 zess verzerrt haben. Algorithmen und die Zensurmannschaften privater Firmen ent-
5260 scheiden, was gesagt werden darf – oft ohne richterliche Kontrolle, ohne Transpa-
5261 renz und ohne wirklich praktikablen Rechtsweg für deutsche Nutzer.
5262

5263 Wir setzen uns für die Rückabwicklung des NetzDG und für eine Überprüfung der
5264 Europäischen Digitalgesetze (Digital Services Act) ein. Meinungsfreiheit darf nicht
5265 anhand von Unternehmensrichtlinien beschnitten werden oder an zeitgeistgemäße
5266 politische Stimmung gebunden sein. Rechtsverstöße gehören vor Gerichte. In die-
5267 sem Zusammenhang werden wir auch darauf hinwirken, die im sogenannten „Ge-
5268 setz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ 2021 zu-
5269 sammengefassten Änderungen u.a. des Strafgesetzbuchs wieder rückgängig zu ma-
5270 chen.
5271

5272 **8. Zensur im Internet verhindern!**

5273
5274 Das Internet war einmal der Ort der Freiheit und der freien Rede. Heute droht es zum
5275 Raum kontrollierter Meinung zu werden. Beiträge verschwinden, Konten werden ge-
5276 sperrt, ganze Themenbereiche tabuisiert. Hinter dem Vorwand des „Schutzes vor
5277 Desinformation“, „Fakenews“, „Erhalt von Meinungsvielfalt und Pluralität“ ist eine
5278 neue Form digitaler Zensur entstanden - still, schleichend und gefährlich für die De-
5279 mokratie.
5280

5281 Als Landesregierung werden wir Initiativen und Kampagnen gegen undurchsichtige
5282 Löschregeln und gegen die algorithmische Meinungskontrolle auf den Weg bringen.
5283 Entscheidungen über Inhalte gehören nicht in die Hände von Plattformen, Konzer-
5284 nen oder politischen Gremien, sondern sie müssen transparent, rechtlich überprüf-
5285 bar und grundrechtskonform erfolgen.
5286

5287 **9. Medienanstalt reformieren, verschlanken, kontrollieren!**

5288
5289 Wir bekennen uns zum Erhalt der Medienanstalt Sachsen-Anhalt als Institution der
5290 Medienaufsicht und -ordnung. Gleichzeitig sehen wir Reformbedarf in Struktur,

Aufgabenwahrnehmung und Finanzierung. Ziel ist eine schlanke, effiziente und auf ihren Kernauftrag konzentrierte Medienanstalt, die sparsam mit öffentlichen Mitteln umgeht und politisch unabhängig arbeitet.

Die Medienanstalt soll sich künftig auf ihre originären Aufgaben beschränken: die Sicherung von Meinungsvielfalt, Rechtsaufsicht im Medienbereich sowie den Schutz der Bürger vor Rechtsverstößen. Aufgaben mit fragwürdigem Mehrwert, kostspielige Nebenprojekte sowie ideologisch geprägte Förder- und Programmtätigkeiten wollen wir kritisch überprüfen und gegebenenfalls einstellen.

Langfristig streben wir den Ausstieg aus der Finanzierung über Rundfunkabgaben an. Die Medienanstalt soll daher perspektivisch aus regulären Haushaltsmitteln des Landes finanziert werden. Damit wird ihre Finanzierung transparenter, demokratisch kontrollierbar und an die allgemeinen Grundsätze der Haushaltsdisziplin gebunden. Ausgaben und Personalumfang müssen sich dabei an der tatsächlichen Notwendigkeit orientieren und regelmäßig überprüft werden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Entpolitisierung der Medienanstalt. Gremienstrukturen und Leitungspositionen dürfen nicht im aktuellen Maße parteipolitisch oder ideologisch geprägt sein. Wir wollen prüfen, wie eine stärkere fachliche Qualifikation, klare Unvereinbarkeitsregeln und eine Reduzierung politischer und ideologischer Einflussnahme umgesetzt werden können. Ziel ist eine sachorientierte Medienaufsicht, die neutral, rechtssicher und frei von weltanschaulichen Vorgaben agiert.

Als Landesregierung werden wir Wege prüfen, wie die Medienanstalt organisatorisch verschlankt, finanziell konsolidiert und strukturell neu aufgestellt werden kann – ohne ihren gesetzlichen Auftrag infrage zu stellen, aber mit klarer Priorität auf Effizienz, Neutralität und demokratische Legitimation.

5332 **XVI. Finanzen und Steuern**

5333
5334 Solide Staatsfinanzen sichern Freiheit, Wohlstand und den Handlungsspielraum
5335 unseres Landes. Die AfD Sachsen-Anhalt steht für fiskalische Vernunft, Transparenz
5336 und Haushaltsklarheit – für einen schlanken Staat, der sich auf seine Kernaufgaben
5337 konzentriert und den Bürgern so viel wie möglich von ihrem erwirtschafteten Geld
5338 belässt. Wir setzen auf planbare Entlastungen statt immer neuer Abgaben, auf ehr-
5339 liche Budgets statt Taschenspielertricks und auf die Schuldenbremse als Schutz
5340 der kommenden Generationen.

5341
5342 Immer neue Schulden sind ein süßes Gift, das zwar akute Problem im Moment lin-
5343 dern mag, auf lange Sicht aber Spielräume einschränkt und kommenden Generati-
5344 onen belastet. Eine solche Politik zulasten der Zukunft lehnen wir ab.
5345 Subsidiarität ist für uns handlungsleitend: Aufgaben sollen dort erledigt werden, wo
5346 sie am besten aufgehoben sind – vor Ort in den Kommunen. Wer Aufgaben über-
5347 trägt, muss sie auch bezahlen. Unser Ziel ist eine Finanz- und Steuerpolitik, die Lei-
5348 stung belohnt, den Mittelstand stärkt und die kommunale Selbstverwaltung befähigt
5349 – für ein Sachsen-Anhalt, das wirtschaftlich stark, sozial gerecht und politisch sou-
5350 verän bleibt.

5351

5352 **1. Grunderwerbssteuer senken!**

5353
5354 Wohneigentum bedeutet Freiheit. Wer keine Miete zahlen muss, verfügt über einen
5355 deutlich höheren finanziellen Spielraum als jemand, der ein Drittel oder in vielen
5356 Fällen sogar die Hälfte seines Einkommens für Miete verwenden muss. Wir werden
5357 den Eigentumserwerb deshalb deutlich erleichtern und zu diesem Zweck die
5358 Grunderwerbssteuer von aktuell 5 Prozent auf 2,5 Prozent absenken.

5359

5360 **2. Bagatellsteuern streichen!**

5361
5362 Wir werden kleinteilige Bagatellsteuern abschaffen, weil sie viel bürokratischen Auf-
5363 wand verursachen und kaum Ertrag bringen. So werden wir auf Landesebene bei-
5364 spielsweise die Biersteuer streichen und den Kommunen empfehlen, Vergnügungs-
5365 steuer, Zweitwohnungssteuer und ähnliche Nebenzulagen abzuschaffen.

5366

5367 **3. Keine neuen Abgaben und Steuererhöhungen!**

5368
5369 Wir garantieren, dass es mit uns keine neuen Abgaben oder Steuererhöhungen im
5370 Land gibt. Außerdem werden wir uns auch auf Bundesebene für die generelle

5371 Senkung der Steuer- und Abgabenlast einsetzen – zum Wohle der hart arbeitenden
5372 Mitte der Bevölkerung und als Impuls für den heimischen Mittelstand.
5373

5374 **4. Systematische Aufgabenkritik!**

5375
5376 Jeder Euro aus dem Landeshaushalt wird von uns auf den Prüfstand gestellt. Wir
5377 führen eine konsequente Aufgabenkritik ein, die sämtliche Ausgabenposten des
5378 Landes überprüft und hinterfragt. Unnötige und ineffiziente Ausgaben werden er-
5379 satzlos gestrichen, damit Steuergelder zielgerichtet eingesetzt werden. Insbeson-
5380 dere sogenannte Beraterhonorare wollen wir streng überprüfen. Auch im Staatsap-
5381 parat muss das Leistungsprinzip gelten. Die Landesregierung muss endlich so wirt-
5382 schaften wie ein ordentliches Kaufmannsunternehmen: mit strenger Ausgabendis-
5383 ziplin, ohne Schuldenmacherei und ohne verborgenes Finanzloch.
5384

5385 **5. Staatlichen Kirchensteuereinzug einstellen!**

5386
5387 Aktuell genießen die beiden großen Kirchen das Privileg, dass der Staat für sie die
5388 Kirchensteuer einzieht, die sich nach der Höhe der Einkommensteuer bemisst. Die-
5389 ses Privileg belastet die Verwaltung und ist nicht mehr gerechtfertigt. Wir werden
5390 uns deshalb auf Bundesebene dafür einsetzen, den staatlichen Kirchensteuereinzug
5391 abzuschaffen. Die Kirchen können wie andere Vereine auch ihre Mitgliedsbei-
5392 träge selbst einziehen.
5393

5394 **6. Landesrechnungshof stärken!**

5395
5396 Wir wollen die Kontrollfunktion des Landesrechnungshofes zweckmäßiger gestal-
5397 ten. Zu oft hält sich der Landesrechnungshof mit Bagatellen auf oder beanstandet
5398 Ausgaben, die nicht zu beanstanden sind, während auf der anderen Seite prüfungs-
5399 freie Räume existieren, in denen Millionen an Steuergeldern nahezu unkontrolliert
5400 versickern. Zu nennen sind hier vor allem die großen Wohlfahrtsverbänden und So-
5401 zialunternehmen, die Landesmittel erhalten, aber keiner direkten staatlichen Fi-
5402 nanzprüfung unterliegen. Dieses Kontrolldefizit werden wir beseitigen, indem wir
5403 die Landeshaushaltsordnung ändern und dem Rechnungshof umfassende Prüf-
5404 rechte bis zum Endempfänger der Gelder einräumen. Künftig soll der Rechnungshof
5405 auch bei privatrechtlichen Trägern (beispielsweise der AWO), die über Vergütungs-
5406 vereinbarungen öffentliche Gelder erhalten, die Mittelverwendung überprüfen kön-
5407 nen. So verhindern wir, dass Steuergeld für sachfremde Zwecke missbraucht wird –
5408 etwa um politische Kampagnen zu finanzieren oder „gegen Rechts“ zu demonstrie-
5409 ren. Eine gestärkte staatliche Finanzkontrolle schützt den Steuerzahler und sorgt
5410 dafür, dass Fehlgebrauch von Steuermitteln konsequent aufgedeckt und abgestellt
5411 wird.

5412

5413 **7. Produktorientierte Haushaltsplanung einführen!**

5414

5415 Der Landeshaushalt soll künftig transparent und ergebnisorientiert aufgestellt wer-
5416 den. Wir fordern eine produktorientierte Budgetierung: Jede Ausgabe im Haushalt
5417 wird klar einem Leistungsbereich („Produkt“) zugeordnet und mit konkreten Zielen
5418 oder Kennziffern hinterlegt. Diese moderne Form der Haushaltsplanung macht
5419 sichtbar, wofür genau Geld verwendet wird und welche Ergebnisse damit erzielt wer-
5420 den. Parlament und Bürger können so besser erkennen, welche staatlichen Leistun-
5421 gen welches Budget erhalten und ob die Mittel wirkungsvoll eingesetzt sind. Die pro-
5422 duktororientierte Haushaltsplanung verstehen wir als eine Art Leistungsvereinbarung
5423 zwischen Politik und Verwaltung. Regierung und Behörden werden verpflichtet, für
5424 die zugeteilten Gelder messbare Ergebnisse zu liefern. Durch eine solche Ausrich-
5425 tung an Outputs und Effizienz verhindern wir versteckte Quersubventionierungen
5426 und stellen sicher, dass Transparenz und Wirtschaftlichkeit die Leitprinzipien unse-
5427 res Landeshaushalts werden.

5428

5429 **8. Schluss mit sogenannten Sondervermögen!**

5430

5431 „Sondervermögen“ sind nichts anderes sind als versteckte Schuldenhaushalte. Sie
5432 dienen der Umgehung der Schuldenbremse und verschleiern die wahre Haushalts-
5433 lage gegenüber Parlament und Öffentlichkeit. Solche Schattenhaushalte untergra-
5434 ben das Vertrauen in die staatliche Finanzführung und widersprechen dem Gebot
5435 der Haushaltswahrheit. Für uns gilt: Nur was im Haushalt steht, darf auch ausgege-
5436 ben werden. Die AfD hat dem Corona-Sondervermögen der Landesregierung ent-
5437 schieden widersprochen. Wir werden keine Sondervermögen aufmachen und be-
5438 stehende Sondervermögen schnellstmöglich rückabwickeln.

5439

5440 **9. Haushaltsklarheit per Gesetz – Ehrliche und transparente Budgets!**

5441

5442 Die AfD Sachsen-Anhalt wird ein Haushaltsklarheits- und -wahrheitsgesetz einbrin-
5443 gen, das trickreiche Haushaltsführung unterbindet. Wir garantieren damit, dass der
5444 Landeshaushalt künftig den verfassungsrechtlichen Grundsätzen der Wahrheit und
5445 Klarheit strikt entspricht. Undurchsichtige Posten wie globale Minderausgaben –
5446 pauschale Einsparvorgaben ohne konkrete Zuordnung – wird es nicht mehr geben.
5447 Solche Taschenspielertricks im Etat, wie sie derzeit genutzt werden, um Lücken zu
5448 kaschieren, betrachten wir als inakzeptabel und verfassungswidrig. Unser Gesetz
5449 schreibt vor, dass alle Einnahmen und Ausgaben vollständig und nachvollziehbar
5450 auszuweisen sind. Wir schaffen einen glasklaren, wahrheitsgetreuen Haushalt, der
5451 ehrlich finanziert ist und den Bürgern Rechenschaft über jeden Euro ablegt. Damit

ziehen wir verlässlich Haushaltsdisziplin ein und gewährleisten die Einhaltung der Schuldenbremse ohne Ausnahmen oder kreative Umwege.

10. Finanzausgleichsgesetz grundlegend reformieren!

Die kommunale Selbstverwaltung braucht verlässliche, einfache und autonome Finanzierung. Wir werden das Finanzausgleichsgesetz (FAG) grundlegend reformieren. Die Finanzausgleichsmasse wird über das geltende Mindestniveau hinaus angehoben und stärker als bisher über allgemeine Schlüsselzuweisungen statt kleinteiliger Fördertöpfe verteilt. Dabei verankern wir einen automatischen Konnexitätsausgleich, der neue oder erweiterte Aufgaben der Kommunen vollständig und dauerhaft kompensiert. Im Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, den gesetzlichen Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer spürbar zu erhöhen und die Verteilmechanismen zu vereinfachen. Bis dahin sorgt ein modernisiertes FAG für planbare Einnahmen, weniger Bürokratie und mehr Handlungsspielraum vor Ort. Unser Ziel ist, Anreize für eigene Steuerkraft zu erhalten, Zentralitätslasten fair zu berücksichtigen und die Kommunen von „goldenen Zügeln“ durch zweckgebundene Programme zu befreien – für starke Städte und Gemeinden in ganz Sachsen-Anhalt.

XVII. Gesundheit und Pflege

Der freie Markt ist das beste Instrument zur Versorgung der Bürger mit Waren. Gesundheit aber ist keine Ware und darf deshalb nicht dem freien Markt ausgeliefert werden. Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen; sie zu schützen muss das oberste Gebot einer guten Gesundheitspolitik sein. Bei der Ausrichtung gesundheitspolitischer Maßnahmen muss deshalb immer das Patientenwohl im Mittelpunkt stehen. Wirtschaftliche Interessen müssen hintangestellt werden.

Die Aufgabe der Gesundheitspolitik auch des Landes ist die Förderung der Gesundheit aller Bürger. Das Gesundheitswesen ist so einzustellen, dass das ökonomische Profitstreben Mittel zum Zweck der Volksgesundheit wird, nicht umgekehrt. Alle Bürger sollen den Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung haben, die bezahlbar bleiben muss.

Angesichts der in den letzten Jahrzehnten zunehmenden Profitorientierung des Gesundheitswesens fordern wir ein grundsätzliches Umdenken weg von Privatisierungsbestreben und betriebswirtschaftlicher Logik hin zur Gesundheitsversorgung als einer öffentlichen Aufgabe. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum.

Wir werden alle Möglichkeiten der Landespolitik nutzen, um die im Laufe der Jahre durch Schlendrian, Lobbyismus und falsche Prioritätensetzungen entstandenen Mängel abzustellen.

Was die Pflege angeht, so ist sie ebenso wie die Kindererziehung eine lebensnahe Tätigkeit, die ursprünglich nicht professionalisiert war und erst in jüngerer Zeit durch staatliche Institutionen übernommen wurde. Pflege ist ihrem Wesen nach Ausdruck der Fürsorge liebender Angehöriger. Wir werden die Familie fördern, damit sie ihre heilsame Funktion zur Entlastung des Gemeinwesens besser erfüllen kann.

1. Investitionsoffensive für ein modernes Gesundheitswesen!

Viele Kliniken in Sachsen-Anhalt sind seit Jahren unterfinanziert. Die Folgen sind spürbar: marode Gebäude, veraltete Technik und fehlendes Personal. Wir benötigen deshalb eine deutliche Erhöhung der Investitionsmittel. Unser Ziel ist, das Investitionsvolumen von 180 Millionen Euro aus dem Jahr 2005 wieder zu erreichen. Diese Gelder müssen zweckgebunden für die Sanierung, Modernisierung und den Ausbau von Krankenhäusern in Sachsen-Anhalt eingesetzt werden, damit unsere Kliniken auch in Zukunft leistungsfähig und attraktiv für medizinisches Personal bleiben.

5536 Wir schließen uns der Bundeslinie der AfD an, die eine bedarfsorientierte Kranken-
5537 hausfinanzierung fordert, und setzen diese konkret für Sachsen-Anhalt um: Investi-
5538 tionen in moderne Medizintechnik, bessere Arbeitsbedingungen und eine zukunfts-
5539 sichere Infrastruktur statt Kürzungen und Schließungen.

5540

5541 **2. Keine Privatisierung von Krankenhäusern mehr!**

5542

5543 Der Verkauf kommunaler Krankenhäuser an gewinnorientierte private Klinikkon-
5544 zerne hat sich als Fehler herausgestellt. Die Versorgung leidet. Die Standards wer-
5545 den zunehmend abgesenkt auf ein medizinisch kaum noch vertretbares Niveau.
5546 Grundsatz muss sein: Kommunen und das Land haben immer Vorrang vor privaten
5547 Käufern. Nur wenn eine öffentliche Trägerschaft nachweislich nicht möglich ist, darf
5548 über eine andere Lösung nachgedacht werden – und auch dann ausschließlich im
5549 Interesse der Patientenversorgung. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, bereits
5550 privatisierte Häuser dort, wo es medizinisch geboten ist, wieder in die Verantwor-
5551 tung von Land, Kommunen oder gemeinnützigen Trägern zu überführen.

5552

5553 **3. Umstrukturierungen nur im Sinne des Patienten!**

5554

5555 Wir stehen einer notwendigen Umstrukturierung ineffizienter kleiner Krankenhäuser
5556 in Praxiskliniken unter Führung von niedergelassenen Ärzten zum Wohle und zur flä-
5557 chendeckenden Versorgung der Patienten nicht im Weg, sofern die Versorgungs-
5558 qualität der Region hierdurch nicht abnimmt. Umstrukturierungen müssen grund-
5559 sätzlich mindestens die Basisversorgung gewährleisten. Nicht alle Einrichtungen
5560 können gleich hoch spezialisiert sein. Um die Qualität der medizinischen Versor-
5561 gung zu verbessern und gleichzeitig die Effizienz und Ressourcennutzung im Ge-
5562 sundheitswesen zu steigern, ist es sinnvoll, dass bestimmte Kliniken oder Abteilun-
5563 gen auf spezifische Krankheitsbilder oder medizinische Behandlungen fokussiert
5564 werden.

5565

5566 **4. Leistungsgruppen sinnvoll gestalten!**

5567

5568 Das neue Krankenhausstärkungsgesetz führt eine Finanzierung nach Leistungs-
5569 gruppen ein. Krankenhäuser dürfen bestimmte Behandlungen künftig nur noch an-
5570 bieten, wenn sie dafür festgelegte Fachabteilungen, Mindestpersonal und eine be-
5571 stimmte Fallzahl nachweisen. Ziel ist eine bessere Qualitätssicherung – in der Praxis
5572 droht in Sachsen-Anhalt jedoch eine gefährliche Ausdünnung der Versorgung. Ge-
5573 rade kleinere Kliniken im ländlichen Raum könnten wichtige Bereiche verlieren. Be-
5574 sonders gefährdet sind die Geburtshilfe, die Pädiatrie oder die Innere Medizin/Not-
5575 fallversorgung. Wir werden dafür sorgen, dass die Einführung von Leistungsgruppen
5576 nicht starr nach bundesweiten Maßstäben erfolgen, sondern an die besonderen

Gegebenheiten unseres Landes angepasst werden – mit großen Entfernungen, dünner Besiedlung und einer ohnehin angespannten Krankenhauslandschaft. Qualitätssicherung ist wichtig, aber sie darf nicht zu einer kalten Strukturbereinigung führen. Grund- und Regelversorgung müssen in allen Regionen Sachsen-Anhalts erhalten bleiben.

5. Gesundheitszentren für eine flächendeckende Versorgung!

Neben der niedergelassenen und freiberuflichen Ärzteschaft als einer tragenden Säule der Gesundheitsversorgung begrüßen wir auch alternative Versorgungsformen wie regionale Gesundheitszentren. Regionale Gesundheitszentren versammeln ein breites Spektrum an Fachrichtungen, können moderne Arbeitszeitmodelle anbieten und sich somit auf die neuen Anforderungen junger Absolventen anpassen. Das erprobte Modell der Polykliniken wird hierin in Ansätzen erfolgreich weitergeführt. Die Führung der Gesundheitszentren durch Klinikkonzerne sehen wir kritisch, da diese ein Teil der Daseinsvorsorge darstellen.

6. Den Rettungsdienst wieder zur schnellen medizinischen Hilfe machen!

Die Mitarbeiter des Rettungsdienstes stehen Tag für Tag das Leben und die Gesundheit der Bürger. Der Rettungsdienst leistet einen unschätzbar wertvollen Beitrag zu Gesundheitssorge und Gefahrenabwehr. Die Hilfsfrist in Sachsen-Anhalt kann aber durch den Rettungsdienst schon seit langem nicht mehr flächendeckend eingehalten werden.

Wir werden dafür sorgen, dass die Hilfsfrist durch den Rettungsdienst eingehalten werden kann. Das bedeutet mehr Dezentralisierung der Rettungswachen und eine Ausweitung der Luftrettung. Das Sicherheitsempfinden der Bürger hängt nicht nur davon ab, wie schnell die Polizei vor Ort sein kann, sondern auch davon, wie schnell in medizinischen Notfällen geholfen werden kann. Für den Patienten zählt jede Sekunde. Wir werden deshalb mobile Ersthelfer (First Responder) flankierend zum Rettungsdienst auf freiwilliger Basis in das Notrufsystem aufnehmen. Ziel ist ein landesweites „First Responder“-System, bei dem freiwillige Ersthelfer digital angebunden, rechtlich abgesichert und technisch ausgestattet werden.

7. Notaufnahmen erhalten!

Das Krankenhausstärkungsgesetz sieht die Einrichtung von integrierten Notfallzentren vor, in denen stationäre Notaufnahmen mit vertragsärztlichen Bereitschaftsdiensten zusammengelegt werden. In der Theorie soll das Doppelstrukturen

vermeiden – in der Praxis besteht die Gefahr, dass kleinere Notaufnahmen geschlossen werden. Für Sachsen-Anhalt lehnen wir eine solche kalte Bereinigung ab. Wir streben an, dass Notfallzentren nur dort geschaffen werden, wo sie die Versorgung wirklich verbessern. Der Zugang zu einer wohnortnahen Akut- und Notfallversorgung muss in allen Regionen unseres Landes garantiert bleiben.

8. Abrechnungssystem patientenfreundlich reformieren!

Die gesetzliche Regelung des DRG Systems (Abrechnungssystem der Krankenhäuser) ist nicht im Sinne der Patienten. Nach diesem System wird jeder Behandlungsfall nach seinem abgeschätzten Aufwand pauschal vergütet, was der Hauptgrund ist, weshalb Krankenhäuser danach streben, Patienten nach einem Eingriff so schnell wie möglich zu entlassen, obwohl für eine optimale Genesung ein längeres Verweilen im Krankenhaus angezeigt wäre. Außerdem hat dieses System dazu beigetragen, dass einst rentable wohnortnahe Kliniken in wirtschaftliche Schieflage geraten sind.

Wir werden uns deshalb auf Bundesebene dafür einsetzen, das DRG-System zu ersetzen. Dabei ist ein System zu entwickeln, das so wenig Bürokratie wie möglich erzeugt und zugleich keine ökonomischen Fehlanreize mehr setzt, sondern Behandlungserfolg und Behandlungsqualität prämiiert und so einen Wettbewerb um die beste Patientenversorgung in Gang setzt.

9. Besser vorsorgen!

Das beste Gesundheitssystem ist eines, das möglichst selten in Anspruch genommen werden muss. Unser Ziel ist ein grundlegender Perspektivwechsel im Gesundheitswesen: Weg von einer reinen Reparaturmedizin, hin zu einer konsequenten, frühzeitigen und wirksamen Prävention. Prävention muss neben der kurativen Medizin, der Rehabilitation und der Pflege als gleichwertige vierte Säule fest etabliert werden.

Prävention verhindert Krankheiten, verlängert die Lebensdauer und steigert die Lebensqualität der Menschen. Wir wollen die weit verbreitete Fragestellung „Ich bin erkrankt, was mache ich jetzt?“ durch die Frage ersetzen: „Wie bleibe ich gesund?“ Dazu gehört auch, neue medizinische Erkenntnisse und innovative Verfahren konsequent zu nutzen, wenn sie nachweislich dem Wohl der Patienten dienen. Der medizinische Fortschritt muss den Menschen zugutekommen – unabhängig davon, ob etablierte Strukturen oder Kostenargumente dem entgegenstehen.

Moderne Diagnostik, digitale Gesundheitsanwendungen, innovative Vorsorgeuntersuchungen und neue Therapieansätze sollen dort eingesetzt werden, wo sie

sinnvoll, wirksam und patientenorientiert sind. Entscheidungen im Gesundheitswesen dürfen sich nicht primär an wirtschaftlichen Interessen, Kostendämpfung oder den Vorgaben großer Konzerne orientieren. Maßstab allen Handelns muss stets das Patientenwohl sein. Einflussnahmen von Lobbyisten und wirtschaftlichen Interessengruppen wollen wir begrenzen und Entscheidungsprozesse transparent gestalten.

Die Rahmenvereinbarung zum Präventionsgesetz in Sachsen-Anhalt aus dem Jahr 2016 verpflichtet das Land, sicherzustellen, dass Kommunen und Landkreise in die Lage versetzt werden, vorhandene Mittel für Präventionsmaßnahmen abzurufen und einzusetzen. Wir werden diese Vereinbarung konsequent mit Leben füllen und erweitern. Darüber hinaus werden wir eigenständige Präventionsstrategien entwickeln und umsetzen, die sich an den tatsächlichen gesundheitlichen Herausforderungen orientieren und neben der klassischen Schulmedizin auch Grundsätze der Ernährung und sportlichen Ertüchtigung beinhalten.

Im Rahmen der verpflichtenden Schuleingangsuntersuchungen werden wir verstärkt auf Gesundheitsrisiken wie Übergewicht, Bewegungsmangel und Fehlentwicklungen achten und Eltern frühzeitig gezielt informieren und unterstützen. Prävention beginnt im Kindesalter. Ergänzend dazu werden wir landesweite Richtlinien für die Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen erlassen, die sicherstellen, dass Kindern und Jugendlichen qualitativ hochwertiges, gesundes und ausgewogenes Essen angeboten wird.

Durch gezielte Förderprogramme, Aufklärungsangebote und praxisnahe Gesundheitsbildung in Schulen wollen wir erreichen, dass Kinder und junge Erwachsene frühzeitig über die Risiken einer ungesunden Lebensführung aufgeklärt werden. Ziel ist es, Eigenverantwortung zu stärken, Gesundheitskompetenz zu vermitteln und langfristig die Zahl vermeidbarer Erkrankungen deutlich zu senken.

Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem beginnt nicht im Krankenhaus, sondern im Alltag der Menschen. Prävention, Innovation und Patientenorientierung müssen dabei Hand in Hand gehen.

10. Medizinstudenten statt Importärzte!

Die Altparteien haben auf den Ärztemangel nur eine Antwort: Einwanderung. Ausländische Ärzte aber sind wegen der Sprachbarriere und kulturellen Differenzen oft kaum geeignet, unsere Bürger zu behandeln. Hinzu kommt oft eine zweifelhafte oder schwer einschätzbare Qualifikation bei ausländischen Abschlüssen. Die beste Behandlung ist in erster Linie mit Ärzten gewährleistet, die hier bei uns ausgebildet wurden. Wir werden deshalb alles dafür tun, künftig nicht mehr auf ausländische Ärzte angewiesen zu sein.

In einem ersten Schritt werden wir die Kapazitäten für Medizinstudenten an den Universitäten des Landes ausbauen. Der Aufwuchs an Studienplätzen soll mindestens 20 Prozent betragen. Wir werden auch dafür Sorge tragen, dass unsere Universitäten unabhängig von dem bürokratischen und oft nicht fachgerechten NC-System mehr engagierte Studienbewerber direkt annehmen.

11. Mehr Ärzte aufs Land!

Der ländliche Raum leidet besonders unter dem Ärztemangel. Ganze Gebiete sind mittlerweile nicht mehr ausreichend hausärztlich versorgt. Geht ein Hausarzt auf dem Land in Rente, finden sich immer öfter keine Nachfolger. Wir werden deshalb ein spezielles Landarztstipendienprogramm auflegen. Das Land finanziert Studenten der Medizin durch spezielle Stipendien das Studium. Im Gegenzug verpflichten sie sich, für mindestens zehn Jahre als Landärzte in Sachsen-Anhalt tätig zu sein. Wer dieser Verpflichtung nicht nachkommt, muss die erhaltenen Leistungen verzinst zurückzahlen.

12. Pflegeberufe aufwerten – Pflegenotstand beheben!

Sachsen-Anhalts Pflegebranche leidet unter akutem Fachkräftemangel. Die Zahl alter und pflegebedürftiger Menschen steigt ständig an, während die Zahl der Fachkräfte stagniert. Wir werden dafür sorgen, dass der zukünftige Pflegepersonalbedarf auf Basis der Ermittlung des individuellen Pflegebedarfs der Patienten und Bewohner abgeleitet wird. Danach werden wir Pflegepersonaluntergrenzen für alle medizinischen Bereiche festlegen. Gleichzeitig müssen bürokratische Hürden konsequent abgebaut werden: Weniger Dokumentationspflichten, mehr Zeit für die Pflege am Menschen.

13. Zurück zu einer differenzierten Ausbildung in der Pflege!

Die Qualität der Ausbildung entscheidet über die Qualität der Pflege. Mit der Einführung der generalistischen Pflegeausbildung wurde die bisher bewährte getrennte Ausbildung in Altenpflege, Krankenpflege und Kinderkrankenpflege abgeschafft. In der Praxis zeigt sich zunehmend, dass diese Ausbildung nicht den fachlichen Anforderungen genügt: wichtige Spezialisierungen gehen verloren, Absolventen fühlen sich unzureichend vorbereitet, und die Attraktivität des Berufes sinkt.

Wir werden deshalb zur geteilten Pflegeausbildung zurückkehren. Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege benötigen jeweils eigene Schwerpunkte und fundierte

5742 Fachkenntnisse. Nur so kann sichergestellt werden, dass Pflegekräfte bestmöglich
5743 auf die Bedürfnisse ihrer Patientengruppen vorbereitet sind.
5744

5745 **14. Pflegekammer nur mit Zustimmung der Betroffenen!**

5746
5747 Um der Pflege eine Stimme zu verleihen und die Rechte der Pflege zu stärken, for-
5748 dern wir, dass die Pfleger selbst darüber abstimmen können, ob sie die Errichtung
5749 einer Pflegekammer für Sachsen-Anhalt wünschen. Sollte eine Pflegekammer ein-
5750 gerichtet werden, soll es dort keine Zwangsmitgliedschaft geben.
5751

5752 **15. Pflege zuhause fördern – Familienzusammenhalt stärken!**

5753
5754 Die Pflege zuhause hat gegenüber der Pflege im Heim entscheidende Vorteile. Der
5755 alte Mensch verbleibt in seiner gewohnten Umgebung, die Kosten für die Allgemein-
5756 heit bleiben überschaubar und der Sinn von Familie wird wieder deutlich. Wir sehen
5757 den herrschenden Trend, mehr und mehr Aufgaben der Familie dem Staat aufzubür-
5758 den, kritisch und werden deshalb auch auf dem Gebiet der Pflege dafür sorgen,
5759 dass die Familie wieder mehr von dem übernimmt, was sie schon immer geleistet
5760 hat und was sie auch besser leisten kann als der Staat.
5761

5762 Die steigenden Eigenanteile in der stationären Pflege sind für viele Menschen in
5763 Sachsen-Anhalt eine untragbare Belastung. Wir stehen für eine wirksame Begren-
5764 zung dieser Kosten und mehr Unterstützung für Familien. Angesichts der hohen Kos-
5765 ten, die ein Pflegeplatz im Heim erzeugt, sind die Vergütungen für pflegende Fami-
5766 lienangehörige noch zu niedrig. Wir brauchen steuerliche Entlastungen und ein Lan-
5767 despflegegeld. Außerdem werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass
5768 Pflegeleistungen innerhalb der Familie in höherem Umfang als bislang auf die Rente
5769 angerechnet werden. Zudem wollen wir Tagespflegeplätze ausbauen, damit Ange-
5770 hörige entlastet werden und pflegebedürftige Menschen länger zu Hause versorgt
5771 werden können.
5772

5773 **16. Ein Lebensende in Würde!**

5774
5775 Schwerstkranke Menschen und Sterbende haben Anspruch auf eine spezialisierte
5776 palliative Versorgung. Die Palliativmedizin hat das Ziel, die Folgen einer Erkrankung
5777 zu lindern, wenn keine Aussicht auf Heilung mehr besteht. Jeder Bürger hat das
5778 Recht, sein Leben in Würde und ohne Schmerzen beenden zu können. In Sachsen-
5779 Anhalt gibt es jedoch erhebliche regionale Unterschiede in der Palliativ- und Hos-
5780 pizversorgung. Gerade im ländlichen Raum fehlen Fachkräfte, die schwerstkranke
5781 und sterbende Menschen versorgen. Wir streben an, dass in allen Regionen

spezialisierte ambulante Palliativdienste (SAPV) sowie stationäre Hospizplätze zur Verfügung stehen.

Angehörige sollen durch Beratung, finanzielle Unterstützung und begleitende Hilfen stärker entlastet werden. Als Ergänzung zur Unterbringung in Hospizen oder auf Palliativstationen wollen wir allerdings auch das begleitete Sterben zuhause im Kreise der Familie besonders fördern.

17. Gesundheitswesen gerecht finanzieren!

Unser Ziel ist ein gerechtes Gesundheitssystem, das eine hohe Qualität sicherstellt, ohne die Menschen finanziell zu überlasten und unterschiedlich zu versorgen. Das aktuelle System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung leistet das nicht. Während der Leistungsumfang der gesetzlichen Versicherung immer weiter reduziert wird, werden Privatpatienten oft übertensorgt, weil es sich abrechnen lässt. Wir sehen die Lösung in einer Basisversicherung für alle, wozu wir alle verschiedenen gesetzlichen Krankenversicherungen zusammenfassen wollen und werden dazu auf Bundesebene eine Initiative starten. Ebenso muss der gesetzlichen Krankenversicherung erlaubt werden, den Beamten beihilfekompatible Krankenversicherungen anzubieten.

Notwendige medizinische Versorgung einschließlich wissenschaftlich fundierter und von Fachgesellschaften empfohlener medizinischer Vorsorge, die folglich in entsprechenden Richtlinien vom Gemeinsamen Bundesausschuss beschlossen werden, sollen zu den Leistungen der Basisversorgung gehören. Über grundlegende Leistungen hinaus gehender Versicherungsumfang könnte weiterhin über private Kassen angeboten werden.

18. Corona-Zeit aufarbeiten!

Die Altparteien haben während der Corona-Zeit mit irrationaler Angstpolitik und moralischem Druck eine beispiellose Einschränkung von Grundrechten durchgesetzt. Millionen Bürger wurden entrechtet, ausgegrenzt und wirtschaftlich geschädigt. Ganze Berufsgruppen wurden zur Impfung mit einem umstrittenen Impfstoff gezwungen. Kinder wurde über Jahre hinweg durch Maskenzwang, Isolation und soziale Restriktionen belastet.

Kritische Stimmen aus Wissenschaft und Gesellschaft wurden diffamiert, ausgegrenzt oder mundtot gemacht. Durch den zunehmenden Druck auf Ungeimpfte wurde bewusst eine gesellschaftliche Spaltung in Kauf genommen, teils sogar gezielt betrieben. Die nur knapp gescheiterte allgemeine Impfpflicht markierte dabei den vorläufigen Höhepunkt dieses autoritären Kurses.

5824

5825

5826

5827

5828

5829

5830

5831

5832

5833

5834

Die Unverhältnismäßigkeit der Maßnahmen war schon damals jedem vernünftig denkenden Menschen klar. Damit waren die Maßnahmen Unrecht. Insbesondere alle Strafen und Verurteilungen für Verstöße gegen die Maßnahmen waren Unrecht. Um dieses Unrecht aufzuarbeiten, die Schuldigen ausfindig zu machen, ihre Verantwortung zu beurteilen und sie zur Rechenschaft zu ziehen, werden wir einen Untersuchungsausschuss einsetzen.

Daneben werden wir für den Fall, dass sich eine Epidemie mit einem gefährlichen Virus von hoher Mortalität ausbreitet, einen Krisenplan ausarbeiten, der einen effizienten Schutz der Bevölkerung sicherstellt.